



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 139 - 25. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 26,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 105 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 275,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr., Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 Skr., Österreich 12,00 S., Portugal 100 Esc., Schweden 6,50 Skr., Schweiz 1,50 Sfr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

Mittwoch, 19. Juni 1985 - D \*\*\*  
Azel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1  
Anzeigenabteilung Köln (0 21 54) 10 15 74 / Vertrieb/Abteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Werbepartnern

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Belohnung:** Der Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Wiesenthal, hat Bundeskanzler Kohl vorgeschlagen, die für die Ergreifung Menges ausgesetzte Belohnung von rund einer Million Mark an die Opfer des ehemaligen KZ-Arzt auszusuchen, sollte sich der Tod Menges bewahrheiten. (S. 5)

**Flick-Ausschnitt:** Die SPD wird auf die Wiederaufnahme der Zensurvernehmungen im Flick-Ausschuss dringen, wenn das Oberlandesgericht Köln noch zurückgehaltene 58 Akten freigibt. Nach dem Generalstaatsanwalt eine Beschwerde gegen die Aktenverweigerung durch das Bonner Landgericht akzeptiert hat, setzt die SPD jetzt auf die Kölner Richter. (S. 6)

**US-Botschafter:** Präsident Reagan hat den Leiter der Europa-Abteilung im Außenministerium, Richard Burt, als neuen amerikanischen Botschafter für Bonn benannt. Der Senat muß allerdings noch seine Zustimmung geben.

**Arbeitszeit:** Durchschnittlich 38,6 Stunden haben die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr gearbeitet, teilte das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden mit.

## Bonn stellt sich auf neue Propaganda-Runde Moskaus ein

### Schäuble: SPD trat als Stichwortgeber auf / Kreml-Attacke gegen die USA

DW, Bonn

In der Bundesregierung kommt man bei der Bewertung der sowjetischen Kritik an der Kanzler-Rede vor den Schlesiern zu dem Schluß, daß Moskau eine „neue Runde“ bei den Versuchen eröffnet, die Rechtsgrundlagen der deutschen Situation insgesamt zu verschleiben und das Offenhalten der deutschen Frage zu beenden. Kanzlerminister Wolfgang Schäuble warnte deshalb davor, die politische Bedeutung der negativen Reaktion des Ostens auf die Äußerungen Helmut Kohls zu unterschätzen.

Es gehe längst nicht mehr nur um die Bewertung einzelner Äußerungen des Kanzlers, meinte Schäuble in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Hinter dieser Einschätzung steht offenbar die Erkenntnis, daß der Auftritt Kohls vor den Schlesiern für die östliche Propaganda nicht das entscheidende Motiv ist. Denn, so Schäuble, was in den Passagen der Regierungserklärung über das Verhältnis zum Osten noch weitgehend positiv beurteilt worden sei, „wird jetzt trotz gleichen Wortlauts kritisiert“. Der Kanzler hatte im Bundestag wie jetzt vor den Vertriebenen erklärt, daß für die Bundesrepublik Deutschland die Oder-Neiße-Linie zu respektieren sei, zugleich jedoch auf den Friedensvertragsvorbehalt hingewiesen.

Als „besonders schädlich“ für die Politik Bonns nannte es Schäuble, daß die SPD mit ihrem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jürgen Schmalz und jetzt mit Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel als Stichwortgeber aufgetreten sei. Die SPD gebe nun den Friedensvertragsvorbehalt auf, den sie selbst als Regierungspartei in den Ostverträgen noch aufrechterhalten habe.

Die Sowjets warfen der Bundesrepublik Deutschland und den USA gegen „boshafte Ausfälle“ gegen die 1945 bei den Konferenzen von Jalta und Potsdam gefaßten Beschlüsse vor. Diese Entscheidungen, mit denen nach kommunistischer Lesart die „heutigen politischen Realitäten in Europa“, sprich die Grenzen, sanktioniert worden seien, „unterliegen keiner Revision“, schrieb die Arme-Zeitung „Roter Stern“. Von der amerikanischen Propaganda sei eine „verleumderische Kampagne“ entfesselt worden, um die Beschlüsse des Jahres 1945 in Mißkredit zu bringen. Dabei werde vor allem versucht, das „Unbeweisbare“ nachzuweisen, und zwar die angebliche Ungesetzlichkeit des sozialistischen Aufbaus in den Ländern Osteuropas“. Die USA hätten mehrfach zu verstehen gegeben, daß Jalta und Potsdam die Unterordnung osteuropäischer Länder unter die Kreml-Politik nicht legitimierten.

Washington wird jetzt beschuldigt, auch „militaristische und revanchistische Stimmungen in der BRD und territoriale Ansprüche Japans an die UdSSR zu aktivieren“. Wie bereits im Sommer 1984, auf dem damaligen Höhepunkt der „Revanchismus“-Kampagne, so heißt es auch jetzt, das „Wachstum des Revanchismus wird - wiederum durch das Zutun der USA - von einer Steigerung der militärischen Maschine der BRD begleitet“. Die Bundesrepublik Deutschland sei zum Brückenkopf einer möglichen „Aggression gegen den Sozialismus“ verwandelt worden.

## DER KOMMENTAR

### Vogels Posaune

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Stimmrunden registriert Kanzlerminister Schäuble, daß der politische Osten seine Kampagne verschärft, deren Ziel es ist, den Status quo in Europa zu verändern. Moskau wolle die Rechtsgrundlagen Deutschlands verschieben und das Offenhalten der deutschen Frage abwürgen. Daraus läßt sich folgern, daß Aggressivität in Europa nach Auffassung des Kanzleramts nicht von Bonn ausgeht, sondern von Moskau und Warschau.

Schäubles Diagnose steht im Kontrast zur Agitation Moskaus, die Bundesrepublik Deutschland gefährde den Frieden, weil sie den sowjetischen Besitzstand in Europa als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges nicht anerkennen wolle. Moskau reklamiert ein absolutes Siegerrecht, das allem Völkerrecht vorgehen solle; denn das Völkerrecht steht auf der Seite der Deutschen. Im beharrlichen Bemühen, sich für die Unterwerfung halb Europas Legitimation zu verschaffen, interpretiert Moskau, gefolgt von Warschau, die Ostverträge entgegen deren Text als Anerkennungsvorgänge.

Mit seiner Rede vor den Schlesiern hat Bundeskanzler Kohl nichts anderes getan, als den völkerrechtlichen Status quo in Europa verteidigt. Was die Auslegung des Warschauer Vertrages betrifft, hätte er drei Sätze aus der Botschaft zitieren können, die sein Vorgänger Brandt am Tage der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages (7. Dezember 1970) aus Warschau an die deutsche Bevölkerung richtete: „Der Vertrag zwischen Polen und uns ... ersetzt keinen formellen Friedensvertrag. Er berührt nicht die Rechte und die Verantwortlichkeiten der vier Mächte für Deutschland als Ganzes. Er setzt frühere vertragliche Verpflichtungen weder der einen noch der anderen Seite außer Kraft“. Dies ist der Status quo, gegen den der politische Osten anrennt.

Aber auch Oppositionsführer der Agitation aus Moskau und Warschau innenpolitische Resonanz, mit der Folge, daß der Osten nur noch lauter trompeten wird. Die SPD beteuert ihre Treue zum westlichen Bündnis und zu Amerika; im gleichen Atemzug streitet sie gegen die Nachrüstung, gegen SDI und zieht damit die Genfer Verhandlungsposition der USA in Mitleidenschaft. Und jetzt reißt sie auch die Deutschlandpolitik in den Strudel der Gegensätze. Für die Innenpolitik ist das ein brisantes Gemisch. Wie viel Vogel den Wählern verständlich machen, daß die SPD sich zum Westen bekennt, aber die Posaune des Ostens bläst?

## Menschenrechte bleiben umstritten

Expertentreffen der KSZE-Staaten ohne Abschlussdokument beendet / Gegenseitige Vorwürfe

DW, Ottawa

Das erste Expertentreffen für Menschenrechte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist in Ottawa ohne Konsens und ohne Abschlussdokument zu Ende gegangen. Trotzdem bezeichnen die meisten Delegationen aus den 35 Teilnehmerstaaten das Treffen als „wichtig und nützlich“. Der Westen betonte im Konferenzverlauf die individuelle Rede- und Meinungsfreiheit, während die Staaten des Warschauer Paktes dem „kollektiven Recht auf Frieden, Freiheit und wirtschaftliche Sicherheit“ absoluten Vorrang einräumten.

Keine einzige der 45 Empfehlungen, die der Konferenz offiziell vorgelegt wurden, konnte den zu ihrer Verabschiedung erforderlichen Konsens erlangen. So wird erst für die Herbst 1986 nach Wien einberufene Generalkonferenz zeigen, ob trotzdem Fortschritte auf Gebieten wie Freizügigkeit, Minderheitenrechte, Abschaffung der Folter und Religionsfreiheit erzielt wurden. Ob weitere Menschenrechtstreffen der KSZE einberufen werden, müsse, so der sowjetische Delegationschef Wsewolod Sofinski, in Wien entschieden werden.

Sofinski machte die westlichen Länder für das Nichtzustandekommen eines Schlußdokumentes verantwortlich: Die westlichen Länder seien nicht bereit gewesen, einem Schlußdokument mit Vorschlägen über die Abschaffung von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hunger und Rassendiskriminierung sowie Forderungen nach kostenloser medizinischer Versorgung zuzustimmen.

Der US-Chefunterschiedler Richard Schifter warf hingegen der Sowjetunion vor, sie gebe nur Lippenbekenntnisse ab, doch würden dort die Menschenrechte weiterhin verletzt. Schifter forderte Moskau auf, den Menschenrechten mehr Bedeutung beizumessen und damit zu einer Verbesserung des internationalen Klimas beizutragen. Wenn die Sowjetunion die Menschenwürde ihrer eigenen Bürger respektiere, werde sie mehr internationalen Respekt ernten. Nach Angaben westlicher Delegierter weigerten sich die sowjetischen Vertreter, Schritten wie der Abschaffung der psychiatrischen Folter von politischen Gefangenen zuzustimmen.

Der Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland, Ekkhard Eickhoff, legte in seiner abschließenden Erklärung besonderes Gewicht auf das Recht auf Freizügigkeit. Noch immer werde zahllosen Bürgern in Mittel- und Osteuropa, „unter ihnen auch Bürgern deutscher Nationalität und jüdischen Bürgern in der Sowjetunion“, das Recht auf Ausreise verweigert. Eickhoff erinnerte die Delegierten daran, daß das Datum des Schlußtages der Konferenz, der 17. Juni, für die Menschenrechte der Deutschen eine besondere Bedeutung habe. Menschenrechte und Frieden gehörten zusammen, sagte er. „Wirklichen Fortschritt zu einer dauerhaften Friedensordnung in Europa kann es nur geben, wenn die Rechte des einzelnen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker überall in Europa geachtet werden.“

## ZITAT DES TAGES



„Man muß in Südafrika einem Ansatz zu mehr Demokratie und mehr Mitwirkung eine Chance geben und sollte nicht von vornherein diese Akzente ablehnen.“

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, zur Südafrika-Politik von Bundesaußenminister Genscher. (Siehe Seite S. 3)

FOTO: WOLFGANG MORELL

## WIRTSCHAFT

**US-Leistungsbilanz:** Im ersten Quartal 1985 hat sich das Defizit in der amerikanischen Leistungsbilanz auf 30 Milliarden Dollar erhöht. Danach wird das Defizit in diesem Jahr, wie befürchtet, 120 Milliarden Dollar übersteigen. (S. 9)

**Insolvenzen:** Die Zahl der Konkurse und Vergleichsverfahren ist im April 1985 um 12,9 Prozent auf 1544 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat gestiegen. Für das erste Drittel des Jahres gab das Statistische Bundesamt eine Gesamtzahl von 6355 an.

**Kredite:** Um 0,25 auf 6,5 Prozent hat die Kreditanstalt für Wirtschaftsaufbau den Zinssatz für Normalkredite gesenkt und damit ein weiteres Zeichen zur Unterstützung der Konjunktur in der Bundesrepublik gegeben.

**Börse:** Lebhaftige Auslandskäufe brachten haussartige Kursgewinne für Deutsche Bank, Autoaktien und Technologiewerte. Der WELT-Aktienindex stellte mit 196,6 (193,6) den in der Vorwoche erreichten Rekordstand ein. Am Rentenmarkt gingen die Zinsen weiter zurück. BHF-Rentenindex 102,900 (102,802), Performance-Index 103,394 (103,267), Dollar-Mittelkurs 3,0445 (3,0880) Mark. Goldpreis je Feinunze 323,75 (318,25) Dollar.

## USA über Geiselnverschleppung besorgt

Kriegsschiffe eher aus psychologischen Gründen entsandt / Drei Personen freigelassen

DW, wth, Washington/Beirut

Der Krisenstab im Weißen Haus hat die Verschleppung der vermutlich 42 amerikanischen Geiseln vom Flughafen Beirut in Verstecke der Entführer mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Dieser Schachzug hat der ganzen Affäre eine neue Dimension gegeben, die Erinnerungen an die Geiselnahme in Iran vor fünf Jahren weckt. Lediglich drei Geiseln - der griechische Popsänger Demis Roussos, dessen amerikanische Freundin und ein Amerikaner griechischer Abstammung - sind gestern in Beirut freigelassen worden.

In Washington schließt man nicht mehr aus, daß der Kampf um die Freilassung der Geiseln noch Wochen oder Monate dauern könnte. Zwar habe sich die unmittelbare Lebensgefahr für die Geiseln zunächst reduziert, zugleich aber die Gesamtsituation erheblich kompliziert. Sollte jemals ernsthaft eine militärische Geiselnbefreiung geplant gewesen sein, so kann diese Option nun völlig ausgeschlossen werden. Die Anwesenheit des Flugzeugträgers „Nimitz“, des Kreuzers „South Carolina“ und des Zerstörers „Kidd“ vor der libanesischen Küste hat nun eher psychologische als militärische Gründe.

Die Grundeinstellung der Reagan-Administration bleibt jedoch unverändert: „Wir machen keine Konzessionen an die Terroristen und setzen auch keine anderen Regierungen unter Druck, dies zu tun.“ Zugleich hat jedoch Sicherheitsberater Robert McFarlane in einem Telefongespräch mit libanesischen Justizministern und Schützenführer Berri zu verstehen gegeben, daß die Geiselnahme die von den Entführern geforderte Freilassung von etwa 700 Schützen durch Israel eher erschwert und verzögert. Ein Sprecher des State Department erklärte, daß „eine völlig neue Situation“ entstehen könne, wenn die Entführer diese Forderung fallen ließen, zumal die Israelis schon vor der Entführung die Freilassung der Schützen geplant hätten.

## Jaruzelski stellt Forderungen an Kardinal Glemp

DW, Warschau/Köln

Der polnische Partei- und Regierungschef General Jaruzelski und Kardinal Glemp, Primas von Polen, sind gestern zu einem Gespräch zusammengetroffen. Dieses sei der Eröffnung des polnischen Priester Popieluszko immer wieder aufgeschobene Treffen ist das erste seit Januar 1984. „Die Begegnung soll dazu dienen“, erklärte Regierungssprecher Urban, „einige schwebende Probleme zu erhellten“. Dies sei ein Beweis dafür, daß der Dialog zwischen Staat und Kirche in Polen weitergehe. Politische Beobachter schließen aus den Bemerkungen Urbans, daß Jaruzelski den Primas gedrängt hat, Schritte gegen oppositionelle Priester zu unternehmen. Auch die Haltung der Kirche bei den Parlamentswahlen vom 13. Oktober dürfte eine Rolle gespielt haben. Der Primas hat wahrscheinlich seine Sorge über die wachsende Repression in Polen zum Ausdruck gebracht sowie die Themen des Rechtsstatus der Kirche angeschnitten.

In Warschau hält sich zur Zeit der Chef der Kontrollkommission der KPdSU, Michail Solomenzew, zu Gesprächen über die Arbeit der innerparteilichen Kontrollorgane in Polen auf. Er wird dort mit seinen polnischen Kollegen Jerzy Urbanski und Parteimitgliedern in Krakau und Posen zusammentreffen. Die Kontrollkommissionen sollen die Einhaltung der ideologischen Disziplin der Parteimitglieder überwachen, deren Nachlassen in Polen der sowjetische Parteichef Gorbatschow bei seinem Besuch in Warschau gerügt hatte.

## Postminister wehrt sich gegen Vorwürfe

DW, Bonn

Noch in dieser Woche wird das Oberverwaltungsgericht in Berlin über die verfügte Stilllegung der Batteriefabrik „Sonnenschein“ entscheiden. Das jedenfalls erwartet der ehemalige Geschäftsführer der Firma, der heutige Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU).

Aufgrund eines erstinstanzlichen Verwaltungsgerichtsurteils in Berlin wurde der Betrieb durch Umweltsenator Horst Verter (FDP) stillgelegt. Betriebsanlagen seien, obgleich genehmigungspflichtig, nicht genehmigt worden; außerdem stolle die Produktion zuviel Blei aus. Beide Vorwürfe bemühte sich Schwarz-Schilling gestern mit entsprechenden Akten zu widerlegen. Das Berliner Unternehmen bezeichnete das Urteil als „politisch motiviert und zynisch“ und erhob mehrere Klagen dagegen. Auch der Berliner Senat legte Widerspruchsklage ein.

Für den Fall, daß die Stilllegung bestehen bleibe, kündigte Schwarz-Schilling für Ende der Woche eine Massenentlassung der rund 240 Berliner Mitarbeiter an. Die Stilllegung der Produktion koste 270 000 Mark pro Tag, da die Löhne weitergezahlt werden müssen. Die Entlassungen seien dann nötig, um das Hauptwerk in Bielefeld (960 Arbeitsplätze) nicht zu gefährden. Die hessische Landesregierung bestätigte dem Unternehmen gestern, es arbeite in Bielefeld und seine Emissionen seien zulässig. Mit einer Aktuellen Stunde im Bundestag wollen die Grünen in dieser Woche den Postminister zum Rücktritt bewegen.

Seite 3: Schwere Bürde

## KULTUR

**Karikatur:** Könige und selbst der Papst wurden von den satirischen Zeichnern in England nicht verschont. Doch die Behandlung von Personen und Themen variierte stark, wie die 200 Blätter verdeutlichen, die unter dem Titel „Englische Karikatur von 1620 bis zur Gegenwart“ in London ausgestellt sind. (S. 21)

## USA über Geiselnverschleppung besorgt

Kriegsschiffe eher aus psychologischen Gründen entsandt / Drei Personen freigelassen

DW, wth, Washington/Beirut

Der Krisenstab im Weißen Haus hat die Verschleppung der vermutlich 42 amerikanischen Geiseln vom Flughafen Beirut in Verstecke der Entführer mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Dieser Schachzug hat der ganzen Affäre eine neue Dimension gegeben, die Erinnerungen an die Geiselnahme in Iran vor fünf Jahren weckt. Lediglich drei Geiseln - der griechische Popsänger Demis Roussos, dessen amerikanische Freundin und ein Amerikaner griechischer Abstammung - sind gestern in Beirut freigelassen worden.

In Washington schließt man nicht mehr aus, daß der Kampf um die Freilassung der Geiseln noch Wochen oder Monate dauern könnte. Zwar habe sich die unmittelbare Lebensgefahr für die Geiseln zunächst reduziert, zugleich aber die Gesamtsituation erheblich kompliziert. Sollte jemals ernsthaft eine militärische Geiselnbefreiung geplant gewesen sein, so kann diese Option nun völlig ausgeschlossen werden. Die Anwesenheit des Flugzeugträgers „Nimitz“, des Kreuzers „South Carolina“ und des Zerstörers „Kidd“ vor der libanesischen Küste hat nun eher psychologische als militärische Gründe.

Die Grundeinstellung der Reagan-Administration bleibt jedoch unverändert: „Wir machen keine Konzessionen an die Terroristen und setzen auch keine anderen Regierungen unter Druck, dies zu tun.“ Zugleich hat jedoch Sicherheitsberater Robert McFarlane in einem Telefongespräch mit libanesischen Justizministern und Schützenführer Berri zu verstehen gegeben, daß die Geiselnahme die von den Entführern geforderte Freilassung von etwa 700 Schützen durch Israel eher erschwert und verzögert. Ein Sprecher des State Department erklärte, daß „eine völlig neue Situation“ entstehen könne, wenn die Entführer diese Forderung fallen ließen, zumal die Israelis schon vor der Entführung die Freilassung der Schützen geplant hätten.

## SPORT

**Tennis:** Boris Becker (Leimen) gehört nicht zu den 18 gesetzten Spielern in Wimbledon. In der ersten Runde trifft Becker in der nächsten Woche auf den Amerikaner Hank Pfister.

**Olympia:** Die Teilnahme ungarischer Sportler an den Olympischen Spielen 1988 in Seoul ist so gut wie sicher. Das ist das Resultat einer Tagung des ungarischen NOK's in Budapest.

## AUS ALLER WELT

**Lotto:** Der Jackpot von rund 15 Millionen Mark wurde am Wochenende geknackt. Viermal gab es sechs Richtige. Die Gewinner erhalten jeweils 3,7 Millionen Mark. (S. 18)

**Ranchgift:** Fahnder aus der Schweiz, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland haben in Zusammenarbeit einen internationalen Rauschgiftmarkt zerschlagen. Insgesamt wurden in den drei Ländern 15 Personen verhaftet, darunter auch drei Zöllner, die den Schmuggel begünstigt haben sollen.

**Wetter:** Wolkig, aber trocken. 17 bis 21 Grad.

**Sowjetische Millionäre:** haben vor der Bonner Botschaft in Moskau zwei Frauen und einen Mann festgenommen, die dort gestern für ihre Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland demonstrierten. Sie wurden im Polizeigriff abgeführt, als sie Transparente mit der Aufschrift „Wir wollen in die Heimat“ entfalteten. Ebenfalls festgenommen wurden fünf deutschstämmige Angehörige der Glaubensgemeinschaft der Pfingstler, die am Montag in der Nähe der Bonner Botschaft für ihre Ausreise demonstriert hatten. Die Zahl der deutschen Ausreisler aus der UdSSR hat mit einem Monatsdurchschnitt von 38 Personen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres einen neuen Tiefstand erreicht. 1984 hatte der Durchschnitt in den ersten fünf Monaten noch bei 78 Ausreislern gelegen. Nach amtlichen sowjetischen Statistiken leben zur Zeit noch etwa 1,9 Millionen Deutschstämmige in der UdSSR.

**Kraftfahrzeuge:** Weniger Zulassungen als 1984 - Der Nachfrageanstieg löst sich auf S. 9

**Italien:** Industriespitzenverband strebt leistungsbezogene Bezahlung - Von G. Depas S. 10

**Fernsehen:** Nicht Ferien machen, sondern gestalten - Das Sommerprogramm des ZDF S. 16

**Motorsport:** Klaus Ludwig - Zur richtigen Zeit am richtigen Platz, im richtigen Auto S. 16

**Aus aller Welt:** Tempo allein macht die Deutsche Bundesbahn nicht high - Von P. Zerbe S. 18

**Meinungen:** Wachsende Ansprüche der Bundeswehr an die Gesellschaft - Von R. Mommac S. 2

**Namibia:** Nicht Jubel, sondern Hoffnung begleitet die Regierung - Von Bernd Conrad S. 3

**„Hitler-Tagebücher“:** Das Plädoyer der Verteidiger - Heidemann ist nur Sündenbock S. 4

**Forum:** Personalien und Leserbriefchen an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 6

**Vorabdruck:** Der Mastbaum, antisinnliche Zeichen des Heils - Von Gertrud Höhler S. 7

## Demonstranten in Moskau verhaftet

dpa, Moskau

## Agca gesteht falsche Aussagen

DW, Rom

## Leo 2 gewinnt Wettbewerb

cvb, Brüssel

Anzeige

Ihre Entscheidung für das Jahr 1985  
Deutsche Kreuzfahrttradition  
»BERLIN«

Norwegens schönste Fjorde · 7-Tage-Kreuzfahrt  
22.06., 29.06., 26.07.1985 ab DM 1640,-  
Auf Nordlandkurs nach Spitzbergen  
13.07.-31.07.1985 ab DM 4220,-  
Perlen der Ostsee  
31.07.-12.08.1985 · 12.08.-24.08.1985 ab DM 2810,-  
Sonniger Atlantik  
14.09.-28.09.1985 ab DM 2970,-  
Ausführliche Prospekte und Auskünfte bei Ihrem Reisebüro oder direkt bei

PETER DEILMANN REEDEREI  
Am Hagenweg 19  
2000 Neustadt in Holstein  
Telefon (0 45 61) 90 41

Bitte senden Sie umgehend Prospekte

Name \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_  
PLZ Ort \_\_\_\_\_

Atlasten

Von Peter Gillies

Der ehemalige Geschäftsführer eines mittelständischen Betriebs ist derzeit Mittelpunkt einer öffentlichen Hatz, weil er Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen ist. Nun wird man Christian Schwarz-Schilling nicht eben politische Fortüne nachsagen wollen, aber die selbsternannten Saubermänner mögen angelegentlich auch berücksichtigen, daß wir in einem Rechtsstaat leben.

Die Batteriefabrik in Berlin hat von SPD- wie CDU-regierten Senaten über Jahre hinweg bestätigt erhalten, daß sie die Umweltauflagen erfüllt. Noch im Februar diesen Jahres hatte der für Umwelt zuständige Senatsdirektor erklärt, „daß die Firma Sonnenschein sich weder in der Vergangenheit noch jetzt rechtswidrig verhalten“ habe. Das Verwaltungsgericht schob dagegen die Praxis der Technischen Anleitung Luft beiseite und erklärte für Unrecht, was bisher allenthalben als Recht galt. Und der Umweltsenator in Berlin verfügte im merkwürdiger Eile die Stilllegung des Werkes, obgleich Juristen einen Grund für den Sofortvollzug nicht zu erkennen vermögen.

Fragen schließen sich an. Ein Unternehmen hat sich selbstverständlich in die Umweltgesetzgebung einzuordnen wie in das Steuer- oder Sozialrecht. Sollten erstinstanzliche Gerichte zu einer anderen als der bisher geltenden Rechtsansicht kommen, so hat dies nicht das Unternehmen zu verantworten. Es muß sich im Gegenteil voll auf Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsakte verlassen können. Nur dann wird es investieren sowie Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Anmerkung: Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit benötigen wir neue Unternehmer mit entsprechendem Mut zum Wagnis.

Zweitens zeigt diese Debatte um den Postminister, daß es für Politiker zu einem Risiko werden kann, jemals Unternehmer zu werden oder gewesen zu sein. Der erwünschte Prototyp des Politikers scheint vielmehr der beamtete Lehrer oder Soziologe zu sein. Sie bedrückt keine ökonomische Erbsünde. Auch wenn die zweite Instanz die Entscheidung der ersten korrigiert - an politischen Vorverurteilungen wg. Umweltschutz besteht in einem Rechtsstaat kein Bedarf. Auch ein Minister hat vor Gerichten wie in der öffentlichen Debatte Anspruch auf ein faires Verfahren.

Teilhhaber Strauß

Von Manfred Schell

Zwei Nachrichten aus München sind es, die dem hin und wieder aufgekommenen Verdacht widersprechen, dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß sei an dem „Unternehmen Bonn“ nur noch wegen gelegen, weil er dessen Erfolgsaussichten schwinden sehe. Strauß forderte einen dritten, von der CSU benannten Regierungssprecher, und er kündigte an, er werde häufiger auf Sitzungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Wort ergreifen.

Wer Positionen fordert, wer sich engagiert, der will nicht nur etwas in seinem Sinne bewegen, sondern der übernimmt auch einen Teil Verantwortung. In diesem Sinne sollten die jüngsten Äußerungen des CSU-Vorsitzenden verstanden werden, er und die CSU wollten den Erfolg von Helmut Kohl. Ein frühzeitiges Wort von Strauß zu politisch relevanten Fragen könnte helfen, könnte mehr Ordnung in die Entscheidungsprozesse der Koalition bringen. CDU und FDP müßten also einen in Bonn präsenten Strauß begrüßen.

Andererseits hätten dann die Abgeordneten der CDU, die Kritik an Strauß üben, Gelegenheit zur direkten Diskussion mit ihm. Vorausgesetzt, sie haben den Mut dazu. Jedenfalls wären solche Fraktionssitzungen geeignet, frühzeitig die Weichen in der Sachpolitik zu stellen und „emotionalen Diskussionsbedarf“ zu befriedigen. Was den dritten Regierungssprecher betrifft, so wird es ihn wohl alsbald geben. Helmut Kohl steht dieser Forderung der CSU nicht mehr ablehnend gegenüber. Aber natürlich muß dabei auch der Anspruch des neuen Staatssekretärs Friedhelm Ost beachtet werden, das Presseamt nach seinen Vorstellungen zu organisieren.

Ost hat zu erkennen gegeben, daß er Teamwork schätzt. Der dritte Regierungssprecher würde Norbert Schäfer sein, zur Zeit Ministerialdirektor in der Behörde. Er kennt Bonn, die Politiker und die Journalisten. Schäfer hat ein Gefühl für Parteien, für politische Strömungen und Stimmungen. Dabei ist für ihn und die CSU die „Sprecherrolle“ als solche weniger wichtig. Der CSU geht es vorrangig um eine stärkere Teilhabe am Informations- und Entscheidungsprozess.

Und Genscher entspannt

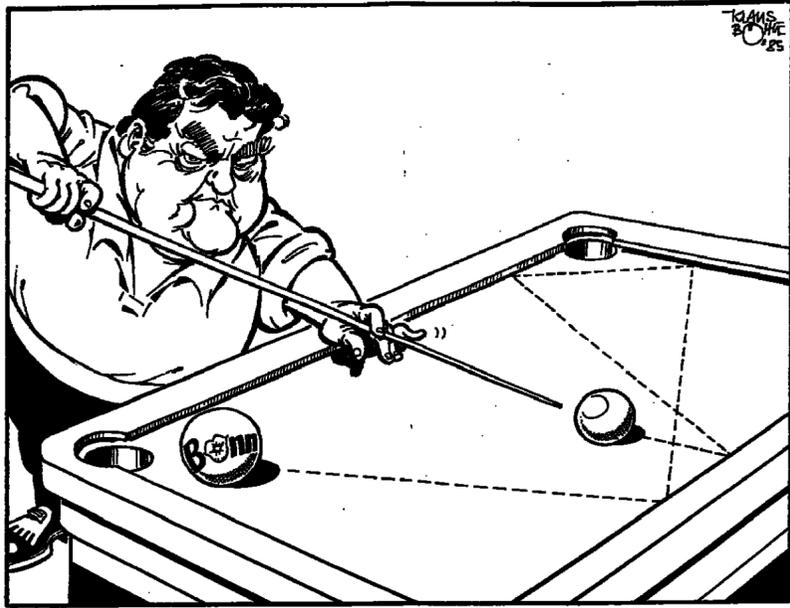
Von Jürgen Liminski

Ohne Schlußdokument ist die Menschenrechtskonferenz in Ottawa beendet worden. Die Sowjets dürften aufatmen. Sie hatten sich den Westen bei dieser für sie so heiklen Thematik gewiß offensiver, entschlossener und vor allem konkreter vorgestellt. Sie fürchteten die Abrechnung durch eine Gesamtschau von Einzelschicksalen. Sie fürchteten eine Darstellung der Handhabung der Menschenrechte im Bereich der Unterzeichnerstaaten und insbesondere im Herrschaftsbereich des Warschauer Pakts.

Der deutsche Delegationsleiter Botschafter Eickhoff konnte nur, faute de mieux, theoretisieren und auf Rechte verweisen statt auf Fälle, in denen das Recht mit Füßen getreten wird. Es war nicht seine Schuld, auch nicht die des Bundestages. Denn die Parlamentarier der Koalition hatten sich redlich bemüht, ein Weißbuch über die menschenrechtliche Lage der Deutschen in Mitteldeutschland und in Osteuropa vom Auswärtigen Amt zu bekommen. Sie wurden hingehalten. Und die Chance von Ottawa, konkret etwas für Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs zu tun, sie wurde so vertan.

Außenminister Genscher mußte sich eigentlich fragen, ob es reicht, auf einem internationalen Forum solchen Kalibers nur die Glaubensfreiheit, die Rechte der Minderheiten etc. „eingefordert“ zu haben, wie er sagt. Was heißt einfordern, wenn man die Forderung nicht konkretisiert? Das ist wie auf den zahlreichen Foren der UNO, die er so gern besucht: Man redet.

Nur auf einem Forum will Genscher offenbar nicht reden: vor dem Bundestag. Dort soll im Plenum am 27. Juni über die menschenrechtliche Lage der Deutschen debattiert werden. Das Auswärtige Amt jedoch fühlt im Parlament vor, ob sich diese Debatte nicht verhindern läßt. Es muß Gründe dafür geben. Sie haben möglicherweise mit der „neuen Entspannungspolitik“ die Genscher betreibt, zu tun. So jedenfalls ließe sich auch das Schweigen der Bundesregierung zu den Urteilen von Danzig deuten, die im übrigen Westen scharf kritisiert wurden, weil sie gegen die in der KSZE-Schlußakte verbrieften Rechte verstößen.



Über die Banden

KLAUS BÖHLE

Wie einst in Teheran

Von Peter M. Ranke

Bewaffnete beherrschen den Kontrollturm des Flughafens Beirut. Ein Mullah mit weißem Turban ist unter ihnen. Natürlich ist das neue Geiseldrama für die Schützen, die der Zustimmung des greisen Ayatollah Khomeini sicher sein können, nur eine weitere Schlacht in ihrem „heiligen Krieg“ gegen Amerika, Israel, den gesamten verfeindeten Westen. Doch das zu begreifen fällt noch immer schwer.

Hundertfach hat die amerikanische Regierung geschworen, ihre Bürger oder Soldaten in Nahost besser zu schützen, denn eine Geiselnahme wie 1979 in Teheran sollte sich nicht wiederholen. Man war auf neue und blutige Terrorakte wie in Libanon vorbereitet, aber doch nicht darauf, daß sich der Justizminister einer legalen Regierung wie Nabih Berri nun auf die Seite der Terroristen schlägt und für die Geiselgangster verhandelt. Wieder, wie damals Präsident Carter nach der Geiselnahme in Teheran, muß Amerika in ohnmächtigen Zorn abwarten, ob Verhandlungen zu einem Erfolg führen.

Nabih Berri, der selbst lange in den USA gelebt hat, ist vielleicht ein Garant, daß Entführung und Gefangenschaft für dreißig bis vierzig Amerikaner friedlich enden. Aber Berri, ein Führer der schiitischen Amal-Miliz und Minister in einer kaum noch amtierenden Regierung, wird schon aus Rücksicht auf die radikalen Mullahs nicht zögern, die Geiseln an ihre wahrscheinlichen Mörder wieder auszuliefern, wenn er die in Israel gefangenen Schiiten nicht freikommt. Schließlich zögerte er auch nicht beim Angriffsbefehl auf die Palästinenser-Lager, und schließlich ließ er die Flugpassagiere aus „Sicherheitsgründen“ verschleppen. Ein Vorwand?

Viele Andere, unter ihnen auch acht Amerikaner, sind seit ihrer Entführung im moslemischen Beirut seit Monaten nie wieder gesehen worden. Verschleppung, Folter, Geiselmord sind Waffen im „heiligen Krieg“ der Schiiten. Für sie herrscht Krieg. Zu ihren religiösen Vorführungen gehören die berechtigten Assassinen des Mittelalters. Die für uns unbegreifliche orientalische Kriegsführung mit dem



Ruinen des Terrors und des „heiligen Krieges“: Beirut 1985

neuen Geiseldrama hat drei Bezugspunkte, die gleichzeitig Schwachstellen unserer Einschätzung der fanatischen Schützen und ihrer Ziele sind. Wie schon befürchtet wurde, hat sich der Tausch von drei israelischen Soldaten gegen 1150 Gefangene, unter ihnen 67 zu lebenslang verurteilte Mörder, als Fehler herausgestellt, der weitere Erpressungen nach sich zieht. Wollen, ja können die Israelis jetzt die Freigabe der schiitischen Gefangenen verweigern, wenn es nicht mehr um drei israelische Soldaten geht, sondern um das Leben von dreißig bis vierzig Amerikanern?

Das Kriegs- und Krisen-Zentrum ist Beirut. Schiitische Miliz beherrscht den Flugplatz, in den benachbarten Stadtteilen liegen ihre Quartiere und Verstecke. Als kürzlich eine jordanische Maschine in Beirut gestürzt und später gesprengt worden war, konnte das schiitische Kommando in der Nachbarschaft ungehindert untertauchen. Denn die Schiiten herrschen im moslemischen West-Beirut seit gut einem Jahr, mit den Drusen arbeiten sie bei der Bildung eigener Kantone in der leeren Staatshülle Libanons zusammen.

Zehn Jahre Krieg in jeder Form, vom religiös-politischen Bürgerkrieg bis zur syrischen Besetzung und israelischem Eingreifen, haben die Staatsmacht einschließlich der Armee und Polizei zerstört und

ausgehöhlt. Eine Regierung gibt es nur dem Namen nach. Die Unsicherheit im moslemischen Teil Beiruts ist so groß, daß Zehntausende von Ausländern und Libanesen geflüchtet sind. Es herrscht das Faustrecht der Kalaschnikows, der Terror der Auto-Bomben und der Kampf jeder gegen jeden. Oft genug ist das Motiv von Raub und Mord der pure Zwang zum Überleben, dem Wirtschaftsleben und Verdienstmöglichkeiten existieren nur in Rudimenten. Selbst die Syrer zögern, als Ordnungsmacht anzutreten und den Schurkhaufen zu übernehmen, in dem lediglich der christliche Landesteil als letzter Hort für Sicherheit und Zufucht noch besteht.

In diesem Klima gedeihen Terror und Verbrechen. Sie nisten in den Grauzonen eines Staates ohne Strukturen. Daher sind auch die Fingezugentführer ebenso wenig zu fassen wie schiitische Selbstmord-Kommandos vom „islamischen heiligen Krieg“, die sich auf den nächsten Einsatz vorbereiten oder von Mullahs animiert werden. Wo sollen da amerikanische Anti-Terror-Kommandos eingreifen? Wie können sie zuschlagen?

Typisch für das heutige Beirut ist, daß bisher nicht einmal die genaue Zahl der am Freitag entführten und verschleppten Geiseln bekannt geworden ist. Der mittägliche Justizminister Nabih Berri schwieg, er weiß es wahrscheinlich selbst nicht.

Was bleibt? Eine Befreiungsaktion ist kaum mehr möglich, also weitere Verhandlungen um das Leben der Geiseln. Aber dazu gehört endlich auch die Erkenntnis, daß sich ein großer Teil der Schiiten in Iran und Nahost im Kriegszustand befindet, im „heiligen Krieg“ gegen alles, was den Mullahs im Westen mißfällt. Die Ermordung eines amerikanischen Passagiers, nur weil er Amerikaner und angeblich Soldat war, beweist, daß diese Schiiten mit den schwarzen Stimbänden ausführen, was sie androhen. Die notwendige Konsequenz könnte lauten: weitestgehende Isolierung dieser gläubigen und fanatischen Streitmacht im politischen und wirtschaftlichen Sinne.

IM GESPRÄCH Klaus Wedemeier

Etablierter Juso

Von Winfried Wessendorf

Klaus Wedemeier (41) fühlt sich durch die Nominierung Koschnicks zum Kandidaten für den Bremer Bürgermeister-Posten geehrt. „Es zeigt, daß die geleistete Arbeit anerkannt wird.“ Doch einen Kontrahenten gibt es noch aus dem Rennen zu werfen: Sozialsenator Henning Scherf. Wedemeier kann allerdings auf einen stärkeren Rückhalt im Senat, in Fraktion und Landesvorstand hoffen.

In den achtzehn Monaten, die ihm vom September an, wenn Koschnick aufhört, bis zur nächsten Bürgermeisterschaftswahl bleiben, könnte er allerdings die achtzehn Jahre Erfahrung und die Popularität des jetzigen Bürgermeisters nicht aufholen, meint er. Doch der Pragmatiker, als Juso- und Unterbezirksvorsitzender wie als Chef der Fraktion in der Bürgerschaft durch eine harte Schule gegangen, glaubt trotzdem: „Wir werden die absolute Mehrheit nicht abgeben.“ Er hofft, falls er Bürgermeister wird, auf die Hilfe seines Vorgängers. Wedemeier wird von den Grünen als „Mann ohne Frinzipien“ charakterisiert, und die CDU hofft, gegen ihn die absolute SPD-Mehrheit brechen zu können.

Der schlanke, hochgewachsene Hobby-Fußballer, 1944 in Hof geboren, ist verheiratet und hat einen zwölfjährigen Sohn, der auf eine Stufenschule, die Bremer Spielart der Gesamtschule, geht. Sie haben ein Eigenheim im Grünen. Seit 1984 ist er Parteimitglied. Nach der Berufsausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann war er Manager einer Lebensmittelkette. Er ist Mitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Der einstige Juso-Vorsitzende, den die Opposition als rotes Tuch ansieht, gilt in den eigenen Reihen als etabliert und für den Unterbezirk Ost als nicht links genug. Wedemeier über seine Juso-Zeit: „Natürlich habe ich mich engagiert, war aktiv im Anti-Vietnamkrieg-Komitee und habe mich 1980 bei der Demonstration gegen die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise auf die Schienen gesetzt.“

In der SPD-Sprachregelung gehört der Fraktionschef noch immer zu den Linken. Doch ist er eher ein Mann des Ausgleichs. So ist ihm das Kunst-



Bremer Bürgermeister-Kandidat: Klaus Wedemeier

stück gehen, die Rechten und die Linken in der Fraktion zu einem, so wurde er das letzte Mal einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Er läßt sich selten zu polemischen Äußerungen hinreißen. Die Sache müsse im Vordergrund stehen, sie würde auch von den Wählern so besser verstanden und akzeptiert, sagt Wedemeier. Der Pragmatiker hat sich eigentlich immer in der Gewalt. Damit bietet er weniger Angriffsflächen als Scherf. So fürchtet er die Auseinandersetzung um den Bürgermeisterschafts-posten nicht - deshalb sagt er dazu: „Wir haben einen langen gemeinsamen Weg hinter uns und werden die Entscheidung der Parteigruppen gemeinsam tragen.“

Wedemeier zweifelt nicht daran, am 18. September das Ruder in Bremen zu übernehmen. Zu seiner Aufgabe danach sagt er: „Die Erhaltung des Sozialversicherungssystems und die Bekämpfung der Armut sind neben der Haushaltskonsolidierung meine erklärten Ziele.“ Die Umwelt steht ebenfalls oben auf seiner Prioritätenliste. Im Gegensatz zur Mehrheit seiner Partei hält er Einsparungen im Personalrat für dringend notwendig. Als Fraktionsvorsitzender hat er alle Sparsaßnahmen des Koschnick-Senats mitgetragen. Der Stadt predigt er: „Neben unseren berechtigten Forderungen an den Bund in Sachen Ergänzungszweckung oder im Bereich EG-Mittel müssen wir eigene Anstrengungen unternehmen.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Wenn zwei prominente Politiker aus gegensätzlichen Lagern bei einer Zustandsbeschreibung der deutschen Frage unabhängig voneinander übereinstimmen, spricht manches für die Richtigkeit ihrer Analyse. Der Sozialdemokrat Georg Leber faßte sie in einer würdigen Feierstunde des Bundestages zum 17. Juni in der Feststellung zusammen: Die deutsche Frage ist nach wie vor offen; gleichwohl wird keine deutsche Regierung Gewalt anwenden oder auch nur in Erwägung ziehen, um sie zu überwinden. Auf dem Schliesliertreffen sagte Helmut Kohl mit anderen Worten das gleiche wie Leber.

Frankfurter Allgemeine

In der miserablen wirtschafts- und finanzpolitischen Situation des kleinsten Bundeslandes sehen das viele Hanseaten - Sozialdemokraten oder auch Liberale - fast als einen Akt der Desolation an. Wenn einer wie Koschnick hinschmeißt, dann muß es sehr düster aussehen, läßt Bremens CDU verlauten. Richtig ist, daß die Probleme des schwer angeschlagenen kleinsten Bundeslandes durch Koschnicks Rücktritt nicht leichter werden; sein Nachfolger Wedemeier tritt ein schweres Erbe an. Doch auch die politische Zukunft Koschnicks beschäftigt die Öffentlichkeit. Willy Brandt

LIBERATION

Als guter Cowboy hat Reagan mit Drohungen begonnen. Aber seit Sonntagmorgen zieht er es vor, nicht in Erscheinung zu treten. Er hat ohne Zweifel in der Zwischenzeit das Maß der Herausforderung, die sich ihm gestellt hat, und zugleich die Schwäche der ihm verfügbaren Mittel ermaßen können. Der Schatten der früheren amerikanischen Geiseln, jener von Teheran, und Carters Rüm belasten heute erneut das Weiße Haus.

Schwarzwälder Bot

Dieter Spoerl nutzte die Gunst der Stunde. Er nannte auf dem Parteitag der baden-württembergischen SPD in Waiblingen die Dinge beim Namen. Bildhaft gesprochen: er band der Katze die Schelle um. Einem aufmerksamen Delegiertenvolk sagte Spoerl, die angestrebte sozial- und umweltverträgliche Steuerung des technischen Fortschritts in unserer Industriegesellschaft habe eine neue Wirtschaftsordnung mit einer neuen Qualität zum Ziel. Konkret geht es um nichts anderes, als daß wir die industrielle Produktion unter ökologischen Gesichtspunkten vergesellschaften.

Wachsende Ansprüche der Bundeswehr an die Gesellschaft

Zum neuen Verteidigungs-Weißbuch / Von Rüdiger Moniak

Mit dem Titel „Freiheit in Frieden“ setzt das neue Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Bundeswehr das Ziel. Auf so einfache Einsichten läßt sich die Moral staatlichen Handelns reduzieren. Komplizierter wird es, daraus die richtige Politik zu entwickeln. Zum Beispiel für die Streitkräfte.

Ob die Bundeswehr ihre Aufgabe in den kommenden Jahren, die bestimmt sind von kleiner werdenden Wehrpflichtigen-Jahrgängen und einer mit gesteigertem Ingrim geführten Debatte um den richtigen Weg der Friedenssicherung, wird erfüllen können - dies ist die Frage, an der sich das neue Weißbuch wird messen müssen.

Bei unvermindert hoher Arbeitslosigkeit und anderen Belastungen der öffentlichen Haushalte zur Erhaltung eines sozial ausbalancierten Klimas gerät die militärische Verteidigung schnell in Gefahr, personell wie finanziell beschnitten

zu werden. Zumal es einflußreiche Gruppierungen und Parteien - von der evangelischen Kirche über große Teile der Gewerkschaften bis zu den Grünen und der SPD - gibt, die eine Schwächung der Bundeswehr für sinnvoll halten und in diesem Sinne Einfluß auf die Öffentlichkeit ausüben.

Denn ihre Frage lautet: Wozu ein so großer Verteidigungshaushalt, wozu eine so starke Bundeswehr, wo doch die östliche Militärmacht und ihre Absichten vom Westen aus propagandistischen Gründen überzeichnet werden? Auch wenn diese Botschaft falsch ist - von vielen im Lande wird sie geglaubt.

Das spürt auch die Regierung, die im neuen Weißbuch schöne Worte gebraucht: „Die Verteidigung des Staates beginnt mit dem bewußten Eintreten für die Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das Bewußtsein zu verstärken, daß die Verteidigung des Staates gegen Be-

drohung von außen auch die Aufgabe aller verantwortungsbewußten Staatsbürger und nicht nur der Soldaten ist, hat die Bundesregierung zum wichtigen Ziel ihrer Politik gemacht.“

Auf einem wichtigen Felde wird sich zeigen müssen, wie weit diese Absicht Erfolg hat. Es geht um die Milderung des Personalangels, in den kommenden Jahren verursacht durch den Pilenknick in den sechziger Jahren. Seine Wegweisung der Staat künftig Wehrpflichtigen und Reservisten viel mehr abfordern als früher. Innen steht ein auf einmahl Jahre verlängerter Grundwehrdienst bevor, darüber hinaus werden von ihnen viel häufiger Wehrübungen verlangt.

Dies indes ist nur die eine Seite der Medaille: die verstärkte Belastung für das Individuum. Die andere ist, welche Belastungen die Gesellschaft als Ganzes für die Bundeswehr tragen muß - abgesehen vom Verteidigungsetat. Mehr Wehrübungen heißt für die Wirtschaft häufigere Abwesenheit von Arbeitnehmern zum Reservendienst. Die Arbeitgeber sind gefordert, dies zu dulden. Das ist vor allem hart für Mittelstand und Handwerk.

Das setzt aber ein Umdenken bei der Bundeswehr voraus. Mit welchem geringem Interesse am pflegerischen Umgang mit Reservisten heute manchmal in den Truppenverbänden verfahren wird, ist skandalös. Viele Wehrübungen sind wenig ideenreich organisiert, da wird viel Zeit verdröckelt; da fällt es manchem in der Bundeswehr schwer, sich in die Lage eines Reservisten hineinzuversetzen, der weiß, wie dringend er am Arbeitsplatz gebraucht wird, und merkt, wie sorglos beim Bund mit seiner Zeit umgegangen wird. Dank und Anerkennung für den Einsatzwillingen dieser Soldaten werden auch nicht immer in gebührender Weise abgegolten. Die große Aufgabe „Reser-

vistenutzung“ wird im neuen Weißbuch aber nur am Rande gestreift. Dieser Mangel macht schwer. Denn die Zeit, alle gesellschaftlichen Kräfte mit den neuen Belastungen zur Deckung des Personalbedarfs der Bundeswehr vertraut zu machen und sie dafür zu gewinnen, vermindert unaußerlich.

Ein Vorteil für die Bundeswehr mag die hohe Arbeitslosigkeit sein, die auf der Suche nach qualifizierten Berufs- und Zeitsoldaten den Wert einer Beschäftigung in Uniform attraktiver werden läßt. Aber wenn die Zahl derer, die Arbeit suchen, kleiner wird, wächst wieder die Konkurrenz zwischen der Wirtschaft und der Bundeswehr.

Den Zeit- und Berufssoldaten muß die Bundeswehr finanziell attraktive Angebote machen können, wenn sie sich gegen die Wirtschaft behaupten will - und ihre teuren Maschinen und Geräte den Besessenen eines Jahrgangs anvertrauen will.

Handwritten signature: J. P. ...

# Das Blei wird zu einer schweren Bürde

Negative Schlagzeilen ist der Postminister gewohnt. Und Rücktrittsforderungen gehören für Minister Schwarz-Schilling schon zum Alltag. Auch nach der Schließung der Familien-Firma „Sonnenschein“ in Berlin kommen diese Forderungen wieder, diesmal allerdings auch aus der Koalition.

Von PETER JENTSCH

Väterlich ermahnte ihn unlängst Bundeskanzler Helmut Kohl, er möge sich doch, bitteschön, um ein besseres Image seiner Bundespost kümmern. Das freilich ist Christian Schwarz-Schilling bislang nur unzureichend gelungen: Die Post ist aus den negativen Schlagzeilen nicht heraus, und auch er selbst ist jetzt (wieder einmal) hineingeraten.

Anlaß: Der Berliner Akkumulatorenfabrik „Sonnenschein“, die der Familie des Bundespostministers gehört, wurde wegen kontinuierlicher schädlicher Umwelteinwirkungen ein Produktionsstopp auferlegt. Berlins Umweltsenator Horst Vetter hat die Schließung des Werkes, das rund 250 Mitarbeiter beschäftigt, anordnen müssen, nachdem das Berliner Verwaltungsgericht die sofortige Durchsetzung der vom Gericht beschlossenen Schließungsanordnung verlangt hatte.

In dieser Fabrik wurden jährlich gut 18 000 Tonnen Blei verarbeitet, ohne daß – so der Vorwurf des Gerichts – das Unternehmen oder die zuständige Senatsverwaltung die erforderlichen Genehmigungen für den Betrieb der Bleischmelzöfen und der Bleipastiererei vorlegen konnte. In der Umgebung der Fabrik wurden denn auch entsprechend hohe Emissionswerte gemessen, was



Immer wieder im Rampenlicht: Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling.

FOTO: PAUL GLASER

schließlich zur Klage von Anwohnern führte.

Das Pikante an der Sache: Von 1987 (nach dem Tode seines Schwiegervaters) bis 1982, bis zu seiner Ernennung als Bundespostminister, führte Christian Schwarz-Schilling die Geschäfte des Unternehmens mit Hauptsitz in Büdingen/Hessen. Und schon in dieser Zeit stritt man sich in Berlin über Auflagen und Folgerungen für den Betrieb aus dem Bundesimmissionschutzgesetz. Im Kern ging es dabei um die Frage, ob es sich um „Altanlagen“ handele, die nicht genehmigungsbedürftig sind.

Der 53jährige Postminister ist also aufgrund seiner früheren Tätigkeit als „Sonnenschein“-Geschäftsführer betroffen. Und prompt fordern Politiker der SPD und der Grünen seinen Rücktritt. Dieser Forderung schloß sich auch der baden-württembergische FDP-Vorsitzende Walter Döring an: „Der Minister muß aus diesem Umweltandal entweder selbst die Konsequenzen ziehen und zurücktreten – andernfalls sollte Kanzler Kohl ihn entlassen.“

Das Kanzleramt sieht bisher aber keinen Grund, diesen Schritt zu vollziehen. Dort betrachtet man – in vorsichtiger Distanzierung – den „Fall“ als eine private Angelegenheit Schwarz-Schillings, wobei dem Mini-

ster gegenüber aber deutlich zum Ausdruck gebracht wurde, er möge jetzt mit Fakten die Angelegenheit aus der Welt bringen und die Öffentlichkeit offensiv informieren.

In diesem Sinne hat Schwarz-Schilling, der wie kaum ein anderer Politiker der Regierung schon oft schmerzhaft erfuhr, daß gerade in Bonn der gutgemeinte Weg bis zum Ziel mit Fallen gepflastert ist, gestern gehandelt. Nach seiner Auffassung lassen sich die Vorwürfe gegen die Firma „Sonnenschein“ und gegen ihn als Ex-Geschäftsführer auf die Frage reduzieren, inwieweit Betriebsan-

lagen des Unternehmens nach dem 1974 in Kraft getretenen Bundesimmissionschutzgesetz in den siebziger Jahren genehmigungsbedürftig waren. Nach „alter“ Rechtsauffassung, so der Minister, „waren sie das nicht“; das Gericht habe jetzt erstmals eine gegenteilige Auffassung zum Ausdruck gebracht. Dies könne weder „der Firma Sonnenschein noch mir zum Vorwurf gemacht werden“.

Im Gegensatz zu den Klägern und der „überraschenden Auslegung des Gesetzes durch das Gericht“ seien das Unternehmen und der Senat davon ausgegangen, daß es sich bei der Pastenmischerlei des Unternehmens nicht um eine genehmigungsbedürftige Anlage handele. Für die übrigen Betriebsteile seien die Genehmigungsunterlagen vorgelegt worden.

Diesen Rechtsstandpunkt hat auch der Berliner Senat noch am 15. 4. 1985 in einem Schreiben an das Verwaltungsgericht begründet. Darin heißt es: „Die mit Bescheid vom 18. 9. 1977 genehmigte Albleischmelze wird zur Zeit nicht betrieben. Sie ist auch demontiert. Die übrigen Betriebsbereiche stellen keine Anlagen nach Paragraph 4 des Bundesimmissionschutzgesetzes dar. Dies gilt auch für den Teil der Pastiererei.“

Auch in einem weiteren Punkt fühlt sich Schwarz-Schilling zu Unrecht beschuldigt. Nach seinen Angaben haben Bluntersuchungen des Berliner Gesundheitsamtes an 132 in der Nähe der Batteriefabrik lebenden Personen „keine Anzeichen für eine Gesundheitsgefährdung“ ergeben. „Die Ehrheitswerte der Nachbarn von Sonnenschein lagen deutlich unter den EG-Richtwerten.“ Die Werte lägen im übrigen auch unterhalb der jetzt diskutierten neuen Grenzwerte. Trotz dieser Feststellung habe das Gericht den Senat am Wochenende verpflichtet, die in Frage stehenden Betriebsteile sofort stillzulegen.

Diese Auslegung des Gerichts widerspreche, so betonte Schwarz-

Schilling, „auch der Praxis aller Genehmigungsbehörden in der Bundesrepublik“. Das bestätigte auch Umweltsenator Vetter: Seine Verwaltung sei „in ihrer langjährigen Rechtsauffassung, die sie mit den Genehmigungsbehörden im übrigen Bundesgebiet teile, korrigiert worden“. Das Bundesinnenministerium hat unter den Konsequenzen angekündigt: Es will sofort prüfen lassen, welche Folgen das Urteil für die Auslegung und Anwendung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft im Bundesgebiet haben könnte.

„Wenn eine neue Rechtsauffassung dieser Art heute formuliert wird“, so machte Schwarz-Schilling deutlich, „kann das nicht der Firma Sonnenschein zum Vorwurf gemacht werden.“ Das Unternehmen habe daher gegen die Entscheidung des Gerichts Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht eingelegt. Darüber hinaus habe die Firma auch vorsorglich Klage erhoben gegen die Schließungsverfügung des Senats.

Die Aufforderung zum Rücktritt wies der Minister nachdrücklich zurück. In seiner Zeit als Geschäftsführer des Unternehmens habe er wegen der Folgerungen aus dem Inkrafttreten des Bundesimmissionschutzgesetzes wiederholt mit den zuständigen Berliner Behörden und dem damaligen Senator für Gesundheit und Umweltschutz, Pätzold (SPD), verhandelt. Der Senat habe nach eingehender Prüfung und Besichtigung des Betriebs im Spätherbst 1978 und im Februar 1979 erklärt, daß es sich bei „der Pastenmischerlei des Unternehmens nicht um eine genehmigungsbedürftige Anlage“ handele. Für die übrigen Betriebsteile seien Genehmigungen vorgelegt worden. Schwarz-Schilling: „Auf diese klaren Aussagen der Behörden mußte und konnte ich mich verlassen.“

Ob er sich indes weiterhin auf die in seinem Amt notwendige „Fortune“ verlassen kann, bleibt abzuwarten. Zu sensibel erscheint der Mann mit der musischen Begabung, zu oft ist er angeeckt, weil er das, was er durchsetzen will, nur schwer verständlich machen kann. Das freilich liegt nicht allein an ihm, sondern an seinem komplexen Geschäft. Stichwort: Verhinderung der Republik. Dieses Vorhaben hat technische, wirtschaftliche, arbeitsmarkt- und räumlich-politische und schließlich kulturkritische (manche meinen moralische) Seiten. Um auf diesem Feld seinen Kritikern antworten und seine Pläne verständlich machen zu können, braucht er einen freien Rücken.

# Kein Jubel, sondern Hoffnung begleitet Namibias Regierung

Der 17. Juni 1985, an dem in Windhuk eine „Übergangsregierung der nationalen Einheit“ gebildet wurde, war kein Jubeltag. Zu groß sind die Skepsis und die Probleme der einstigen Swapo-Führer. Shipanga, heutige Minister, sprach aus, was viele denken: „Wir sind zum Erfolg verurteilt. Ein Fehlschlag bedeutet politischen Tod.“

Von BERNT CONRAD

David Bezuidenhout, der neue Ministerpräsident von Namibia, ist ein schüchtern Mann. Als er, eingeholt von vier strammem Offizieren, mit einem Filzhut auf dem Kopf, fast zögernd die im Athletik-Stadion von Windhuk angetretene Ehrenkompanie abschreitet, spürt jeder die Last, die der farbige Führer der Labour Party trägt. Er blickt starr vor sich hin. Aber er zuckt nicht mit der Wimper.

Dann geht der unscheinbare Mann, der sich sein heutiges Amt noch vor ein paar Monaten kaum erträumt hätte, mit kurzen Schritten auf das Rednerpodium. Und nun erleben die Zwanzigttausend, die schon seit sechs Stunden Fußball, Fallschirmsprünge, Volkstänze und Kunstflugvorführungen an sich vorbeirauschen lassen, plötzlich einen Redner, der weiß, was er will. Seine Ziele: Frieden, nationale Versöhnung, politische Stabilität, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt.

Bezuidenhout formuliert diese einfachen Wahrheiten in erstaunlich eindrucksvoller Weise: „Das Volk von Namibia ist des über ihn verhängten bewaffneten Kampfes müde. Es hat genug davon, daß Kinder nach Angola entführt werden, es hat genug von Tod und Zerstörung durch Landminen, Bomben und Granaten. Es hat kein Interesse an ausländischen Ideologien mit imperialistischer Zielsetzung und den Auseinandersetzungen, die ihm von Mächten im südlichen Afrika aufgezwungen wurden. Unser Volk hat sich besonnen und sagt: Laßt uns allein. Laßt uns unsere Zukunft selbst bestimmen.“

Damit hat der unteretzte Farbige, den im Ausland kaum jemand kennt, genau das ausgesprochen, was hinter der neuen Übergangsregierung steht: der Wille, sich von der Außenwelt, sprich UNO, nicht länger verströmen zu lassen, sondern die Dinge in Namibia selbst in die Hand zu nehmen. Im Athletik-Stadion allerdings löst die Ankündigung einer neuen Phase für die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika keineswegs einen Begeisterungssturm aus. Die aus dem ganzen Land angereisten Männer, Frauen und Jugendlichen hören ruhig zu. Ihre Skepsis ist unübersehbar. Sie haben zu viele Enttäuschungen erlebt, als daß man von ihnen Enthusiasmus erwarten könnte.

Hatte ihnen nicht die UNO schon vor mehr als einem Jahrzehnt die Unabhängigkeit versprochen? Waren nach der allgemeinen Annahme des westlichen Lösungsplans auf Grund der UNO-Resolution 435 nicht neue, vergebliche Hoffnungen entflammt? Hatten sich auf der anderen Seite mit der ersten namibischen Regierung der demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA) unter Dirk Mudge nicht

hochgespannte Erwartungen verknüpft, denen die Südafrikaner dann durch Absetzung des Ministerrates kurzerhand den Garaus machten?

Nach alledem kann der von Südafrika gebilligte neue Anlauf zur Selbstregierung im Lande selbst kaum mit Vorschlußloren rechnen. Er muß durch Erfolge überzeugen. Darum verläuft der Feiertag der Regierungsbildung in Windhuk ohne den bei „revolutionären“ Regimen üblichen Massenjubel.

Es geht alles recht gemäßigt vor sich, auch bei der Militärparade auf der Kaiserstraße am Vormittag. Man klatscht freundlich oder sieht schweigend zu. Von der protestierenden Swapo ist in der Innenstadt nichts zu sehen. Eine nach 90 Minuten von der Polizei zwangsweise aufgelöste, nicht angemeldete Demonstration am Stadtrand bleibt bescheiden. Ähnlich emotionslos ist es bei der großen Schau im Stadion: Die rasanten Kunstflüge der südafrikanischen „Silberfalken“ oder das abschließende Feuerwerk erregen wesentlich mehr Anteilnahme als die gelungene Rede des neuen Ministerpräsidenten.

Dabei mag die Tatsache missfallen, daß David Bezuidenhout den Schreibtisch des Regierungschefs ohnehin schon nach drei Monaten wieder räumen muß. Denn auf diese kurzzeitige Rotation haben sich die Regierungspartner der Vierpartei-Konferenz als Kompromiß geeinigt, nachdem die Sache eigentlich ganz anders hätte laufen sollen.

Lange Zeit sah es nämlich so aus, als ob der attraktive und redegewandte farbige Swapo-Chef Moses Katjuonga als erster dem Kabinett vorstehen und nach einem Jahr abgelöst werden sollte. Doch im letzten Augenblick legte DTA-Vorsitzender Mudge ein Veto ein, und so kam – was manche als eine Art Witz betrachten – ein dreimonatlicher Wechsel nach dem Alphabet der Minister zustande.

Dies gehört ebenso zu den Handicaps der neuen Regierung wie die allgemeine internationale Ablehnung. Daß neben UNO und Sowjets die Swapo trotz Einladung zur Mitarbeit nein sagen würde, war von vornherein klar. Sie baut auf Einschüchterung durch Gewalt und die Unterstützung durch die UNO-Mehrheit. Enttäuschend aber wirkte auf die Parteien in Windhuk die schroffe Ablehnung der Westmächte, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland.

Die Übergangsregierung sei „null und nichtig“, verkündete Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Bonn. Aus Washington, London und Paris hörte man das gleiche. Um so verblüffender war die demonstrative Teilnahme von Politikern der Re-

gierungsparteien aus eben jenen Hauptstädten an der von Südafrikas Staatspräsident P. W. Botha persönlich vorgenommenen Regierungseinsetzung in Namibia. Die Gäste forderten, in dieser Frage bewußt gegen die eigenen Regierungen Front zu machen: „Gebt den Politikern in Windhuk eine faire Chance.“

Natürlich sahen auch sie den „Schönheitsfehler“ einer nicht gewählten Exekutive und Legislative. Aber der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Klein, formulierte, was sie dachten: „Wie kann irgend jemand diese Leute, die Versöhnung anstreben, und die verfeindeten Namibier wieder zusammenbringen wollen, unfreundlich behandeln?“

Noch klarer stellte CSU-Chef Franz Josef Strauß in einem Grußwort, das Klein mitgebracht hatte, die Dinge dar: „Dieser erneute Versuch, die Lösung der Namibia-Frage auf dem einzig erfolgversprechenden Weg, nämlich durch die politischen Kräfte des Landes selbst voranzubringen, muß ernstgenommen werden und verdient



Ministerpräsident für drei Monate: David Bezuidenhout. FOTO: POLY PRESS

die volle Unterstützung der freien Welt, besonders der Bundesrepublik Deutschland, die eine besondere Verantwortung für Namibia trägt.“ Da klatschten auch der FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Rumpf, Bundestagspräsident a. D. Kai-Uwe von Hassel (CDU) und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Wolfgang Zeidler (SPD).

Ihr Votum wird der Bundesregierung zu denken geben, und die neue Führungsmannschaft in Windhuk freute sich: „Wir fühlen uns ermutigt. Es ist gut, Freunde zu haben“, sagt David Bezuidenhout.

Sein Ministerkollege Katjuonga stellte am Abend dieses ereignisreichen Tages bei einem Drink etwas erschöpft aber mit leuchtenden Augen fest: „Unser Signal an die Welt lautet: In Zukunft wird eine Regelung der namibischen Probleme nur noch zu unseren Bedingungen möglich sein.“

Das klang euphorisch. Eines aber ist trotz aller Risiken und Unwägbarkeiten richtig: Südwestafrika und damit die Grundlagen der Namibia-Politik haben sich durch diesen 17. Juni 1985 verändert.



Bei „Sonnenschein“ in Berlin geben (vorne) die Lichter aus. FOTO: KLAUS MEHNER

# Herr Hartmann suchte neue Geschäftspartner. Und fand sie über Nacht?



Mit modischen Lederwaren macht Hans Hartmann gute Geschäfte. Sie könnten sogar noch besser sein, wenn seine Lieferanten zu 100% seinen Wünschen entsprächen.

Da las er eines Abends unseren „Außenhandelsdienst“ und entdeckte in der Rubrik „Partner-Service“ ein vielversprechendes Inserat. Herr Hartmann forderte bei uns nähere Unterlagen an – und fand die langgesuchten Geschäftspartner. Unseren Rat & Service nutzen viele unserer Kunden im Auslandsgeschäft. Ob Forfaitierungen, Dokumenten-Inkasso, Bankgarantie... ob Exportfinanzierung, Versicherungen oder staatliche Hilfen: Wir, unsere regionalen Zentralbanken und unser Spitzeninstitut, die DG BANK, haben die richtigen Antworten auf alle Fragen im Auslandsgeschäft. Und den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

**Der Verbund: Alles aus einer Bank.** Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der

nahezu 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

**Ihre Sache ist unsere Sache.** Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. Mehr als 10 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

- DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
- 9 regionale Zentralbanken
- Bausparkasse Schwäbisch Hall
- DG HYP Deutsche Genossenschaftsbank Hypothekensbank
- DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG
- Münchener Hypothekensbank eG
- R + V Versicherung
- Union-Investment-Gesellschaft



**V X Volksbanken Raiffeisenbanken**

Wir bieten mehr als Geld uns Zinsen.

# Senator Scholz und eine Absurdität an der deutsch-deutschen Grenze

### Autobahn durchquert „DDR“-Grenzgebiet / Verhandlungen über einen Korridor angestrebt

**EBERHARD NITSCHKE, Bonn**  
„Eine Korridorlösung müßte erreichbar sein, die Sache wird bei nächster Gelegenheit wieder vorgebracht.“ Der Korridor, den der Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, der Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, Rupert Scholz, schnellstens erreichen will, betrifft eine spezielle Absurdität an der deutsch-deutschen Grenze.

Scholz ist am 17. Juni an den Grenzkontrollpunkt Herleshausen gefahren, um sich die Sache aus der Luft und vom Boden aus anzusehen. Zwischen den Ortschaften Wommen und Obersuhl kann die Autobahn Bad-Hersfeld-Eisenach nicht benutzt werden, weil sie hier durch einen unbewohnten Waldzopf der „DDR“ verläuft, der wie ein Finger in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hineinragt.

Hermann Casel, Polizeidirektor und Kommandeur der Grenzschutzabteilung Mitte 2: „Es handelt sich um die einzige fertige Autobahntrasse, die ausschließlich als Rennbahn für die DDR-Grenzhunde gebraucht wird.“ Was Casel besonders ergrimmt, ist die Tatsache, daß die kurvenreiche Not-Verbindungsstrecke zwischen den beiden Autobahnteilen auf dem Gebiet der Bundesrepublik neuerdings zur „Landstraße B 400“ ernannt wurde, was seiner Ansicht nach ein unhaltbares Provisorium verfestigt.

Dabei, so Scholz, sei in Herleshausen seit der Fertigstellung der Auto-

bahn bis Eisenach im Dezember 1984 (Kostenbeteiligung des Bundes: 268 Millionen Mark) und seit Bau einer Großbrücke über die Werra auf „DDR“-Gebiet durch westdeutsche Firmen eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung zu registrieren. Durch die neuen Grenzfertigungsanlagen von Herleshausen und von Wartha auf „DDR“-Seite rollen an Spitzentagen bis zu 1300 Lastzüge.

Allein im Berlin-Verkehr ist im Vergleich der Monate Mai 1984 und Mai 1985 eine Zunahme von 30 Prozent bei der Ein- und 40 Prozent bei der Ausreise zu registrieren, das bedeutet, daß von den rund 1,1 Millionen Personen, die von Januar bis Mai 1985 diese Grenzstation passierten, 25 Prozent auf den Berlin-Verkehr entfallen. Unter Hinweis auf die laufenden Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten über die dringend notwendige Grunderneuerung von Teilschnitten der Autobahn Berlin-Hof meint Rupert Scholz, es könne insgesamt die Rekordzahl von fast 22 Millionen Transitreisenden pro Jahr erreicht werden. Die volle Leistungsfähigkeit von Herleshausen ist aber erst dann gegeben, wenn die komplizierte Umgebung Wommen-Obersuhl beseitigt ist.

Seit die Verhandlungen mit der „DDR“ über Verlauf und Gestalt der grenzüberschreitenden Autobahn bei Herleshausen abgeschlossen sind, ist jetzt die alte Straße A 4, über die bis Ende vorigen Jahres der Gesamtverkehr rollte, nicht nur geschlossen,

sondern es wurden auch auf der „DDR“-Seite alle ehemaligen Kontrollgebäude am Bahnhof Wartha abgerissen. Auf der Seite der Bundesrepublik ist die A 4 neu geteert worden, wobei der letzte Zipfel vor den Barrikaden spitz zuläuft, weil die tatsächliche Grenze aus unerfindlichen Gründen diagonal den Weg schneidet.

Die gleiche penible Grenzzeichnung konnte Senator Scholz auch auf der Autobahn im parallel zur A 4 verlaufenden Gelände besichtigen. Hier wäre an sich mitten auf der Fahrbahn der „Grenzstein 15“ zu setzen gewesen, der nun aber, weil es nicht anders ging, durch einen Messingbolzen ersetzt ist. Außerdem verläuft über die Fahrbahn ein weißer reflektierender Strich - nicht gerade, sondern im stumpfen Winkel, damit das Höhenprofil der anderen Seite auch wirklich geographisch richtig wiedergegeben wird. Scholz zeigte sich beeindruckt: „Ein leistungsfähiger moderner Grenzübergang, der aber auch in beklemmender Weise verdeutlicht, was innerdeutsche Grenze heißt.“

Angesicht der fortschreitenden „Modernisierung“ der Grenze auf „DDR“-Gebiet, wo die unüberwindlichen Hindernisse wie im Hinterland verlegt werden, appelliert Scholz „an alle Politiker, über die Parteigrenzen hinaus eine Deutschlandpolitik zu betreiben, die sich nicht an spektakulären Ergebnissen orientiert, sondern nur das Wohl der Menschen in Ost und West“ im Auge habe.

# Den Schlüssel aus der Heimat mitgenommen

D. SALZMANN, Bonn

Einen ungewöhnlichen Weg in der Darstellung von Flucht und Vertreibung beschritt die Projektgruppe Ostdeutsches Kulturgut der Volkshochschule in Münster. Mit der Ausstellung „40 Jahre danach - Flucht und Vertreibung in den Jahren 1944/45“ unternahm sie den Versuch, durch Fallbeispiele die Vertreibung Millionen Deutscher zu zeigen und dadurch Geschichte besser begreifbar zu machen. Dazu hat die Projektgruppe fünf Familien herausgegriffen, deren Wege aus ihrer Heimat in die westlichen Besatzungszonen verfolgt wurden. Das Schicksal der Vertreibung wird eher transparent, wenn man die Strecke, den ein einzelner oder eine Familie zurücklegen mußte, auf der Landkarte verfolgen kann. Die Routen waren von Zufälligkeiten bestimmt. Fuhr noch ein Zug oder mußte man zu Fuß gehen?

Was Flucht bedeutet, wird dem Besucher verständlich, wenn er die Tagebeurteilungen einer jungen Frau betrachtet, die mit der Zeit immer kürzer und unleserlicher wurde. Zunächst fuhr sie noch in einem Güterwagen, dann mit einem Pferdewagen, und schließlich mußte sie den Weg in den Westen zu Fuß suchen.

Nur das Wichtigste, oder was die Davongejagten dafür hielten, konnte mitgenommen werden. Es ist interessant zu sehen, was in der Eile alles eingepackt wurde. Häufig mußten die Familien ihr Haus innerhalb einer halben Stunde verlassen haben. In der Ausstellung finden sich Erinnerungsstücke, Fotos, ein Kartenspiel, ebenso wie amtliche Dokumente, Versicherungsunterlagen und Gesangbücher, Silberbesteck und sogar eine Axt.

Die Projektgruppe will mit ihrer Ausstellung, die noch bis zum 23. Juni im Oberschlesischen Landesmuseum in Hesel bei Düsseldorf gezeigt wird, weder anklagen noch verteidigen, sondern die Zwangsumsiedlung als einen Teil der deutschen Geschichte beschreiben. Allerdings kommt bei der Ausstellung, die vornehmlich für den Besuch von Schulklassen ausgerichtet ist, das ungleiche Leid, das über die Flüchtlinge und Vertriebenen hereingebrochen war, zu kurz.

# Immer mehr Abiturienten suchen in Betrieben Alternative zum Studium

### Fachtagung in Bonn: Wirtschaft will Nachwuchs mit Aufstiegs-Perspektiven halten

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Wirtschaft erwartet in der nächsten Zukunft einen noch erheblich gesteigerten Ansturm der Abiturienten auf den beruflichen Ausbildungssektor. Während einer vom Bundesbildungsministerium veranstalteten Fachtagung „Abiturienten in der Berufsbildung“ in Bonn beleuchteten Experten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft die möglichen „Alternativen zum Hochschulstudium“ und kamen unisono zu der Prognose, daß sich in den kommenden Jahren der Andrang der Abiturienten im dualen Bereich noch um bis zu 50 Prozent steigern werde. Die Hochschulberechtigten würden damit in der beruflichen Ausbildung einen Anteil von 20 Prozent und mehr erreichen.

Was angesichts des derzeit ohnehin überfüllten Lehrstellen-Marktes wie ein Damoklesschwert wirkt, ist mitteilhaftig von der Bundesregierung - ausweislich der Kohl-Regierungserklärung von 1983 und des Berufsbildungsberichts - politisch durchaus gewollt und wird von der Wirtschaft als Chance verstanden. Denn aufgrund der demographischen Entwicklung werden die Haupt- und Realschulabsolventen schon sehr bald den Nachwuchs-Bedarf nicht mehr decken können.

Modellversuch

Die Großunternehmen haben sich mit ihrem Angebot bereits darauf eingestellt und werden ihre Bereitschaft zur Ausbildung von Abiturienten noch steigern. Und auch das Handwerk, mit einer Abiturienten-Quote von fünf Prozent bisher ein Mauerhümchen, nimmt sich jetzt in einem Modellversuch erstmals systematisch des Problems der angemessenen Ab-

iturienten-Ausbildung in den verschiedenen Handwerksparteien an.

Das Grundproblem zeigt sich in dem fast ungebrochenen Hang der jungen Leute, nach der Berufsausbildung wegen der zu geringen Aufstiegschancen doch noch in die Universitäten zu gehen. Die großen Unternehmen versuchen dem mit einer gezielten „Assistenten-Ausbildung“ zu begegnen, die auch dem Handwerk als Modell vorschwebt. Entscheidend ist, auch darüber war man sich einig, daß den Abiturienten mit einer entsprechenden Ausbildung sowie gezielter Fortbildung die Perspektive eröffnet werden muß, ohne Studium bis in die mittlere Führungsebene aufsteigen zu können.

Jürgen Zabeck, Erziehungswissenschaftler an der Universität Mannheim, wies darauf hin, daß man heute ohnehin nicht mehr „generell von den Abiturienten“ sprechen könne, da u. a. durch die reformierten Oberstufe die Leistungs-Maßstäbe und der Wissensstand viel zu unterschiedlich seien. Es gebe eine große Anzahl an Abiturienten, die studierfähig seien, aber vergleichsweise genauso viele, die dies trotz Abiturs nicht seien und auch von ihrer Interessens- und Begabungslage her für das duale System besser geeignet seien. Vor allem um diese gehe es jetzt. Allerdings, so war auch in der Expertenrunde zu hören, ist der Trend nicht auszuschließen, daß sich nach einer gewissen Zwischenphase die Wirtschaft dann die besten Abiturienten für ihre betriebliche Ausbildung herauswählt und die übrigen vor allem in die Hochschulen gehen.

Immer wieder geisterte die baden-württembergische Berufskademie als Ideal einer beruflichen Ausbildungsstätte für Abiturienten durch die Diskussion. Doch - schon allein

aufgrund der hohen Kosten - wird sie wohl in anderen Ländern keine Nachfolger finden. Deshalb gibt es vor allem in der Wirtschaft einen starken Druck auf die Kultuspolitiker, die Fachhochschulen in Richtung „stärker praxisorientierter Studiengänge“ zu verändern, wie Staatssekretär Paul Harro Piazolo formulierte.

Durchbruch nicht in Sicht

Doch da sich die zuständigen Länderminister zugleich als Interessensvertreter der sich vor allem an den wissenschaftlichen Hochschulen orientierenden Fachhochschul-Lehrer verstehen, ist ein Durchbruch nicht zu sehen. Der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Göller sprach deshalb auch die Möglichkeit von „preiswerteren“ Formen der Berufskademie an und der stärksten Einbeziehung der Wirtschafts- und Verwaltungskadern.

Zwei Sonderbeispiele zeigten während der Tagung weitere Aspekte der Vielschichtigkeit der betrieblichen Abiturienten-Ausbildung auf: Harald Richter berichtete, daß wegen der aktuell schlechten Ausbildungs- und Berufsaussichten bei der Bayer AG inzwischen die Abiturienten nicht mehr nur als Labormanten ausgebildet würden, sondern sich auch mit dem Weg zum Chemiefacharbeiter zufriedengäben.

Für den großen Einzelhandel hingegen hat sich in den letzten Jahren eine ganz andere Schwierigkeit ergeben. Am Beispiel seines Unternehmens, der Kaufhof AG, erläuterte Walter Roewenich, daß sich für die inzwischen vor allem auf Abiturienten zugeschnittene Substitutions-Ausbildung fast nur Mädchen bewerben und die Betriebe händeringend auch nach männlichen Bewerbern Ausschau halten.

# Heute:

## Streit um Sitze im Rundfunkrat

PETER PHILIPPS, Bonn

Die schärfer gewordenen Auseinandersetzungen zwischen SPD und Union auf ost- und deutschlandpolitischem Feld zeigen auch im öffentlich-rechtlichen Medien-Bereich Folgen: Für die anstehende Wahl der Bundestags-Vertreter in den Rundfunkrat des Deutschlandfunks kündigt Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel „verfassungsrechtliche Prüfungen“ an, die bis zum Gang nach Karlsruhe gehen könnten. Weder die CDU/CSU noch die SPD wollen ihren Einfluß im Aufsichtsgremium des Senders geschmälert sehen. Die SPD unterstreicht ihr Interesse auch damit, daß sie neben den Abgeordneten Nöbel und Verheugen ihren Fraktionschef Vogel erstmals in den Rundfunkrat des Deutschlandfunks entsenden will.

Im Zentrum des parteipolitischen Streites steht die Absicht der Union, für die Proporz-Aufteilung der sechs Rundfunkrats-Sitze, die vom Bundestag zu besetzen sind, ein anderes mathematisches Verhältnis-Zählsystem anzuwenden als das, über das sich der Bundestag zu Beginn der Legislaturperiode für die Aufteilung aller Ausschusssitze des Parlaments geeinigt hat. „Für Sonderausschüsse und Untersuchungsausschüsse sowie für Wahlen, die der Bundestag vorzunehmen hat“, nach diesem „St. Laguer-Schepers-System“ stünden im Rundfunkrat des Senders der CDU/CSU ebenso wie der SPD jeweils drei Sitze zu. Die Union will hingegen das „Hare/Niemeyer-System“ anwenden, das ihr ihre drei bisherigen Sitze weiter sicherte, die SPD bliebe bei zweien, die FDP hielte einen. Vogel erinnerte jedoch daran, daß der jetzige Rundfunkratsvorsitzende Wolfgang Michnick nur auf dem „Ticket“ der SPD, auf einem eigentlich ihr zustehenden Sitz in das Gremium gelangt sei. Der Union bleibe es unbenommen, mit ihrem Koalitionspartner ebenso zu verfahren. Er sieht in dem Koalitionsvorhaben „finstere Pläne“, weil „plötzlich das Verfahren geändert werden soll, wenn einem das Ergebnis nicht paßt“, und will notfalls heute über eine Geschäftsordnungsdebatte zu verhindern suchen, daß die Wahl auf die Tagesordnung gesetzt wird.

In einer gemeinsamen Erklärung haben CDU/CSU und FDP gestern ihre Marschrichtung bekräftigt: „Die Koalition wird an der bisherigen Besetzung festhalten“, also 3:2:1 Sitze.

## Ein klares Bekenntnis zum Computer

### Bildungsministerin Wilms: Schüler auf den verantwortungsbewußten Gebrauch vorbereiten

PETER SCHMALZ, München

Die moderne Schule, darin sind sich Bildungspolitiker, Pädagogen und Medienwissenschaftler einig, kann auf den Gebrauch der neuen Medien und der Computer nicht verzichten. „Für unsere Kinder ist der Computer ebenso selbstverständlich geworden wie für uns der Fernsehapparat. Es ist deshalb erforderlich, den Computer in den Bildungsaltag einzuführen“, forderte Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms gestern in München zur Eröffnung des Kongresses „Medien - Kultur - Bildung“, den das von den Ländern finanzierte Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (fwi) veranstaltet.

Seiner Bonner Kollegin assistierte Bayerns Kultusminister Professor Hans Maier mit der Anmerkung, die Schule dürfe kein Freiraum in der Gesellschaft sein: „Die Schule kann nicht so tun, als wenn ihre Schüler nicht längst mehr oder weniger daran gewöhnt wären, Erkenntnisse und Wissen, aber auch Gefühle, Einstellungen und Verhaltensweisen auch und gerade aus Medien zu beziehen.“

Helfer in der Schule

Maier sprach dabei von dem inzwischen empirisch abgesicherten Nutzen des Computers für die Schule durch seine vielfältigen Funktionen: als Übungsgerät, Werkzeug und Anschauungsgegenstand in Informatikunterricht, als Demonstrationsinstru-

ment für die Anwendungsmöglichkeiten in Wissenschaft, Industrie und Wirtschaft, als ein der Eigenprogrammierung bedürftiges Hilfsmittel in vielen Fächern und schließlich als willkommener Helfer in der Schulverwaltung.

Sinn des schulischen Computereinsatzes sei nicht die Ausbildung aller Kinder zu Informatikern, betonte Frau Minister Wilms, vielmehr müßten Kinder und Jugendliche in erster Linie lernen, „den Computer-sinnvoll einzusetzen“. Zum Vergleich zog sie die Verkehrsziehung heran: „Zentraler Gegenstand des Unterrichts muß die Verantwortung gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern sein. Dies bedeutet aber nicht, daß es Aufgabe des staatlichen Bildungswesens ist, den Führerschein zu vermitteln oder gar alle Kinder zu Kfz-Mechanikern auszubilden.“

Vielmehr werde in einer Zeit der sich aufräumenden Flut von Informationen die Fähigkeit immer wichtiger, den Überblick zu behalten, zuzurufen zu können und Zusammenhänge zu erkennen. Frau Wilms: „Nur die Fähigkeit des Wählens und Wertens bewahrt künftig vor der Gefahr, sich in Abhängigkeiten zu verstricken und in Details zu verlieren.“

Noch ließen sich die Formen der Anwendbarkeit der Neuen Medien nicht übersehen, wichtig aber sei schon heute, so Dorothee Wilms, die jungen Menschen auf einen verantwortungsbewußten Gebrauch der neuen technischen Hilfsmittel vorzu-

bereiten. Sie müßten begreifen, daß Technik nicht alles ist, daß nicht das Steuerpult oder die neue Verstärkeranlage die Musik macht, sondern daß Menschen musizieren.“ Deshalb seien als Gegengewicht zum Medienkonsum attraktive Angebote der musisch-kulturellen Bildung zu fördern, um das eigene Tun und das aktive Gestalten nachhaltig anzuregen.

Orientierungshilfe nötig

Als weitere flankierende Maßnahmen legte die Bildungsministerin an, Eltern und Pädagogen verstärkt über Ursachen und Folgen von unmaßigem und wahllosem Fernsehkonsum zu informieren und Orientierungshilfen zu entwickeln, die es dem Benutzer von Medien erlauben, bei den unterschiedlichen Verwendungsmöglichkeiten Stärken und Schwächen zu erkennen und somit bewußter die Auswahl treffen zu können.

Die „nicht alltägliche Einmütigkeit“, mit der die Bund-Länder-Kommission im vergangenen Dezember ein „Rahmenkonzept für die informationstechnische Bildung in Schulen und Ausbildung“ verabschiedet hat, wertete der bayerische Kultusminister als ein Zeichen dafür, daß der Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken heute allenthalben befristet wird. Hier ziehen die Länder im wesentlichen am gleichen Strang“, meinte Professor Maier.



Liebe Handwerker, Händler, Chefs, Abteilungsleiter und Freiberufler. Am 19. Juni 1985 beginnt in München die 2. Software-Börse um den IBM PC. Da zeigen wir Ihnen, was man heutzutage mit dem IBM Personal Computer machen kann, z.B. Buchhaltung, Fakturierung, Textverarbeitung und vieles mehr. Lassen Sie sich dazu mal die Programme vorführen, die es als Branchenlösung für kleine, mittlere und größere Betriebe gibt. Sie finden uns bis zum 22. Juni auf dem Messegelände, Halle 25, Mi.-Fr. von 9.00 bis 18.00 und Sa. von 9.00 bis 16.00 Uhr. Schauen Sie mal vorbei.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Handwritten signature: J. P. ...

# Marokko arbeitet mit Tschad enger zusammen

## Ein Jahr nach Union mit Libyen / Khadafi schweigt

**ROLF GÖRTZ, Madrid**  
 König Hassan II. von Marokko ist immer eine Überraschung wert. Nach der Sanktionierung mit Libyen vom August 1984 kam es jetzt in Rabat zu einem Kooperationsabkommen mit Tschad. Diesmal unterzeichneten Hassan und Hissene Habre, der Präsident der Zentralafrikanischen Republik, der Gegner Khadhafis. Dieser protestierte nicht einmal. Hieß es vor einem Jahr nicht, daß Hassan dem Libyer freie Hand in Tschad lassen wolle, damit dieser die Polisario-Front, die Gegner Hassans in der Westsahara, fallen lasse - was dann auch geschah?

Ganz offensichtlich war Khadhaf, dessen Gelüste auf Tschad notorisch sind, mit dem marokkanischen Treffen einverstanden.

Nach in Rabat umlaufenden Gerüchten hielt sich auch Goukouni Weddeye, der Expräsident Tschads und erbitterte Feind Habres, dort auf. Und er ist immer noch Khadhafis Mann in Tschad. Ob ein Treffen der beiden Tschad-Politiker in Marokko stattgefunden hat, weiß niemand genau, wenn es auch logisch erscheint.

Wie auch immer die Dinge sich in Tschad entwickeln - König Hassan beschämte mit seiner weit über den Maghreb hinausreichenden Friedensinitiative jene Skeptiker, die noch vor einem Jahr die Hände über dem Kopf zusammenschlugen, als er sich ausge-rechnet mit Khadhaf verbandelte. Tatsächlich reichte das Bündnis, um die marokkanische Position in der Westsahara zu festigen.

Inzwischen errichteten Hassans Truppen dort den fünften Sicherungswall, mit dem die marokkanische Armee die früher von Libyen

# Starke Kritik in der Türkei am Polizeigesetz

## E. ANTONAROS, Athen

Die türkischen Oppositionsparteien laufen Sturm gegen ein neues Gesetz, das der Polizei weitreichende Vollmachten einräumt und die Bürgerrechte entsprechend einschränkt. Die in der Mitte angesiedelte „Populistische Partei“ hat bereits angekündigt, daß sie das umstrittene Gesetz vor dem Verfassungsgericht anfechten will. Parteichef Celal, „Wir werden alles tun, um das Gesetz außer Kraft zu setzen.“

Auch der Vorsitzende der in der Nationalversammlung nicht vertretenen sozialdemokratischen Partei SODEP, Erdal İnönü, sagte, er werde mit allen Kräften gegen dieses Gesetz kämpfen. İnönü: „Die Regierung muß endlich begreifen, daß wir keine Demokratie zweiter Klasse brauchen.“ Die Türkei brauche keinen „Polizei-“, sondern einen Rechtsstaat, sagte der Physik-Professor, dessen Partei wegen eines Vetos der Generäle an den Parlamentswahlen im November nicht teilnehmen konnte.

Ministerpräsident Turgut Özal gab die ausdrückliche Zusicherung, daß seine Regierung keineswegs die Etablierung eines Polizeistaates plane. Ihm gehe es lediglich darum, die Demokratie besser zu beschützen.

Das heftig kritisierte Gesetz war während einer fünfjährigen Parlamentsdebatte mit Wortgefechten und Faustkämpfen erheblich abgemildert worden: Anders als zunächst vorgesehen darf die Polizei nunmehr nur auf Grund einer vorherigen richterlichen Entscheidung Briefe öffnen und Telefon anzapfen. Aber auch in der letztendlich mit den Stimmen der regierenden „Mutterlandspartei“ verabschiedeten Endfassung sind Bestimmungen enthalten, die nach Ansicht von westlichen Beobachtern in Ankara „gewisse Grauzonen“ entstehen lassen und daher Übergriffe der Polizei ermöglichen könnten. Dabei geht es vor allem um die Inhaftierung von Personen, die verdächtigt werden, Straftaten begangen zu haben.

Oppositionspolitiker und Diplomaten in Ankara können den Verdacht nicht loswerden, daß das kritisierte Gesetz im Auftrag des Militärs erstellt wurde. Es soll nämlich der Polizei weitgehend die Befugnisse übertragen, die die Armee durch die geplante Aufhebung des Ausnahmezustandes in absehbarer Zeit wird abgeben müssen. (SAD)

# Washington sucht nach einer aktiven Strategie gegen den Terrorismus

## FRITZ WIRTH, Washington

„Ich war immer dafür, dem Terrorismus mit Härte zu begegnen, niemals klein beizugehen. Heute denke ich anders darüber. Wenn ich abwägen soll, ob Menschenleben gerettet oder den Terroristen eine Lektion erteilt werden soll, dann bin ich dafür, den Terroristenforderungen nachzugeben.“

Die Terrorismus-Konvertin, die dies sagte, war 24 Stunden zuvor noch in den Händen libanesischer Gewalttäter in der TWA, Flugnummer 847, gewesen. Die hautnahe Begegnung mit der Wirklichkeit der Gewalt ändert Perspektiven. Nicht nur bei diesem Opfer. Die jüngste Demonstration der Terroristen-Gewalt gegen viele Amerikaner unter der Haut. Das Fernsehen unterbrach in den letzten zwei Tagen mit stündlichen Sonderberichten sein Programm, und die Wirkung ist unverkennbar. Ein Gefühl der Hilflosigkeit und der Ohnmacht breitet sich aus. Es mündet in Zorn und Frustration. Man fordert Aktion und hält zugleich betroffen inne, wenn die Opfer der Gewalt für Nachgeben plädieren.

Der Konflikt ist nicht neu. Spätestens seit der Geiselnahme amerikanischer Diplomaten in Iran vor knapp fünf Jahren quält er diese Nation. Das Bedrückende: Eine klare Antwort ist bis heute nicht gefunden. Im Gegenteil. Das Problem ist eher noch dringender und akuter geworden. Allein im letzten Jahr richteten sich über 50 Prozent aller Terroranschläge in der Welt gegen amerikanische Bürger oder amerikanische Institutionen. Das hat nicht nur etwas mit dem wachsenden Antiamerikanismus zu tun, sondern mit der Tatsache, daß Anschläge gegen diese Nation und

ihre Bürger ein Höchstmaß an Publi-city verursachen und in der Regel das Interesse der gesamten Weltöffentlichkeit finden. Und das ist häufig das wichtigste Ziel der Terroristen.

In den letzten vier Jahren hat die Regierung Reagan weltweit passive Antiterroristenmaßnahmen erlassen. Zahlreiche besonders gefährdete Botschaften im Nahen Osten, in Latein- und Mittelamerika und in Europa sind nahezu terroris-tensicher. Schwachpunkte bleiben da, wo diese passiven Antiterroris-tusmaßnahmen internationale Dimen-sionen haben. Denn sie sind gerade so stark wie das schwächste Glied in dieser Kette, siehe Athen.

Was jedoch der Reagan-Admini-stration bis auf den heutigen Tag fehlt, ist eine aktive Antiterrorstrategie. Eine derartige Strategie besteht aus drei Komponenten: 1. der Terror-Verhinderung, 2. vorbeugenden Maß-nahmen und 3. Vergeltung (wenn Vorbeugung und Verhinderung versagt haben). Hauptverfechter solcher Strategie ist seit langer Zeit Außenminister Shultz („Wir können es uns nicht mehr länger erlauben, der ‚Hamlet‘ unter den Nationen zu sein, der endlos darüber grübelt, ob und wie er reagieren soll“).

Diese Rolle wird vorläufig auf dem Spielplan bleiben, denn die Schwierigkeiten, in dieser Antiterrorstrategie einen Konsens innerhalb der Ad-ministration, mit dem Kongreß und der Mehrheit der Bürger herzustellen, erscheinen trotz der Emotionen, die die jüngste Flugzeugentführung aus-löste, immer noch unüberwindlich. Dieser Konsens scheitert an den Risiken, die vorbeugende und vergeltende Antiterrormaßnahmen mit sich bringen. Vizepräsident Bush bei-

# Viele Beweise für Mengeles Identität

## W. THOMAS, São Paulo

In Brasilien verliert der Fall Mengele an Medieninteresse. Nur noch ein spannungsgeladener Moment bleibt: das Ergebnis des gerichtsm-dizinischen Untersuchungen. Wurde am 6. Juni auf dem Friedhof der klei-nen Provinzgemeinde Embu tatsächlich die Leiche des Auschwitz-Arzt-gegraben oder nicht?

In São Paulo zweifeln nur wenige daran, daß Mengele in dieser Stadt und ihrer Umgebung gelebt hat, min-destens 18 Jahre. Amerikanische Grap-hologen konnten die bei dem Ehe-paar Bossert sichergestellten Briefe, Gedächtnis und Aufzeichnungen ein-wandfrei als Mengele-Dokumente identifizieren. „Verblüffend, wie wenig sich seine Schrift seit den dreißig-

# „Kein Gipfel im Herbst“

## Ankündigung des US-Industriellen Hammer in Moskau

**R.M. BORNIGASSER, Moskau**  
 Daß KPDSU-Chef Michail Gorbatschow auch die Fähigkeit be-herrscht, sich - falls nötig - der politi-schen Kräfte zu bedienen, die er sonst ideologisch Tag für Tag hart attackiert, beweist das jüngste Beispiel: der Besuch des amerikanischen Großindustriellen Armand Hammer. Der 87jährige Präsident der Occiden-tal Petroleum Corporation, der schon mit Lenin verkehrte und der im Kreml seit rund 60 Jahren aus- und eingehit, hielt sich in Moskau auf. In allen Nachrichtensendungen wurde sein Besuch an erster Stelle erwähnt. Auf dem Titelblatt der Parierzeitung „Pravda“ wurde das Treffen zwi-schen Gorbatschow und Hammer groß vermerkt. „Gorbatschow emp-fing prominenten Vertreter der Ge-schäftskreise der USA“, hieß es.

Armand Hammer blieb es auf einer internationalen Pressekonferenz vor-behalten, nachdrücklich für eine „Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwi-schen den USA und der UdSSR“ zu plädieren. Seine Klager: „Die jetzigen wirtschaftlichen Verbindungen zwi-schen den beiden Weltmächten befin-den sich auf einem äußerst niedrigen Niveau.“ Und dies, so folgerte er, spiegele den Zustand der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten wider.

Mit Hilfe seines Ölkonzerns will Hammer versuchen, „eine weitere

# Athen, Partner der radikalen Araber

## Griechenlands Hauptstadt entwickelt sich zur Drehscheibe des Terrorismus

**E. ANTONAROS, Athen**  
 In kaum einem anderen Land der Europäischen Gemeinschaft bewegen sich die Araber so frei wie in Griechenland. Nur in Ausnahmefäl-len wird einem Araber das Einreisevi-sum verweigert. Oft wird der Sicht-vermerk sogar am Grenzübergang erteilt, die Sicherheitskontrollen auf den Flughäfen sind lasch. Die Folge: Athen ist auf dem besten Weg, Beirut als Drehscheibe des arabischen Poli-t-Terrorismus abzulösen.

Die Kaperung der TWA-Liniema-schine am vergangenen Freitag durch zwei in Athen zugestiegene schiiti-sche Moslems ist der bisher letzte Akt einer regen Terroraktivität. In den letzten vier Jahren ist Athen zum Schauplatz des innerarabischen Ter-rorkrieges geworden: Bomben-an-schläge und Mordversuche gehören fast zur Tagesordnung der Vier-Mil-lionen-Hauptstadt. Rivalisierende Arabergruppen aller Nationalitäten - Libyer, Palästinenser und Syrer in erster Linie - bringen sich gegenseitig um.

Schon vor Papandreu  
 In letzter Zeit haben sich sogar die Anschläge gegen jordanische Diplo-maten gehäuft. Dahinter vermuten die griechischen Behörden PLO-Ra-dikale, die die gemäßigte Haltung des jordanischen Königs Hussein ableh-nen. Griechenlands Araberfreundlich-

# Deutsche Waffen für Iran?

## Westliche Diplomaten bestätigen gegenüber der WELT in Athen, daß hochmoderne griechische Geschütze, die weitgehend mit aus der Bundesrepublik importierter Technologie hergestellt werden, Regierungsvertretern aus Syrien, Iran und Libyen bereits vorgeführt worden sind.

Westliche Diplomaten bestätigten gegenüber der WELT in Athen, daß hochmoderne griechische Geschütze, die weitgehend mit aus der Bundesrepublik importierter Technologie her-gestellt werden, Regierungsvertre-tern aus Syrien, Iran und Libyen be-reits vorgeführt worden sind.

Dieser gezielte Annäherungs-ver-such, der die meisten westlichen Ver-bündeten Griechenlands verunsich-ert, hat sich weder finanziell - die meisten Araber schulden den Grie-chen Geld - noch politisch bezahlt gemacht: Papandreu's Zickzack-Kurs hat ihn auf dem diplomatischen Parkett viele Sympathien gekostet. Länder wie Saudi-Arabien, Kuwait und Ägypten, die bis vor einigen Jah-ren zu Griechenlands engsten Freun-den im arabischen Raum zählten, ha-ben die Fronten gewechselt und ho-fieren nunmehr Athens vermeintliche Erfolge, die Türken, die sie mit Mil-lionenaufträgen überhäufen. (SAD)

**A TOUCH OF CLASS.**  
 Das völlig neu gestaltete Hotel Palace präsentiert Komfort in seiner angenehmsten Form. Dort, wo Berlin's Herz schlägt: Im Europa-Center am Kurfürstendamm, lassen Sie sich von der 5-Sterne-Gastlichkeit verwöhnen. genießen Sie das luxuriöse Ambiente, das persönliche Bemühen um den Gast. Das Palace, Schön, daß es so ein Hotel in Berlin gibt. Wir senden Ihnen gern unseren Prospekt.

**HOTEL PALACE BERLIN**  
 IM EUROPA CENTER  
 D-1000 BERLIN 30  
 TEL. (030) 262011

**„Wenn ich unterwegs bin, habe ich nicht gerne viel Geld bei mir, möchte aber doch flexibel sein. Deshalb nutze ich die Karte von American Express. Sehr viele meiner Gäste denken offenbar genauso.“**

Lutz Werner, geschäftsführender Direktor, Restaurant und Hotel „Erprinz“, Eutlingen

„Ich habe mich für die Karte von American Express entschieden, weil sie die meisten Vertragspartner in Deutschland hat. So kann ich unterwegs genauso gut mit der Karte bezahlen wie zu Hause in Eutlingen.“

Und wenn ich irgendwo fremd bin, verlasse ich mich besonders gern auf meine Karte, denn ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, daß man bei American Express Vertragspartnern Qualität und guten Service voraussetzen kann. Viele, die in meinem Restaurant zu Gast sind und mit der American Express Karte bezahlen, bestätigen mir ganz ähnliche Erfahrungen. Die Karte ist für sie ein sicheres und bequemes Zahlungsmittel und ein Wegweiser zugleich.“

Ihren persönlichen Antrag für die Karte von American Express erhalten Sie bei unseren über 40.000 Vertragspartnern. Oder rufen Sie uns einfach an: (069) 72 00 16.

American Express. Die Karte. Bezahlen Sie einfach mit Ihrem guten Namen.



BUCHVORSTELLUNG

Mut zu überleben - die Herausforderung unserer Kultur, dieses im Droste Verlag erschienene Werk von Dr. J. D. de Beus wurde in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn vorgestellt. Es ist ein Buch gegen die Lethargie, die Resignation, gegen das weinerliche Selbstmitleid, gegen all diese Krankheitskeime, die die Demokratie von innen heraus schwächen und zerstören...

Personalien

mals zuvor eine Kultur bedroht worden ist: bedroht durch das Streben des Kommunismus zur Weltherrschaft, die islamische Revolution und den nuklearen Holocaust.

AUSZEICHNUNGEN

Erstmals hat die Katholisch-Theologische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum drei verdienten Wissenschaftlern die Ehrendoktorwürde verliehen: Bischof Professor Dr. Marian Jaworski aus Krakau, Rektor der Päpstlichen Theologischen Akademie in Krakau, Professor Dr. Paul Mikat aus Bochum und Professor Dr. Heinz Schürmann, Neustamentarier am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt in Thüringen.

Michael Hampe wurde für seine zehnjährige Tätigkeit als Intendant der Oper der Stadt Köln sowie als Professor an der Musikhochschule Köln von Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Die Verleihung nahm in der Oper der Stadt Köln Regierungsräsident Antwerpen vor.

Unter der Schirmherrschaft des Berliner Wirtschaftssenators Kinar Pieroth wurde im Wettbewerb des

Deutschen Kupfer-Institutes „Produkt und Messing“ die Firma Turk + Bothe aus Iserlohn in Bad Nauheim geehrt. Der Geschäftsführer und Juniordirektor der Firma Turk + Bothe, Mitsüßdörfer, nahm die 1985 erstmalig vergebene Auszeichnung entgegen.

VERÄNDERUNG

Albrecht Martin, bisher Landtagspräsident von Rheinland-Pfalz in Mainz, wurde von Ministerpräsident Bernhard Vogel in Nachfolge des bisherigen Amtsinhabers, Minister Johann Wilhelm Gaddum, als neuer Bevollmächtigter in der Bonner Landesvertretung vorgestellt. Gaddum wird Präsident der Landeszentralbank von Rheinland-Pfalz. Zu den Gästen der Übergabe-Feier gehörten zahlreiche Diplomaten und Bundestagspräsident Philipp Jenninger. Mit dem Satz „Rheinland-Pfalz ist selbstbewußter geworden“, wies Vogel in seiner Laudatio für Gaddum, der früher ein „glänzender Finanzminister“ gewesen sei, auf die Mainzer Erfolge im Lande hin, das „eine Mittlerrolle zwischen Nord- und Süddeutschern“ innehat. Albrecht Martin wurde 1927 in Bad Kreuznach geboren, ist seit 1967 in der Landespolitik und war früher nach einem Studium der Theologie, Geschichte und Germanistik Schul-

und Hochschullehrer. Er ist Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche.

ERNENNUNG

Dr. Erwin Möller, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Preussag-AG, Hannover, ist zum Honorarkonsul des Großherzogtums Luxemburg für Niedersachsen ernannt worden.

WAHL

Diplom-Volkswirt Frits-Joachim Steinmeyer (59), Direktor der Hauptabteilung Sozial- und Jugendhilfe im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), ist in Stuttgart vom Diakonischen Rat einstimmig zum Vize-Präsidenten des Diakonischen Werkes gewählt worden. Steinmeyer übte dieses Amt bisher nur befristet aus. Präsident des Diakonischen Werkes ist seit vergangener Jahr Karl Heinz Neukamm.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. Hans-Peter Thier, Direktor des Instituts für Lebensmittelchemie der Universität Münster, wurde auf Vorschlag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit von der Bundesregierung für vier Jahre zum Mitglied des Bundesgesundheitsrates berufen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Veto als Konsequenz

„Notbremse“: WELT vom 12. Juni. In seinem Kommentar „Notbremse“ sagt Wilhelm Hadler, die Bundesregierung sei mit dem Veto von Bundesminister Kiechle in einer schwierigen Lage, weil sie bisher Anhänger des supranationalen Prinzips gewesen sei. Kiechles Veto sei ein Ausrutscher, der nur mit Angst vor den nächsten Wahlen und vor der Bauern-Lobby erklärt werden könne.

Diese Argumentation übersieht den europäischen Zusammenhang des agrarpolitischen Vetos. Zwar hat es in den letzten Jahren kein förmliches Veto anderer Staaten der EG, wohl aber dessen Androhung gegeben, das dann von den anderen jeweils mit finanziellen Zugeständnissen abgewendet werden mußte. Diese die EG-Politik lähmende Praxis will die Bundesregierung durch die Rückkehr zur qualifizierten Mehrheitsabstimmung gemäß den Bestimmungen der Römischen Verträge überwinden.

Solange einige Partner jedoch nicht bereit sind, diese Politik zu unterstützen, ist es nur konsequent,

wenn die Bundesregierung durch ihr Veto zeigt, daß es kein Privileg anderer Regierungen ist, durch Berufung auf nationale Interessen Mehrheitsentscheidungen zu unterlaufen.

Die europäischen Partner haben es beim EG-Gipfel in Mailand in der Hand, durch übereinstimmende Beschlüsse über die Rückkehr zur Mehrheitsentscheidung dafür zu sorgen, daß künftig kein Veto einzelner Staaten mehr den Entscheidungsgang der EG aufhalten kann. Sollte man sich dazu durchringen, wird sich auch die Bundesregierung damit abfinden müssen, daß im einen oder anderen Fall gegen unsere speziellen Interessen entschieden wird, weil es allen anderen Partnerstaaten ebenso ergehen wird.

Das Veto Kiechles kann daher durchaus bewirken, daß diejenigen Partner, die bisher nicht bereit sind, auf das Veto zu verzichten, umdenken. Dann wäre es sogar ein guter Beitrag zur fortschreitenden Verwirklichung der europäischen Einigung gewesen.

Claus Jäger, MdB, CDU

Streit um die Vignette

„Solche Ausländer brauchen wir nicht“: WELT vom 5. Juni. Sehr geehrte Damen und Herren, es wird berichtet, daß Autos mit einem D-Schild am Heck in der Schweiz mit Steinen beworfen und von der Polizei bezwungen mit Strafmandaten bedacht werden. Vor allem dann, wenn sie keine Autobahn-Vignette haben. Am erhöhten Verkehrsaufkommen auf Landstraßen und den damit für die Anwohner verbundenen Nachteilen sind - wie könnte es auch anders sein - die deutschen Vignetten-Verweigerer schuld.

Bei unseren Schweizer Nachbarn sind ja die bösen Deutschen grundsätzlich an allem schuld. Das ist nichts Neues. Leider versäumt auch die deutsch-schweizerische Presse kaum eine Gelegenheit, um diese antideutsche Stimmung wachzuhalten. Es muß daran erinnert werden, daß die Autobahn-Vignette keine deutsche, sondern eine Schweizer Erfindung ist. Man hätte wohl damit rechnen müssen, daß es Ferienreisende geben würde, die für einen derartigen Anachronismus wenig Verständnis und schon gar keine 30 Fr. aufbringen. Unsere lieben Schweizer Nachbarn dürfen auf dem ungleich weiträumigeren bundesdeutschen Autobahnnetz weiterhin Vignetten- und

Gebührenfrei fahren. Man sollte eben nicht Ursache und Wirkung miteinander verwechseln.

Vielleicht wäre es ganz gut, das Verhältnis von Schweizern und Deutschen zueinander einmal aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Die Bundesrepublik ist der größte Handelspartner der Schweiz. Die Bundesdeutschen stellen das größte Kontingent im schweizerischen Fremdenverkehr dar. Das hat zur Folge, daß nicht zu unterschätzende Milliarden D-Mark aus der Bundesrepublik Deutschland in die Schweiz fließen. Daran ist bisher nichts auszusetzen gewesen. Unsere lieben Nachbarn sollten doch gelegentlich einmal darüber nachdenken, ob es wirklich so besonders sinnvoll ist, in den Deutschen nur die Bubämmer zu sehen.

Schließlich könnte, bei den bisher bemerkenswerter toleranter Bundesbürgern, auch einmal eine anti-schweizerische Stimmung aufkommen, etwa unter dem Motto: „Solche Schweizer mögen wir nicht!“ Auf die schweizerisch-deutsche Handelsbilanz würde sich dergleichen natürlich höchst fatal auswirken.

Mit freundlichem Gruß W. Deussen, Eitville am Rhein

DGB und Demokratie

„Roma anzusetz“ über Äußerungen der IG Metall: WELT vom 5. Juni. Sehr geehrte Damen und Herren, IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Preiss hat sich mit seiner Kritik an der Bundesregierung selbst ins demokratische Abseits gestellt.

Wer nämlich - wie Hans Preiss - demokratische Spielregeln im Rahmen der Betriebsverfassung ablehnt, weil dies zu einer Fraktionierung und zur „Aufspaltung der Arbeitnehmerschaft“ führen würde, muß sich daran erinnern lassen, daß es eine „Einheitliche Interessenvertretung“ nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nazis bereits gegeben hat und im kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands durch den sogenannten FDGB - mit dem der DGB auf höchster Ebene Kontakt pflegt - derzeit noch gibt.

Seit die sozialliberale Koalition 1973 das ohnehin schon DGB-freundliche Betriebsverfassungsgesetz quasi in ein DGB-Betriebsermächtigungsgesetz umwandelte, ist eine Entwicklung in diese Richtung auch in der Bundesrepublik Deutschland unverkennbar. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben die nachweisbare Tendenz, sich zu Zwangsorganisationen zu entwickeln, die allen anderen Arbeitnehmer-Koalitionen das Recht absprechen, „Gewerkschaften“ zu sein und entsprechend für ihre Mitglieder - zum Beispiel im Rahmen von Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Tarif- und Arbeitsrecht - tätig zu werden.

Wer Demokratie sagt und einrich meint, kann kein Interesse an dieser Entwicklung haben. Im Gegenteil: jeder wirkliche Demokrat muß, wo immer er auch parteipolitisch stehen mag, mit ganzer Kraft dafür eintreten, diese verhängnisvolle Entwicklung für die deutsche Arbeitnehmerschaft, wie für unsere freiheitlich demokratische Ordnung, zu stoppen. An dieser Frage scheiden sich die Geister. IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Preiss hat sich mit seiner Einlassung bereits entschieden!

Mit freundlichen Grüßen Kurt Holler, DAV-Bundesvorsitzender, Marl

Sehr geehrte Herren, wegen der schrillen Töne ist das eigentliche Motiv des Kollegen Preiss völlig überhört worden: Die Ur-Angst des Funktionärs um seine Kasse. Bereits August Bebel wußte davon, und auch wir wissen: Solidarität, Kampfliebe, Engagement - alles schöne Worte.

Auch für die IG Metall gilt: Ohne Moos nix los.

Mit freundlichen Grüßen H. Krichel, Biblis 1

Schlußverkauf

„Zu viele Einzelhändler“: WELT vom 5. Juni. Sehr geehrte Damen und Herren, der Verfasser des Artikels „Zu viele Einzelhändler“ hat wohl kaum die Veränderung der Verkaufssituation im Textilhandel in den letzten 30 Jahren ganz mitbekommen. Sonst könnte er nicht die Vermutung äußern, daß heute noch - wie vor 20 bis 30 Jahren - eigens für den Schlußverkauf beschaffte Ware für den Handel von großem Interesse ist. Und dieses Interesse sollte nach Meinung des Autors ausgerechnet noch bei den finanzkräftigen Mitgliedern der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels vorhanden sein?

Jeder mittelständische Einzelhändler, der auf 30 oder mehr Geschäftsjahre zurückblicken kann, weiß, daß die Zeiten längst vorbei sind, in denen man mit extra für den Schlußverkauf angefertigter und angeschaffter Ware große, lukrative Geschäfte machen konnte. Dies war sicher einmal für fast alle oder zumindest für sehr viele und nicht nur für „finanzkräftige“ Mitglieder der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels ein interessantes Geschäft. Gerade wir, als mittelständische Einzelhändler, begrüßen das Bemühen der Handelsverbände, alle Händ-

ler, ob groß oder klein, für die Einhaltung der Gesetzes (Wettbewerbsgesetz - hier Sonderveranstaltung) zu verpflichten.

Des heißt aber absolut nicht, daß niemand vor Beginn des Schlußverkaufs seine Preise reduzieren dürfte. Es heißt aber - eben zum Schutz der kleinen und mittleren Geschäftsinhaber - daß nicht das ganze Jahr hindurch Schlußverkäufe stattfinden. Der Wegfall der vom Autor kritisierten „Einrichtung“ hätte demnach dieses chaotische Ergebnis zur Folge. Und dies wäre zuerst beim mittelständischen Einzelhändler festzustellen.

Ein Ausweiten der Sonderveranstaltungs-möglichkeit „Schlußverkauf“ auf das ganze Jahr, wie der Autor es faktisch empfiehlt, bedeutet aber sicher ein Abrücken von dem sozialen Teil unserer „sozialen freien Marktwirtschaft“.

Mit freundlichen Grüßen Dr. Nirschl, Deggendorf

Merkwürdig

„Wohin führt Genscher“: WELT vom 5. Juni. Sehr geehrte Herren, der Artikel von Herrn Dr. Kremp nennt mit erfreulicher Deutlichkeit und Klarheit die Merkwürdigkeiten beim Namen, durch die sich die Politik unseres Außenministers in den letzten Jahren auszeichnet. Man könnte die Frage auch noch etwas erweitern und „was will Genscher?“ formulieren.

Leider findet Dr. Kremp auf diese Frage nun doch keine rechte Antwort. Ich kann es mir ersparen, hier zu wiederholen, was Ihr Artikel alles an richtigen und zutreffenden Beobachtungen enthält, aber wenn die Antwort auf die Frage des Artikels dann lautet: Genscher betreibt seine ganze merkwürdige Politik, um „eine neue Phase der Entspannungspolitik einzuleiten“, so muß man doch fragen, ob Herr Genscher damit nicht schlichtweg umschätzt wird, denn daß die Sowjets keine wirkliche Entspannungspolitik betreiben wollen, sondern nach Vorherrschaft streben, weiß doch Herr Genscher auch, und er wird keineswegs so verblendet sein zu glauben, er könne die Sowjets auf den Tugendpfad einer echten Entspannungspolitik bringen. Aber Herr Dr. Kremp hat die Frage „cui bono“ nicht gestellt, dabei ist sie doch die einzige, die bei der Auflösung solcher politischer Verwirrungen immer wieder einmal weiterführt. Wenn also könnte Herr Genscher Politik „nutzen“? Den USA? Der NATO? Herrn Gorbatschow? Und selbst wenn unser Außenminister „nur“ ein Abkoppler ist - was fette Leute natürlich nie so sagen würden - wie lautet die Antwort auf cui bono dann? Oder glauben Sie wirklich, Herr Genscher lehre aus Dummheit zu „verbrauchen und widerlegten Formeln zurück“?

Mit freundlichen Grüßen K. Ackermann, Sinsheim

...worauf Sie sich verlassen können:

Advertisement for Industriemagazin featuring a large image of a Mercedes-Benz logo and the text 'Daimler denkt um' and 'Mehrzweckwaffe in der Fertigung'.

Subscription form for Industriemagazin with fields for Name, Straße, and Ort (PLZ).

Handwritten signature: J. J. J. J. J.

# Der Mastbaum – antikes Sinnzeichen des Heils

Gertrud Höhler, Professorin für Germanistik an der Universität Paderborn, hat ein neues Buch geschrieben, das im Herbst dieses Jahres bei der Deutschen Verlagsanstalt (Stuttgart) erscheinen wird: „Die Bäume des Lebens“. Im heutigen Teil des Vorabdrucks wird der Wandel des Segelbaums vom Heilssymbol der Seefahrer im Altertum zum Abbild des christlichen Kreuzzeichens beschrieben.

Von GERTRUD HÖHLER

Paris, Prinz von Troja, dem Aphrodite die schönste Frau versprochen hat, raubt Helena und fährt mit ihr übers Meer. Die Stürme jagen ihn, sie schleudern sein Schiff hoch auf die Wogenkämme, so daß man glaubte, die Antennenseite berührten die Sterne. Die antezenna, das ist die Rahe am Mastbaum, die Querstange hoch oben, die man auch Segelstange nennen kann. Die romanischen Sprachen übernahmen dieses Wort antezenna und machten „antenna“ daraus: ein Begriff, den die Zeitgenossen des zwanzigsten Jahrhunderts für elektrotechnische Empfangsapparate kennen. Die frühe griechische Naturwissenschaft nannte die Insektenfühler so: keraia, das war, abgeleitet von kera, das Horn, das Hornähnliche, die Rahe am Mast. Das Hornpaar des Stiers konnte der Beobachter im Altertum da oben aufgesteckt sehen, weil er mit dem Opferfieber die Kraft verband, die auf den Übergang, der im Zeichen der Hörner segelte.

stünde da, hoch aufgereckt, ein Mensch mit ausgebreiteten Armen, so schwebte das Mastkreuz auf den Schiffen über das Meer. Von den „Gliedern des Schiffes“ sprachen nicht nur die Poeten, sondern auch die Juristen der Antike. „Quasi membra“, wie die Teile eines Körpers, sagt Allenus in einem Rechtsgutachten, sind die Schiffsteile – Ruder, Mastbaum und Antenne. Segel, Vergil nennt die Antennen „brachis“, das heißt „Arme“. Umgekehrt können auch die knöchigen Schultern einer alternden Geliebten den Antennen, den Enden der Rahe, verglichen werden, wie in der *Anthologia Graeca*. In Ovids Metamorphosen werden die Schiffsantennen zu Armen, als Kybele die Schiffe des Aeneas in Najaden verwandelt.

Wenn schon die antiken Vorstellungen von Mastbaum und Antenne den menschlichen Körper mit ausgespannten Armen in der Kreuzform beider erkannten, so ist begreiflich, daß die getauften Römer und Griechen der frühen Christenheit den Mastbaum, an dem das Heil der Seefahrer hing, als das Kreuz im Schiff der Kirche verstanden. Längst waren die Augen daran gewöhnt, in den Kreuzformen, die am Horizont auftauchend Heil, Sieg und Heimkehr zum Ufer meldeten, Zeichen einer götterbegünstigten Fahrt zu erkennen. Der neue Gott nun, der ans Kreuz geschlagen worden war, um seine Anhänger vom Tode zu retten, schien zeichenhaft auf jedem Schiff gegenwärtig – zumal die Meerfahrt des Lebens, des Lebens und der Kirche Schiff längst gängige Bilder waren, ebenfalls aus der Antike ererbt und mit großen Vorläufern, wie dem Helden Odysseus, belegt.

Odysseus ist es auch, der ein besonders großartiges Beispiel der „Taufe“ antiker Mythologie mit christlichem Geist vorbereitet: Als er im letzten Abschnitt seiner Abenteuer an der Küste der Sirenen vorbeifahren muß, befolgt er den Rat der Circe, die ihm vor seiner Weiterfahrt gesagt hatte, daß jeder, der sich den Sirenen näherte und ihren Gesang anhöre, unwiderstehlich von ihnen angezogen werde und in den Tod fahre. Seine Gefährten soll er durch Wachs in ihren Ohren am Hören hindern. Er selbst aber mag sich den Gesang der Sirenen anhören:

... selbst aber magst du hören, wenn du willst. Doch sollen sie dich in dem schnellen Schiff mit Händen und Füßen aufrecht an den Mastschuh binden – und seien die Töne an ihm selber angebunden –, damit du mit Ergötzen die Stimme der beiden Sirenen hörst. Doch wenn du die Gefährten anlebst und verlangst, daß sie doch lösen, so sollen sie dich alsdann mit noch mehr Banden binden!

Als das Schiff sich dann wirklich den Sirenen nähert, lautet deren Versprechen ähnlich wie jenes der Schlange am Paradiesbaum. Die „blumige Wiese“, von der schon Circe gesprochen hatte, ist ebenso verlockend wie die paradiesische Flora egyptischer Gefilde. Alles scheint im Zeichen des Heils zu stehen, und alles verlockt für den Eingewöhnten Verderben.

Der antike Held Odysseus, ein Götterliebhaber zwar, aber kein Gott, kann der Verführung nur durch äußere Hilfe entgehen: Die Gefährten fesseln ihn, um ihn und sich zu retten. Aber eben dieses Detail hatte seinen tiefen, dialektischen Sinn für die frühe Christenheit: Der Held Odysseus sorgt für seine Rettung, indem er sich den Verlockungen der Welt nicht wehrlos ausliefern. Er ist damit ein Vorbild für den Christen. Odysseus wird von den Gefährten auf seinen eigenen Rat hin gefesselt, damit ihm und ihnen Heil auf ihrer Fahrt beschieden ist. Christus als Gottessohn braucht nicht geschützt zu werden vor den Verlockungen weltweiten Wissens wie Adam und Odysseus. Er ist allwissend und geht dem Tod am Kreuz als Gott entgegen.

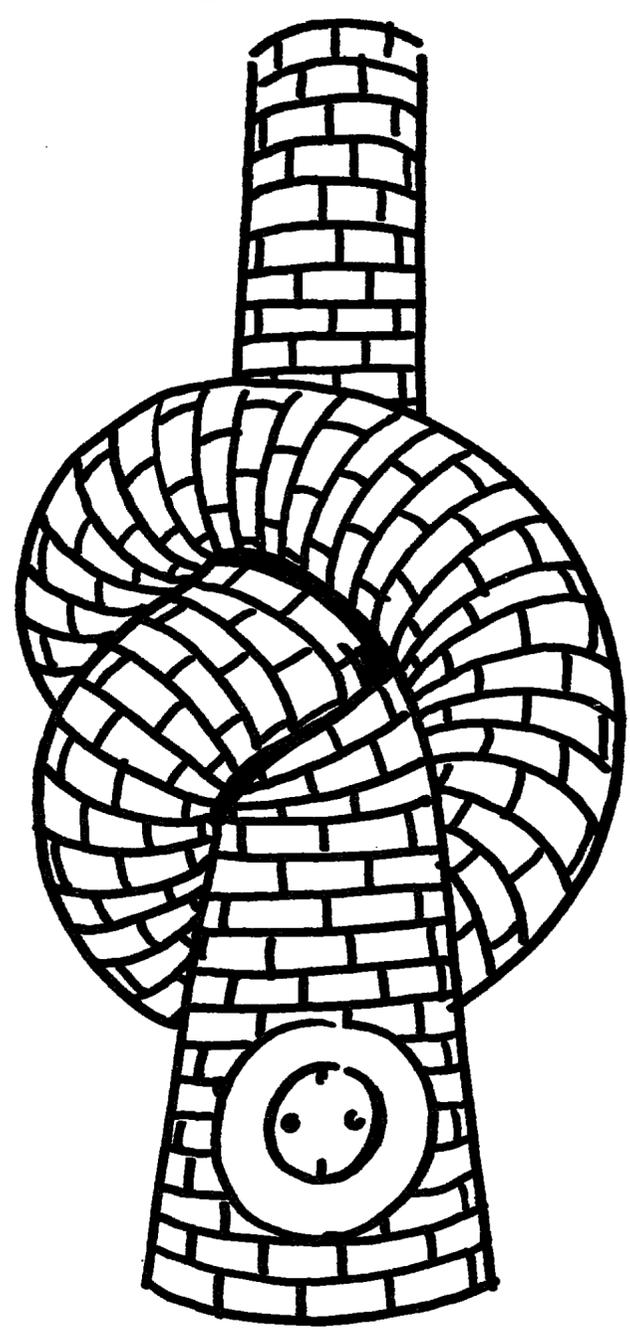
Als das Christentum in die antike Welt einsickerte, zogen die stolzen Schiffe der Griechen und Römer weiterhin über die damals bekannten Meere. Ihre Masten, Wäldern gleich, bewegten sich im Wind der Hafenbecken; wandernden Wäldern gleich trieben sie in den Seefloten über das Meer. Wie eine Siegesfahne blühte sich das Toppsel am Mast, wenn die Schiffe gute Fahrt machten. Den Dionysos, der den Weinstock brachte, mag mancher träumende Seefahrer vor Augen gehabt haben, wenn die Delphine um sein Schiff sprangen und der Weinstock geleert wurde.

Der Weinstock am Mastbaum, die Schlange geringelt um die Rahe: Da ist die mythische Welt der Antike verschlungen mit der Geschichte des Heils nach der Zeitenwende. Christus der Gekreuzigte fährt nun unsichtbar am Kreuzbaum des Mastes mit, um das Heil der Seefahrer zu bewahren.



Das Schiff ist vom Baum genommen. FOTO: DPA

# RWE UMWELT-BILANZ 1985 TEIL 22



## STICKOXID-BREMSE oder: Mit der Entschwefelung allein ist es nicht getan.

Das RWE ist dabei, mit erheblichem finanziellen und technischen Aufwand den Schwefeldioxid-Ausstoß seiner Kraftwerke in den nächsten Jahren deutlich zu verringern. Um rund 75%.

**Zweite Stufe**  
Die Japaner haben für ihre Steinkohlekraftwerke ein Verfahren entwickelt, mit dem die Stickoxide in die unschädlichen Bestandteile Stickstoff und Wasserdampf gespalten werden können: Das sogenannte Katalysator-Verfahren. Eine saubere Lösung, die aber auf Braunkohle noch nicht ohne weiteres übertragbar ist. In einem breit angelegten Forschungs- und Entwicklungsprogramm erprobt das RWE deshalb verschiedene Katalysatoren unter braunkohlespezifischen Bedingungen. Im Anschluß daran wird das RWE mit der großtechnischen Anwendung der Katalysatorteknik an seinen Braunkohleblöcken beginnen. Dabei muß beachtet werden, daß die bereits laufende Ausrüstung der Kraftwerke mit Entschwefelungsanlagen nicht behindert oder verzögert wird.

Aber das Umweltproblem ist selbst damit noch nicht gelöst: Wissenschaftler gehen davon aus, daß vor allem auch die Stickoxide (NO<sub>x</sub>) zu den Verursachern der Waldschäden gehören. Deshalb gehen wir zweigleisig vor: Parallel zu der bereits laufenden Nachrüstung unserer Kraftwerke mit Entschwefelungsanlagen hat das RWE ein 2-Stufen-Programm zur Reduzierung des Stickoxid-Ausstoßes beschlossen.

**Erste Stufe**  
Die NO<sub>x</sub>-Emissionen sind abhängig von den Verbrennungs- und Temperaturverhältnissen im Feuerraum. Deshalb arbeiten wir gemeinsam mit den Kesselherstellern an technischen Veränderungen der Brenner und des Kesselbetriebs. So können wir die Entstehung von NO<sub>x</sub> bei der Verbrennung verringern.

Wenn Sie an weiteren Informationen zum Thema „Umweltschutz im und am Kraftwerk“ interessiert sind, so schreiben Sie uns bitte. Sie erhalten dann kostenlos die Broschüre: RWE-Umwelt-Bilanz.

**RWE**  
Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG  
Kruppstraße 5, 4300 Essen

Mittwoch, 19. Juni 1985  
0 41, Telex 8 85  
oder klein, für die...  
setzung (Welt...  
dervorstellung...  
aber absolut nicht...  
Beginn des Sch...  
er – eben zum Sch...  
mühenen Gesell...  
nicht das ganze...  
aufverfüge...  
der vom Autor...  
ung“ hätte dem...  
che Ergebnis zu...  
wäre zumst beim...  
Einzelhändler...  
weiten der So...  
glichkeit...  
das ganze Jahr...  
dich empfiehl...  
ein Abrücken...  
il unserer socia...  
haft“.  
Mit freundlichen...  
Dr. K...  
würdig  
agt Genscher...  
irts Herren,  
el von Herrn Dr. K...  
erzählender D...  
it die Merkwi...  
n, durch die sich...  
Außenministe...  
hren auszeich...  
Frage auch noch...  
nd, was will Gens...  
det Dr. Kremp...  
doch keine real...  
ann es mit ents...  
len, was ihr An...  
und zutreffend...  
enthält, aber we...  
die Frage des...  
Genscher bet...  
würdige Politik...  
der Entspannung...  
so muß man...  
Genscher dem...  
unterschätzt...  
owjets keine...  
gspolitik bet...  
nach Vorher...  
och Herr Gens...  
keineswegs so...  
ben, er könne...  
ugendpfeil...  
gspolitik bring...  
Dr. Kremp hat...  
nicht gestellt...  
nzige, die bei...  
politischer Vor...  
eder einmal...  
könnte Herrn...  
zen? Den US...  
rn Gorbetsch...  
n unser Außen...  
bkoppler ist...  
lich nie so...  
die Antwort...  
glauben Sie...  
her kehre...  
chten und...  
tick“?  
Mit freundlichen...  
K. Acken...  
Genscher...  
urte Redaktion...  
der SPD für...  
ist die treff...  
er besorgen...  
bers Linie. De...  
die CSU an...  
über der w...  
Mit freundlichen...  
W. H...  
elektüre  
at weit; we...  
urte Damen...  
ausführungen...  
sen wir au...  
in. Wie sch...  
ht nur von...  
würden, st...  
am und Gew...  
fähig wä...  
eben, oder...  
vollen. Nicht...  
bean Priv...  
arkschafts...  
wie Herr...  
in möglich...  
redliche M...  
durch Ar...  
amt Arbeit...  
in in sign...  
spätere...  
wertere...  
ergrößer...  
ziel zu...  
sit: Jede...  
arbeitskost...  
k erhöht...  
arbeit. Die...  
urch den...  
ischen den...  
handen...  
treiber...  
te vor...  
e Appelle...  
da die...  
ig so un...  
he Berechn...  
chen App...  
kennbar...  
illies...  
ern und...  
gliche...  
Mit freundlichen...  
Dr. K...

# Ratlosigkeit im Mainzer Untersuchungsausschuß

## Lambsdorff bestreitet Gesetzesverstöße bei Parteispenden

STEFAN HEYDECK, Bonn  
Das gute Dutzend Mainzer Landtagsabgeordneter, das mit einem Untersuchungsausschuß Licht in die rheinland-pfälzische Parteispendenaffäre zu bringen versucht, machte gestern einen rat-, fast hilflosen Eindruck: Nach nicht einmal 90 Minuten gab es keine Fragen mehr an den ehemaligen Schatzmeister der nordrhein-westfälischen FDP und früheren Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff. Dabei hatte Lambsdorff allein 20 Minuten für sein vorbereitetes Statement benötigt. So meinten Beobachter, es hätte eigentlich ausgereicht, wenn der erst in der Nacht aus Rom Zurückgekehrte ihnen sein Neun-Seiten-Papier geschickt hätte.

Doch der FDP-Politiker, der Ende August wegen Bestechlichkeit, Steuerhinterziehung und Beihilfe vor dem Bonner Landgericht stehen soll, war nach Mainz gekommen. Dies sei, meinte er, der „notwendige Respekt“, den ein Parlamentarier vor einem Untersuchungsausschuß haben müsse. Dabei habe ihm sein Rechtsanwalt Egon Müller „ausdrücklich geraten“, wegen des Prozesses das Recht auf Zeugnisverweigerung in Anspruch zu nehmen. Das tat er dann nur ein einziges Mal, nachdem eine SPD-Frage nach den heute als „Spendenwaschanlage“ eingestuftem Staatsbürgerlichen Vereinigungen vom Vorsitzenden bereits als nicht zum Untersuchungsauftrag gehörend abgewiesen worden war.

### Es ging um die GFEW

So ging es ausschließlich um die Gesellschaft für europäische Wirtschaftspolitik (GFEW) mit Sitz im rheinland-pfälzischen Neuwied, die 1968 „im Interesse“ der nordrhein-westfälischen FDP von Parteimitgliedern gegründet und 1975 liquidiert worden war. Sie sollte nach Lambsdorff „sowohl finanziell als auch durch Veranstaltungstätigkeiten die Arbeit der FDP unterstützen“. Man sei mit der GFEW ins Nachbarland gegangen, weil bekannt gewesen sei, daß der Parteienfinanzierung dienende Vereinigungen „unbeanstandet im Bereich der Oberfinanzdirektion Koblenz ansässig“ gewesen waren und die nordrhein-westfälische FDP bereits in Bonn eine derartige

Organisation gehabt hatte. So habe der Leiter des Finanzamtes Neuwied bei der steuerlichen Anerkennung als Berufsverband „erkannt“, daß die Organisation „auch der Finanzierung“ der nordrhein-westfälischen FDP dienen sollte. Ausdrücklich wies Lambsdorff Gesetzesverstöße zurück: „Keines der Gründungs- oder Vorstandsmitglieder konnte und wollte es sich allein schon mit Rücksicht auf seine berufliche Position leisten, mit den Steuergesetzen oder gar den Strafgesetzen in Konflikt zu kommen.“ Überhaupt hätte „aus unserer Sicht und nach unseren Erfahrungen die Entscheidung der Finanzbehörden des Landes Rheinland-Pfalz im Falle der GFEW durchaus dem entsprechen, was damals üblich war“.

### „Ohne steuerliche Folgen“

So habe ihn der damalige Landesfinanzminister Johann Wilhelm Gaddum (CDU) im Sommer 1975 unterrichtet, daß die Liquidation der Gesellschaft „ohne steuerliche Folgen“ sein würde. Ähnliche Entscheidungen seien früher auch in Nordrhein-Westfalen gefällt worden, „obwohl den Finanzverwaltungen klar war, daß die von den Vereinen aufbrachten Mittel der Parteienfinanzierung zugeführt worden waren“.

Lambsdorff bestätigte, daß er sich 1971 unter anderem bei Gaddum dafür eingesetzt hatte, daß das Finanzamt Neuwied seine Zuständigkeit für die GFEW nicht an die Behörde in Düsseldorf abgeben sollte. Er habe dem damaligen Ministerpräsidenten Helmut Kohl 1973 auch geschrieben, es sei „aus verschiedenen Gründen“ von Bedeutung, „daß die örtliche Zuständigkeit erhalten bleibt“. Bei einem ersten einseitigen Treffen mit Kohl am 20. Dezember 1973 nach einer Begegnung mit Gaddum sei darüber aber nur „in ein oder zwei Sätzen“ gesprochen worden.

Auf eine SPD-Frage nach „Umweltfinanzierungen“ und Spendenbescheinigungen verwies er dann auf den verstorbenen Düsseldorfer SPD-Oberbürgermeister Wilhelm Becker. Der habe 1960/1961 eine Spende von einer Bank erhalten, bei der Lambsdorff tätig war. Die steuerabzugsfähige Quittung sei von der Arbeiterwohlfahrt ausgestellt worden.

# Christdemokrat als Nachfolger Pertinis?

## Italienische Präsidentschaftswahlen beginnen am Montag

FRIEDRICH MEICHNER, Rom  
Fünf Tage vor Beginn der italienischen Staatspräsidentenwahl gibt es noch immer keine offizielle Kandidatur für die Nachfolge des fast 88-jährigen Sozialisten Sandro Pertini im römischen Quirinalspalast. Die Democrazia Cristiana als stärkste Partei des Landes und der regierenden Fünfkollegialität hat erst gestern Sondierungsgespräche mit den Parteien des „Verfassungsbogens“, das heißt den Regierungsparteien und den Kommunisten, aufgenommen. Nach siebenjähriger Pause verlangt sie das Präsidentenamt wieder für sich, will aber ihren Kandidaten erst dann bestimmen, wenn sie sicher ist, daß er eine breite Mehrheit findet.

Der neue Präsident wird von den Mitgliedern beider Parlamentshäuser und von Vertretern der 20 Regionen des Landes in geheimer Abstimmung gewählt. Die Wahlversammlung, die von der kommunistischen Kammerpräsidentin Nilde Iotti für den kommenden Montag 16.00 Uhr einberufen wurde, setzt sich aus 1010 Wahlmännern zusammen. In den ersten drei Wahlgängen bedarf es zur gültigen Wahl der Zweidrittelmehrheit. Vom vierten Wahlgang an reicht die absolute Mehrheit. Die letzten drei Präsidentschaftswahlen hatten sich über Wochen hingezogen. Giuseppe Saragat war 1964 erst im 21. Wahlgang, Giovanni Leone 1971 sogar erst im 23. Wahlgang und Sandro Pertini 1978 im 16. Wahlgang gewählt worden. 1964 und 1978 waren die offiziellen christdemokratischen Kandidaten gescheitert. „Heckenschützen“ ihrer eigenen Partei hatten sie bei der Geheimabstimmung zu Fall gebracht.

### Kommunisten beteiligt

Dem will DC-Sekretär De Mita jetzt vorbeugen, indem er versucht, schon im Vorfeld der Wahl eine sichere Mehrheit zu finden und eine Kandidatur vor allem mit der zweitstärksten Partei, den Kommunisten, abzustimmen.

Dieses Verfahren stößt freilich auf den Widerstand der Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberalen, die zusammen mit den Christdemokraten und Republikanern Koalitionspartner der Regierung des sozialistischen Parteisekretärs Bettino Craxi sind.

Die drei Parteien sind zwar grundsätzlich mit der Nominierung eines Christdemokraten einverstanden, verlangen aber, daß dieser ein Kandidat des gesamten Regierungslagers sein und seine politische Orientierung eine Garantie für die Stärkung der Koalition bieten müsse. Wenn diesem Kandidaten auch die Kommunisten ihre Stimme geben sollten, wäre das um so besser, wenn nicht, müsse ihn die Regierungskoalition allein durchbringen. Auf dem Papier haben die fünf Parteien durchaus die Möglichkeit zu einem solchen Alleingang ohne oder gegen die KP.

### Chance für Zaccagnini?

Die fünf Parteien verfügen mit 587 Vertretern in der Wahlversammlung über die sichere absolute Mehrheit, die im vierten Wahlgang zur Wahl ausreichen würde. Nur scheint im Falle einer solchen Konfrontation die Geschlossenheit der DC-Wahlmänner nicht gesichert zu sein. Der linke DC-Flügel besteht auf einer Absprache mit den Kommunisten, und diese haben auch bereits zu verstehen gegeben, wer ihr christdemokratischer Wunschkandidat wäre: der ehemalige Parteisekretär und linke DC-Flügelmann Benigno Zaccagnini.

Für Regierung und Fünfkollegialität wäre dessen Wahl freilich kaum eine Garantie. Zaccagnini hat nie ein Hehl aus seiner Vorliebe für eine Politik der „nationalen Solidarität“, das heißt in Praxis Zusammenarbeit mit der KP, gemacht.

Bei dieser Ausgangslage ist nicht auszuschließen, daß sich die Wahlversammlung wie bei den letzten drei Wahlen nach einem Dutzend Wahlgängen wieder in eine Sackgasse verrennt. Dann könnte durchaus noch einmal die Stunde des Alt-Präsidenten Pertini schlagen. Dessen am vergangenen Sonntag erklärte Weigerung, für eine zweite siebenjährige Amtsperiode zu kandidieren, wird in Rom in Zusammenhang gesehen mit einer Äußerung, die er kürzlich gegenüber dem amerikanischen Fernsehen machte. Auf die Frage, was er tun würde, wenn ihn die Wahlversammlung trotz erklärter Nicht-Kandidatur doch wieder wählen sollte, sagte er: „Dann müßte ich mir die Sache überlegen.“

# „Liberaler Wirtschaft auch für Frankreich“

## Deutsch-französisches Symposium zu ökonomischer Kooperation

A. GRAF KAGENECK, Paris  
Die europäischen Vordenker lassen sich von vorübergehenden Eintrübungen der deutsch-französischen Szene nicht betören. Seit Jahren arbeiten sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nur wenige wissen, daß sie die „einsamen Beschlüsse“ der Politiker vorbereiten. Der französische Wirtschaftspräsident William François zum Beispiel leitet seit zehn Jahren den „Verein zum Studium wirtschaftlicher und humanitärer Probleme in Europa“.

Dem Verein geht es darum, in Frankreich dem Gedanken einer liberalen, von den Fesseln der Planwirtschaft befreiten Wirtschaft zum Sieg zu verhelfen und es damit überhaupt erst zu einer vollen Partnerschaft mit einer von Ludwig Erhards Sozialer Marktwirtschaft bestimmten Bundesrepublik zu befähigen.

François' Partner in Deutschland sind Politiker und Wirtschaftler, die sich im Wirtschaftsrat der CDU zusammengeschlossen haben, der viele Jahre von dem Europaabgeordneten Philipp von Bismarck geleitet wurde. Beide Gremien kommen seit 1978 in der Regel jährlich einmal zusammen. Der heutige Bundeskanzler gehörte in der Vergangenheit ebenso zum Teilnehmerkreis wie die ehemaligen französischen Premierminister und Minister Messmer, Monory, Bettencourt oder Gena, die ihm bis heute angehören. Das Gros bilden Unternehmer, Bankiers, hohe Ministerialbeamte und Vertreter der Zentralbanken beider Länder.

### Jahr der Entscheidung

Für die Franzosen ist das nun begonnene Haushaltsjahr, das bis zu den Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr dauert, das Jahr der Entscheidung. Kommt es zum Sieg der Opposition, so wird sich der historische Umwandlungsprozeß vollziehen können, den William François als absolut notwendige Voraussetzung für ein wirtschaftlich geeintes Europa propagiert. Denn wenn die Rechte in Frankreich siegt, wäre dies nicht nur ein Sieg über den Sozialismus, sondern auch über Colbert und seine Franzosen seit 300 Jahren eingepaukte Zentralwirtschaft. Pierre Messmer, Premierminister einer Regierung, die das innere und äußere Finanzgleich-

gewicht Frankreichs vier Jahre lang wahrte, hält diesen Sieg nicht nur für möglich, er bezeichnet ihn sogar als natürliche Folge eines Umdenkens der Franzosen, einer „Revolution“ in ihrer Einstellung zur Wirtschaft, die durch die letzten vier Jahre Sozialismus noch beschleunigt wurde.

Yvon Chotard, Vizepräsident des französischen Unternehmerverbandes CNPF, warnt indes vor zu frühem Optimismus. Nur die rasche Gesundung der vom Sozialismus ruinirten Betriebe könne diese in die Lage versetzen, ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen.

### Das Erbe Ludwig Erhards

William François hat diese Gefahr erkannt, die durchaus auch von einer „bürgerlichen“ Regierung ausgehen könnte. Es war immerhin General de Gaulle, ein Gegner des Sozialismus, der 1946 der Planwirtschaft in Frankreich mit neuen Verstaatlichungen zu entscheidendem Auftrieb verhalf. François will daher das liberale Wirtschaftssystem nicht nur in Frankreich verfassungsmäßig verankern, sondern auch in Deutschland. Denn das Erbe Ludwig Erhards ist heute zunehmend in Gefahr. François warnt davor, daß das freie Europa eines Tages in liberal bewirtschaftete und sozial verplante Gesellschaften zerfallen könnte, wenn die zum Sozialismus tendierenden Kräfte die Oberhand gewinnen.

Zwar hätten sich, so François, bisher die Gründer der Gemeinschaft an die Verpflichtung der politischen Union gehalten, die ihnen die Römischen Verträge auferlegten. Aber die aus ihnen resultierenden Organe gründeten nicht auf einem europäischen Grundgesetz. „Im wirtschaftlichen Bereich sind Ungewisheiten und Zweideutigkeiten keineswegs aufgehoben.“ Daher haben er und seine Freunde dem französischen Parlament einen Gesetzentwurf „Zur Einführung der wirtschaftlichen Rechte und Freiheiten in die Verfassungspräambel“ vorgelegt, über die nach einem eventuellen Regierungswechsel abgestimmt werden soll.

# Frau Thatchers Vorschläge für Mailand

## Ein Europa nicht der „zwei Geschwindigkeiten“, sondern der „variablen Geometrie“

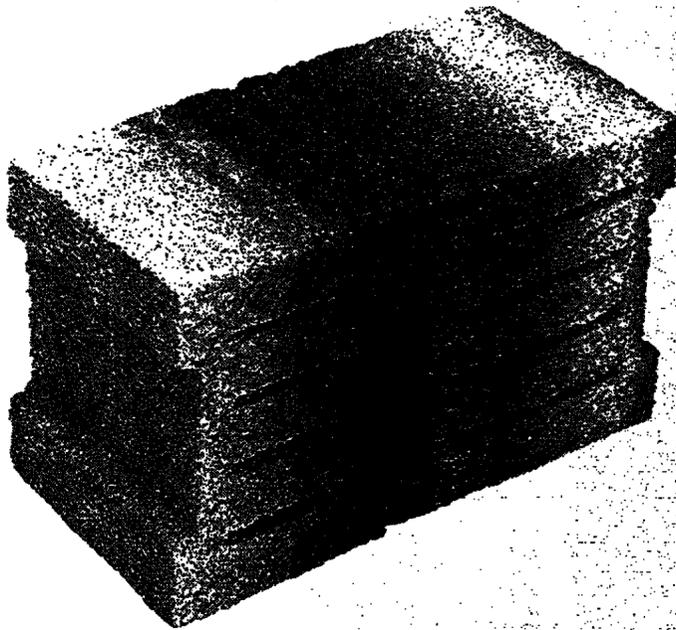
Die britische Premierministerin Margaret Thatcher als operative Grundlage der anzustrebenden Politischen Union vor. In diesem Sinne wird sie auch auf dem kommenden EG-Gipfel in Mailand argumentieren und detaillierte Vorschläge auf den Tisch legen.

In der Folge des jüngsten Ekklats um das deutsche Getreidepreis-Veto sieht London in der Streitfrage „Mehrheitsentscheidungen oder Einstimmigkeit“, mithin in dem Konflikt zwischen den Römischen Verträgen von 1957 und dem sogenannten „Luxemburger Kompromiß“ von 1968, die auch für das Gelingen des Mailänder Gipfels entscheidende Herausforderung. Zur Überwindung dieser Problematik wird Frau Thatcher folgende Modalitäten vorschlagen:

1. Unter keinen Umständen darf an den Römischen Verträgen, das heißt am Prinzip der Mehrheitsentscheidungen, getüftelt werden.
2. Bei problematischer Materie sollen einzelne Länder, die einerseits zustimmungswillig sind, andererseits aber scheuen, die gesamte Beweislage eines Vetos auf sich zu nehmen, wieder stärker von Artikel 148 der Römischen Verträge, der Stimmhaltung, Gebrauch machen. Dadurch würde die Entscheidungsfähigkeit des Rats nicht behindert werden.
3. Bei Fällen, in denen der EG-Rat eine eindeutige Zielsetzung vereinbart hat - etwa die freie Niederlassung von Architekten - soll ein Veto generell unzulässig sein, mithin auf Einstimmigkeit *expressis verbis* verzichtet werden.
4. Sollte dennoch ein EG-Mitglied „vitale Rechte“ für sich reklamieren und damit den Mehrheitsbeschluß behindern, müßte dieses geplante Veto in Zukunft rechtzeitig in schriftlicher Form dem Außenminister der EG vorgelegt werden. London verspricht sich davon eine heilsame pädagogische Wirkung - sprich: Abschreckung - „da es einer politisch weitaus schärferen Güterabwägung bedarf, wenn eine Mitgliedregierung in Zukunft erst mit schriftlicher Begründung den Weg zum Ministerrat gehen muß, statt wie bisher aus der Notlage heraus ihren Minister einfach anzuweisen, Veto einzulegen.“

...der Wärme braucht man etwas Grund-  
...oder einen Fachmann fragt, wird  
...während, wie einfach die Antwort  
...beginnt mit nichts als Kies,  
...Denn daraus entsteht Beton.  
...ersetzen läßt.  
...auf, was man draus macht.  
...durch Zement und seine

natürlichen Grundstoffe so haltbar wie solide. Es gibt ihn in  
jeder geforderten Ausführung überall. Kein anderer Baustoff  
ist so unendlich vielseitig: Beton schützt vor Hitze, Kälte,  
Lärm und vor Naturgewalten, und er ist formbar wie der  
Lehm, aus dem wir unsere ersten Hütten bauten. Aber er  
nimmt nur die Gestalt an, die der Mensch ihm gibt. Ist nicht  
dies die Chance, mit viel Vernunft und Phantasie bleibende  
Werte zu schaffen? Die deutschen Zementhersteller



Handwritten signature or mark: J. P. ...

St...  
se...  
Preser...  
bie P...  
Kaum...  
Wir wa...  
WAG...  
konsta...  
ses Ja...  
en tun...  
teurer...

Thatcher schlägt Mailand

Europa nicht der... Thatchers... Mailand

Zu viel auf einmal

In (London) - Inflation bekämpfung um beinahe jeden Preis lautete die Devise der Thatcher-Mannschaft vom ersten Tag ihrer Amtsübernahme im Jahre 1979 an.

Wirtschaft für Rohmaterialien zu zahlen sind, stiegen in den zwölf Monaten bis Mai nur um 3,8 Prozent - der niedrigste Anstieg seit Anfang 1981.

Anschluß

adh. - Nach einem recht schwachen Jahresbeginn, der bereits als Ende der langsamen Konjunkturerholung für die Textilindustrie gedeutet wurde, hat die Branche jetzt wieder Anschluß an die letztjährige Aufwärtsbewegung gefunden.

KRAFTFAHRZEUGHANDWERK / Verband: Weniger Autozulassungen als 1984

Der Nachfrigestau nach Diskussion um den Katalysator löst sich auf

Um einen Einbruch in der Bauwirtschaft abzuwenden, will die Bundesregierung unter anderem die Abschreibungsfristen für Betriebsgebäude auf 25 Jahre halbieren.

H.HECK/D. SCHMIDT, Hannover Mai zeichne sich ein relativ gutes Ergebnis ab, so daß Ende Juli die Zulassungszahl höher sein werde als in den ersten sieben Monaten 1984.

Der ZDK geht davon aus, daß eine Belebung des Autogeschäfts im zweiten Halbjahr, mit Beginn des neuen Modelljahres, einsetzt.

VEREINIGTE STAATEN

Leistungsbilanz hat sich drastisch verschlechtert

H.A. SIEBERT, Washington Amerikas Leistungsbilanzdefizit wird in diesem Jahr, wie befürchtet, 120 Mrd. Dollar betragen.

gen stiegen die Verpflichtungen der US-Banken um 13,0 (4,5) Mrd. Dollar - mit Schwerpunkt Februar und Anfang März, als sich Geld in Amerika verteuerte und sich Kreditaufnahmen im Ausland wegen der höheren Zinsdifferenz lohnten.

Investoren umworben

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreich rollt den roten Teppich für ausländische Investoren weiter aus. In jedem Departement wird sich ein neuer Sonderbeauftragter um Auslandsinvestoren kümmern.

AUF EIN WORT



Heinz Heck, Bonn

FINANZAUSGLEICH

Bremen fordert 95 Millionen Mark Ergänzungszuweisungen

Der Bremer Senat hat das Angebot, die Hansestadt Bremen 1986 mit rund 70 Millionen Mark an den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) für finanzschwache Bundesländer zu beteiligen, abgelehnt und einen Betrag von mindestens 95 Millionen Mark gefordert.

de vereinbart, daß der Länderanteil an der Umsatzsteuer 1986 und 1987 um 0,5 auf 35 Prozent erhöht wird.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Städtebauförderung unklar

Bonn (HH) - Die Bundesregierung will zwar die Etatsansätze für Städtebauförderung 1986 und 1987 gegenüber 1985 auf jeweils eine Milliarde DM verdreifachen.

Gewinne steigen stark

Tokio (dpa/VWD) - Die an der Börse in Tokio zugelassenen japanischen Großunternehmen haben im Wirtschaftsjahr 1984/85 (31. März) beachtliche Zuwächse erzielt.

KfW senkt Zinsen

Frankfurt (AP) - Im Zuge der Bonner Bemühungen um eine Verstärkung öffentlicher und privater Investitionen hat die Bundesregierung Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ihre Zinssätze für Kredite an Gemeinden sowie kleine und mittlere Unternehmen um nominal 0,25 Prozentpunkte gesenkt.

Ausland als Stütze

Frankfurt (adh) - Die Aufträge für die deutsche Textilindustrie haben im April wieder ein schnelleres Tempo vorgelegt: Nach einem Plus von 10 Prozent (preisbereinigt 7 Prozent) im April ergibt sich für die ersten vier Monate insgesamt ein Zuwachs von 4 Prozent; die textile Produktion liegt nach einem Plus von 8,5 Prozent im April für die ersten vier Monate jetzt auf Vorjahresniveau.

Wieder ein Defizit

Paris (J. Sch.) - Die französische Handelsbilanz war saisonbereinigt im Mai mit 1,2 Milliarden Franc defizitär. Der außergewöhnlich hohe Passivsaldo des Vormonats von 4,2 Milliarden Franc wurde zwar dank eines Importrückgangs um 5,8 Prozent und eines Exportanstiegs um 2,4 Prozent beträchtlich unterschritten.

Joint Venture mit China

Eindhoven (AFP) - Ein Vertrag über die Zusammenarbeit bei der Herstellung von Farbfernsehgeräten zwischen der niederländischen Elektronik-Gruppe Philips und der Volksrepublik China ist gestern am Rande des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang bei Philips unterzeichnet worden.

EG-Inflationsrate erhöht

Brüssel (dpa/VWD) - Die EG-Inflationsrate hat sich im 1. Quartal 1985 auf Jahresbasis weiter verschlechtert. Wie aus dem jüngsten Konjunkturkommentar der EG-Kommission hervorgeht, betrug sie im März im zwei-

US-KONJUNKTUR

Auslastung der Kapazitäten hat sich weiter verringert

H.A. SIEBERT, Washington In den USA hat sich die Auslastung der industriellen Kapazitäten - verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Versorgungsgesellschaften - weiter verringert, und zwar im Mai um 0,4 auf 80,3 Prozent.

Wieder mehr Insolvenzen

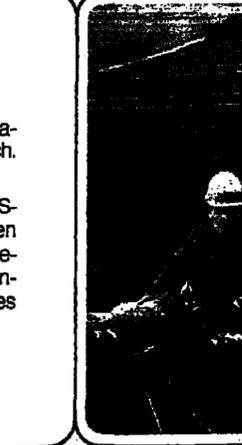
VWD, Wiesbaden Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in der Bundesrepublik erhöhte sich um 18,8 Prozent gegenüber April 1984 auf 1136 Fälle, teilte das Statistische Bundesamt mit.

US-KONJUNKTUR

andere Erklärung. So haben die verarbeitenden Unternehmen in Amerika in den vergangenen Jahren große Anstrengungen zur Modernisierung und Rationalisierung ihrer Produktionsanlagen unternommen.

Dafür wird jetzt der Segen der Auslandsinvestitionen für die Leistungsbilanz, für die Modernisierung, den technologischen Fortschritt und nicht zuletzt für den Arbeitsmarkt gelobt.

Wieder mehr Insolvenzen



Wieder mehr Insolvenzen

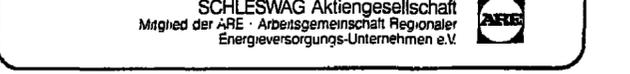


Stabile Strompreise seit fast 3 Jahren

Preiserhöhungen sprechen sich schnell herum. Stabile Preise erscheinen dagegen selbstverständlich. Kaum jemand spricht darüber. Warum auch? Wir wollen es dennoch. Immerhin hält die SCHLESWAG den Strompreis seit nunmehr fast drei Jahren konstant.

Energie für Schleswig-Holstein

Die SCHLESWAG Aktiengesellschaft hat 1984 an ihre Kunden 7,2 Mrd. Kilowattstunden elektrische Energie und 6,9 Mrd. Kilowattstunden Erdgas geliefert. Die Fernwärmeabgabe betrug 7,1 Mill. Kilowattstunden.



FIRST CHICAGO

Hilfe für Bank in Brasilien

VWD, Chicago
Eine Rücklage von 107 Mill. Dollar vor Steuern hat die First Chicago Corp. gebildet. Damit soll eine brasilianische Bank, Banco Denasa de Investimento S. A., saniert werden, an der First Chicago beteiligt ist. Infolgedessen dürfte das Ergebnis des zweiten Quartals nur ausgleichend abschließen. Nach Steuern beträgt der Aufwand voraussichtlich 51 Mill. Dollar. Im zweiten Quartal 1984

KKB-Sparbriefe jetzt auf 7,25 %

Wir reservieren für Sie: KKB-Sparbriefe mit 4jähriger Laufzeit. Ab 100,- DM aufwärts. 0130/4911. Für nur 23 Pfennig. Aus ganz Deutschland.

KKB Bank Die Bank für den privaten Kunden.

hatte First Chicago einen Reingewinn von 63 Mill. Dollar ausgewiesen. Um einen Run auf die Einlagen zu verhindern, hat First Chicago bereits die Geschäftsführung des Banco Denasa übernommen. Zwar ist First Chicago nur für den Anteil von 44,5 Prozent an dem brasilianischen Institut verantwortlich, doch konnte der Mehrheitsaktionär Denasa Desenvolvimento Nacional S. A. Participacoes nicht für den auf ihn entfallenden Verlustanteil aufkommen. Für die Holdinggesellschaft der zehntgrößten US-Bank ist das Problem des Banco Denasa das jüngste in einer Reihe von Schwierigkeiten.

ITALIEN / Industriespitzenverband hat gleitende Lohnskala gekündigt - Sozialpartner vor neuen Verhandlungen

Stärker leistungsbezogene Bezahlung angestrebt

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Nach der am Montag vergangener Woche erfolgten Kündigung der gleitenden Lohnskala durch den Spitzenverband der Industrie stehen die italienischen Sozialpartner jetzt vor einer Serie neuer Lohn- und Lohnkostenverhandlungen. Ziel der Arbeitgeber ist laut Sprechern des Spitzenverbandes, in Zukunft „nicht weniger, sondern besser zu zahlen“. Die von den Unternehmern angestrebte Entschärfung des Indexmechanismus der gleitenden Lohnskala, mit dem heute Löhne und Gehälter quartalsweise den vorangegangenen Preisbewegungen angepasst werden, soll der leistungsbezogenen Entlohnung wieder mehr Spielraum schaffen. Damit sollen die Arbeitnehmer besser motiviert und die Arbeitsproduktivität erhöht werden. Ziel der Arbeitgeber in der italienischen Industrie ist es, durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen und

Produktivitätsfortschritte die Entwicklung der Lohnstückkosten mit der in den Hauptkonkurrenzländern in Einklang zu bringen. Nach einer Untersuchung des Spitzenverbandes der Industrie stiegen im Durchschnitt der sechs meistindustrialisierten Länder des Westens (USA, Japan, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) die Lohnstückkosten zwischen 1975 und 1984 um 59 Prozent, wobei in drei dieser Länder (Japan minus 5,1 Prozent, USA minus 3,5 Prozent und Bundesrepublik minus 0,9 Prozent) die Lohnstückkosten 1984 erstmals zurückgingen. Weiter zugenommen haben diese Kosten 1984 dagegen in Frankreich (plus 4,9 Prozent), Großbritannien (plus 1,7 Prozent) und Italien. In diesem letzteren Fall errechnet der Spitzenverband eine Steigerung von 3,8 Prozent, während die italienische Zentralbank bei einer Erhöhung der

Arbeitsproduktivität in der Industrie von 8 Prozent und der Arbeitskosten je Beschäftigten von 13,7 Prozent sogar auf eine Zunahme der Lohnstückkosten von 5,3 Prozent kommt. In beiden Fällen ist es die niedrigste Steigerung seit 1972. Da die übrigen Güter und Dienstleistungen eine Kostensteigerung von 8 Prozent erlitten, errechnet die Zentralbank eine Erhöhung aller Produktionskosten je Produktseinheit von 8,8 Prozent. Gemessen an der Zunahme der Lohnstückkosten des Jahres 1983 in Höhe von 15,3 Prozent stellt die im vergangenen Jahr eingetretene Steigerung sowohl absolut als auch im Verhältnis zu der Entwicklung in den anderen Industrieländern gesehen eine deutliche Verbesserung dar. So wohl für den Spitzenverband als auch die Zentralbank reicht die Reduzierung der Differenz aber noch längst nicht aus, um die Wettbewerbskraft wirksam zu erhöhen.

Da die Industrieproduktion im laufenden Jahr schwerlich um mehr als 2 Prozent steigen und die Produktivität wahrscheinlich kaum stärker zunehmen dürfte als im vergangenen Jahr, setzt die Industrie alles auf weitere Kostensenkungen. Ihr Ziel ist es, die bevorstehenden Lohn- und Lohnkostenvereinbarungen mit den Sozialpartnern so abzuschließen, daß die daraus resultierenden Erhöhungen nicht über die von der Regierung ins Auge gefaßte Inflationsrate hinausgehen, das heißt im Falle dieses Jahres 7 Prozent und des nächsten 5 Prozent. Beide Ziele dürften Experten erwarten, da die Inflation im ersten fünf Monaten dieses Jahres stiegen die effektiven Arbeitskosten in der Industrie bereits um 10,1 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit. Da die Inflationsrate gleichzeitig 8,7 Prozent betrug, ergab sich eine reale Lohnkostensteigerung von 1,4 Prozent.

Aufliegetonnage zurückgegangen

fu, London
Die Zahl und Tonnage der in der Welt beschäftigungslos aufgelegten Handelsschiffe hat sich in den letzten Monaten deutlich verringert: Wie der General Council of British Shipping jetzt mitteilte, waren Ende April in der Welt 1279 Schiffe mit zusammen 62,9 Millionen Tonnen Tragfähigkeit (tdw) beschäftigungslos aufgelegt - rund neun Prozent der gesamten Handelstonnage. Das sind 1,22 Mill. tdw weniger als Ende März. Auf dem Höhepunkt der Krise vor knapp zwei Jahren lag die Aufliegetonnage weltweit bei etwas mehr als 100 Mill. tdw. Die Masse der aufgelegten Handelsschiffe besteht unverändert aus einmotorigen Tankern; drei Prozent der Nicht-Tanker-Flotte waren ohne Beschäftigung. Der Rückgang der Aufliegetonnage ist hauptsächlich das Ergebnis verstärkter Abwrack-Aktionen. Die Tankerflotten stecken unverändert tief im Keller; die Charterraten in der Trockenfahrt erhöhten sich in den letzten Monaten nur unwesentlich.

RCA verkauft Hertz an UAL

VWD, New York
UAL kauft für 587,5 Mill. Dollar von RCA Corp. deren Tochtergesellschaft Hertz Corp. Der Verwaltungsrat von UAL Inc. hat der Transaktion bereits zugestimmt, der von RCA hat die Vereinbarung grundsätzlich genehmigt, muß sie aber noch endgültig verabschieden. Außerdem müssen noch die Genehmigungen von mehreren Behörden eingeholt werden. Hertz soll künftig als selbständige Tochtergesellschaft von UAL fortgeführt werden. Nach Auffassung des bisherigen und zukünftigen Chairmans Frank Olson ergeben sich in Verbindung mit UAL, die neben ihrer Fluglinie auch Hotels besitzen und bereits Mietwagen-Pakete an Kunden vermitteln, für Hertz bessere Zukunftschancen als mit dem Elektronikunternehmen RCA. Bereits derzeit werden laut Olson 30 Prozent aller Vermietungsgeschäfte von Hertz in Verbindung mit Fluggesellschaften abgewickelt. Für 1984 wies Hertz einen fast unveränderten Gewinn von 50 Mill. Dollar aus.

Schalter sind wieder geöffnet

VWD, Singapur
Die in Schwierigkeiten befindliche United National Finance BHD (UNF) von Brunei hat gestern ihre Schalter wieder eröffnet, doch wurde es Einleger nicht gestattet, Geld abzuheben. Statt dessen erhielten sie ein Schreiben, in dem die Auszahlung ihrer Gelder in Raten über einen Zeitraum von drei Jahren dargelegt wurde. Nach dem UNF-Vorschlag sollen zunächst fünf Prozent ausbezahlt werden; der Rest der Einlegerkonten ab 15. November in Raten von je 7,5 Prozent am 15. jeden dritten Monats. Zwischen OTB und UNF bestehen indirekte Verbindungen: Der UNF-Mehrheitsaktionär Windmill Investment and Finance Co. Ltd. (88,2 Prozent) gehört zu einer von der OTB-Gründerfamilie Chang kontrollierten Holdinggesellschaft. Außerdem ist Windmill mit der Hongkonger Ka Wah Bank assoziiert, der die Bank of China und der Hongkong + Shanghai Banking Corp. gerade unter die Arme greifen mußte, weil ihre Bankkreditlinien ausgeschöpft waren.

NAMEN

Prof. Dr. Helmut Henrich, Mitbegründer des Architekturbüros HPP Henrich-Petschmann & Partner KG, Düsseldorf, vollendete am 17. Juni sein 80. Lebensjahr. Marc Fernand, bisher regionaler Vertriebsleiter der Dow Chemical Europe für Italien wurde mit Wirkung vom 1. August 1985 zum Verkaufsleiter der Sparte Olefine berufen. Helms H. Hey (47), zuletzt Verlagsleiter der „VDI-Nachrichten“, hat die Verlagsleitung der Festland GmbH, Bonn, übernommen. Dr. Hubert Pestenhofer, Vorstandsvorsitzender der Bayern-Versicherung, München, ist neuer Vorsitzender des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen, Bonn. Er löst Prof. Dr. Robert Schwelber ab, der sich 1983 für zwei Jahre für dieses Amt zur Verfügung gestellt hatte. Helms Reifsteinbach, seit 1987 Mitglied und seit einigen Jahren Vorsitzender der Geschäftsführung der Barmer Ersatzkasse, Wuppertal, starb am 18. Juni im Alter von 61 Jahren an den Folgen eines Herzinfarkts.

RENAULT / 21 000 Arbeitsplätze weniger bis Ende 1986

Widerstand der Gewerkschaft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Bis Ende nächsten Jahres soll die Belegschaft des staatlichen französischen Renault-Konzerns im Automobilsbereich um 21 000 auf 77 000 Mitarbeiter reduziert werden. Dies hat sein neuer Präsident Georges Besse jetzt ausdrücklich vor dem Betriebsrat erklärt. Er hofft vor allem dadurch den Konzern, der sein Geschäftsjahr 1984 mit einem spektakulären Verlust von 12,5 Mrd. Franc abgeschlossen hatte, allmählich aus den roten Zahlen zu bringen. Die übrigen Sanierungsmaßnahmen würden von Fall zu Fall getroffen. Nach dem neuen Sozialplan, dem noch keine Gewerkschaft zugestimmt und den die bei Renault führende kommunistische CGT bereits grundsätzlich ablehnt, sollen dieses Jahr 12 000 Mitarbeiter durch vorzeitige Pensionierungen (ab 55 Jahre) und durch „freiwillige“ Abgänge, insbesondere bei den Gastar-

beitern, freigesetzt werden. Weitere 4000 Arbeitsplätze sollen in der ersten Hälfte 1986 abgebaut werden. Erst dann, also nach den Parlamentswahlen vom Frühjahr 1986, will die Verwaltung entscheiden, wie der verbleibende Personalüberhang von etwa 5000 Mitarbeitern beseitigt werden kann. Grundsätzlich vorgesehen sind Umschulungen auf andere Berufe, falls dies die finanziellen Kapazitäten Renaults erlauben, heißt es in dem Kommuniqué der Verwaltung. Die Zeichen stehen nicht schlecht: In Frankreich stieg Renaults Marktanteil im Mai auf 31,8 (erste fünf Monate 30,0) Prozent und im übrigen Europa auf 7,5 (6,6) Prozent. Auch die Erträge dürften dank der Aufhebung der Autopreisreglementierung im Juni etwas verbessert werden können. Der Lohnkostenanteil je Pkw wird bei Renault aber vorerst noch erheblich über dem Niveau der Konkurrenz liegen.

MEXIKO / Wolff lobt wirtschaftliche Entwicklung Deutscher Export gestiegen

FLORIAN NEHM, Bonn
Mit 485 Millionen DM gingen 1984 zwei Drittel aller deutschen Investitionen in Lateinamerika nach Mexiko. Sie werden sicher mit mir übereinstimmen, daß dies ein großer Vertrauensbeweis deutscher Unternehmen in die zukünftige Entwicklung ihres Landes darstellt, sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsrates, Otto Wolff von Amerongen, gestern zur Begrüßung des mexikanischen Präsidenten, Miguel de la Madrid. Auch sei es für die mexikanische Wirtschaft ein ermutigendes Zeichen, daß die Exporte in die Bundesrepublik im ersten Drittel des laufenden Jahres um fast 75 Prozent zugenommen hätten. 1984 waren die deutschen Importe aus Mexiko mit 732 Millionen DM um fast 10 Prozent gestiegen, standen aber einem - um fast ein Drittel erhöhten - deutschen Export nach Mexiko von 1,8 Milliarden DM gegenüber. Wolff von Amerongen beglück-

wünschte den mexikanischen Staats- und Regierungschef zu der gelungenen Schaffung neuen Vertrauens in die Zukunft seines Landes. Das langfristige Umwandlungsabkommen sei vielen Ländern in vergleichbarer Lage ein erstrebenswertes Beispiel. „Es ist uns bewußt, daß der Prozess der wirtschaftlichen Wiedergestaltung Mexikos mit großen Opfern für ihre Bevölkerung verbunden ist. Aber wir glauben, daß Mexiko auf dem richtigen Weg ist, mit dem neuen Kurs unter ihrer Regierung auch neue Wachstumsmöglichkeiten zu schaffen“, betonte Wolff von Amerongen. Der mexikanische Präsident Miguel de la Madrid betonte vor dem Deutschen Industrie- und Handelsrat, daß der Export für Mexiko eine wesentliche Rolle spiele. Weil die Erdölaufuhr internationalen Beschränkungen unterliege, komme dem Export von Nichterzeugnissen in Länder wie die Bundesrepublik, die als Kunde an zweiter Stelle stehe, große Bedeutung zu.

Table with financial data for BAVARIA-ST. PAUL-BRAUEREI AKTIENGESELLSCHAFT - HAMBURG. Includes sections for Aktiva, Passiva, Bilanz zum 31. Dezember 1984, and Gewinn- und Verlustrechnung. Contains detailed financial statements and company information.

Handwritten signature or stamp at the bottom of the page.

BEK / Ausgaben stiegen 1984 um 8,8 Prozent

Gegen „verordneten“ Stopp

HARALD POSNY, Düsseldorf
Das deutsche Gesundheitswesen hat sich insgesamt bewährt. Das wird nach den Worten des Vorsitzenden der Barmer Ersatzkasse (BEK), Hans Neusig, trotz berechtigter Kritik und politischem Handlungsdruck anerkannt.

Als einen ersten erfolgversprechenden Schritt in Richtung auf eine wirksamere Kostendämpfung bezeichnet BEK-Geschäftsführer Norbert Wagner die Vereinbarungen zwischen Ersatzkassen und Ärzten.

ERDÖL- UND ERDGASGEWINNUNG

Höhere Förderabgaben

D. SCHMIDT, Hannover
Die Deutsche Erdöl- und Erdgasgewinnungsindustrie hat 1984 mit 2,3 Mrd. DM den bisher höchsten Betrag an Förderabgaben gezahlt.

Der WEG geht davon aus, daß die niederschlesische Landesregierung die zunächst bis zum 30. Juni verlängerten Förderabgabensätze des Jahres 1984 bis zum Ende des Jahres 1985 fortzuschreiben wird.

KONKURSE

- Konkurs eröffnet: Bielefeld: G. J. Müling GmbH; Heino Wörmann, Lederwarenfabrik GmbH; Braunschweig: Wilfried Walter, Elektro-Vertrieb KG; Bremen: Blumhagen, Michael Kusjak, Heizung - Klima - Sanitär GmbH u. Co. KG; Friedberg (Hessen): Radio Ruppert GmbH; Würzburg: MB Moderne Bauelemente GmbH; Coblenz: Adolf Beck, Wesel: Marion Zettwitz; Hannover: Wolfram Mann; Bernd Ludwig, Ibbenbüren: August Funic OHG, Hörtel-Riesbeck; Leer: Lorenz Stahl Handels- mbH & Co. KG; Lorenz Stahl Handels- mbH & Co. KG; Köln: Fashion Concept Bekleidungs GmbH; Mayen: Nachl. d. Dieter Berges, Mühlheim-Klarich; München: Manfred Wolke; Neu-Ulm: Thomas Gott, Jettingen-Scheppach; Stuttgart-Bad Cannstatt: Walter Kappesser; Würzburg: Hans Grosser KG Fabrik 2 Bauelemente aus Leichtmetall, Zell a. Main.

ALFRED C. TOEPFER INTERNATIONAL / Verluste im deutschen Teilbereich

Rückfall in schwierige Zeiten

JAN BRECH, Hamburg
Fünf Jahre nach der Neuordnung hat das Hamburger Getreidehandels- haus Toepfer wieder einen Rück- schlag erlitten. Wie die Alfred C. Toepfer in einem ersten Überblick über das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 11.) mitteilt, habe man die gute Ertragsentwicklung der letzten Jahre nicht anknapfen können.

Die eigenen Mittel der Toepfer International sind im Berichtsjahr unverändert geblieben. Das voll eingezahlte Kapital beträgt 128,6 Mill. DM. Dazu kämen beträchtliche offene Reserven, heißt es. Aktionäre sind mit gut 50 Prozent der Intrade, eine Holding von elf europäischen und amerikanischen Genossenschaften, mit knapp 50 Prozent die US-Gruppe Archer Daniels Midland Corp. sowie mit einem kleinen Rest die Alfred C. Toepfer Verwaltungsgesellschaft KG.

Teerbau: Ausweg Diversifikation

HANS BAUMANN, Essen
Zweimal hintereinander hat die Rütgers-Tochter Teerbau in Essen, einen Verlust von 0,8 Mill. DM ausweisen müssen. Für das Geschäftsjahr 1984 aber überweist sie an die Mutter nach Gewinnabführungsvertrag 1,1 Mill. DM.

Immerhin hat das Unternehmen von 1974 bis 1984 die Zahl seiner Beschäftigten um 28 Prozent auf 2224 reduziert. Und dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen.

Diese Entwicklung wird auch bei der Betrachtung der verschiedenen Bilanzpositionen deutlich. Die Bilanzsumme von 1984 mit 161 Mill. DM entspricht der von 1974 mit 104 Mill. DM. Dabei fällt auf, daß sich im Sachanlagevermögen praktisch keine Veränderungen ergeben haben.

Die eigenen Mittel der Toepfer International sind im Berichtsjahr unverändert geblieben. Das voll eingezahlte Kapital beträgt 128,6 Mill. DM. Dazu kämen beträchtliche offene Reserven, heißt es. Aktionäre sind mit gut 50 Prozent der Intrade, eine Holding von elf europäischen und amerikanischen Genossenschaften, mit knapp 50 Prozent die US-Gruppe Archer Daniels Midland Corp. sowie mit einem kleinen Rest die Alfred C. Toepfer Verwaltungsgesellschaft KG.

Zur allgemeinen Entwicklung im Berichtsjahr schreibt die ausschließlich mit deutschen Managern besetzte Geschäftsführung, daß die gesamte Branche ein schwieriges Jahr hinter sich habe. In der EG sei die Stimmung durch Kaufzurückhaltung und Unsicherheit gekennzeichnet gewesen.

Chase Bank weitet Servicepalette aus

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Einen Abbau von Schulden und den Aufbau von Liquidität registriert die Chase Bank AG, Frankfurt bei ihren Großkunden, die überdies auf neue Kapitalmarktinstrumente statt auf klassische Kredite setzen, so daß Kredite immer schwerer zu verkaufen seien.

Diese Trends prägen die '84er Bilanzentwicklung. Mehr als die Hälfte der Bilanzsummenausweitung um neun Prozent auf 3,7 Mrd. DM resultiert aus der Erhöhung des Rentenbestandes um 164 auf 557 Mill. DM, während die Kundenforderungen nur um 28 auf 982 Mill. DM wuchsen.

Die Umstrukturierung der Gesellschaft wurde aus eigenen Mitteln geschafft. Im Geschäftsjahr 1985 wird zum ersten Mal die Versteuerung der Bittumen für den Straßenbau um inzwischen 40 Prozent voll durchgezogen.

Ernten zu hohen Überschüssen und zu Preisverfall geführt. Aufgrund zu niedriger Nachfrage seien auch die Margen unzureichend gewesen, mit der Folge von Insolvenzen.

In der deutschen Branche, aber auch weltweit, habe das schwere Jahr Spuren hinterlassen. Das bedeute eine weitere Konzentration bei allen auf dem Markt Beteiligten, beim Handel in allen Stufen und in der verarbeitenden Industrie.

Nach Angaben von Toepfer hat sich die Branche erst im Frühjahr auf die geänderten Rahmenbedingungen eingestellt. Das neue Preisniveau habe dann die Basis für ein wieder gesundes Geschäft gegeben und diese Entwicklung setze sich im Geschäftsjahr 1984/85 fort.

Zur allgemeinen Entwicklung im Berichtsjahr schreibt die ausschließlich mit deutschen Managern besetzte Geschäftsführung, daß die gesamte Branche ein schwieriges Jahr hinter sich habe. In der EG sei die Stimmung durch Kaufzurückhaltung und Unsicherheit gekennzeichnet gewesen.

Röhm: Kräftig investiert

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Die Röhm GmbH, Darmstadt, hat 1984 ihren vollen Anteil an der Beteiligung in der Chemie gehabt. Bei einer Umsatzsteigerung um 14 Prozent auf 943 (826) Mill. DM konnte die Muttergesellschaft ihren Ertrag rundweg verdoppeln.

Die günstige Entwicklung ermutigt offenbar auch zu deutlich höheren Investitionen: Nachdem die Sachinvestitionen 1983 auf 21 (97) Mill. DM zurückgenommen worden waren, legte die Familiengesellschaft (seit 1980 zu 43 Prozent bei den Chemischen Werken Hüls) im vergangenen Jahr mit 41 Mill. DM wieder kräftig zu.

Auch in der Gruppe, zu der als wichtigste Beteiligungen die Röhm Pharma GmbH, der Wasch- und Körperpflegemittelhersteller Burnus GmbH, der Kunststoffhandel der Cadillac Plastic GmbH und schließlich die US-Tochter der Cyro Industries gehören, ging es flott bergauf.

Dabei nahm der Gewinn vor Steuern um 73 Prozent auf 230 (133) Mill. DM zu. Nach Steuern verblieben 106 (74) Mill. DM, was immerhin einer stattlichen Netto-Umsatzrendite von 6,3 Prozent entsprach.

STAHLRING / Vergleich mit Ziel der Liquidation

Die Kooperation ist am Ende

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Die Geschäftsleitung der Stahlring GmbH, Düsseldorf, hat am vergangenen Freitag beim Amtsgericht Düsseldorf Vergleichsantrag gestellt.

Damit geht nach 18 zumeist erfolgreichen Jahren die größte Einkaufskooperation mittelständischer (konzernunabhängiger) Stahlhändler zu Ende. Die GmbH hatte 1984 noch einen Umsatz von 280 (301) Mill. DM.

Beträchtliche Finanzbelastung brachte dem Stahlring zudem in den letzten Monaten die von ihm gewährte Unterstützung bei der Sanierung einer Mitgliedsfirma in Salzgitter. Beides zusammen verursachte letztlich das Scheitern eines Stahlring-Sanierungskonzeptes.

Das unter den Vergleich fallende Forderungsvolumen der Stahlring-Gläubiger ist nicht sonderlich hoch.

HUHN & SCHWEIN / Internationale Fachausstellung

Investitionsbedarf steigt

D. SCHMIDT, Hannover
Eine Besserung des Konjunkturklimas konstatieren die Geflügel- und Schweineerzeuger in den letzten Monaten. Nachdem die Betriebe im Wirtschaftsjahr 1983/84 (30. 6.) starke Einkommenseinbußen hinnehmen mußten und die Investitionen erheblich eingeschränkt, zeichnet sich im laufenden Jahr wieder ein besseres Ergebnis ab.

Zuversichtlich werden auf der alle zwei Jahre stattfindenden Ausstellung die Marktchancen für Schweinefleisch beurteilt. Für dieses Produkt gebe es in der EG keine strukturellen Überschüsse.

anzunehmen, da die Mitgliedsfirmen bereits seit Mitte Mai ihre Warenbezüge nicht mehr über den Stahlring, sondern direkt beim Lieferanten bezahlten.

Wenn Sie über die Welt der Kunst orientiert sein wollen:

DIE WELT
Unternehmensverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland
Bestellschein
Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:
Datum:
Unterschrift:

Sicher fahren und sicher bremsen



Wir empfehlen ABS

Die Transportbedürfnisse einer Volkswirtschaft fragen nicht nach Tages- oder Jahreszeit, Witterung oder Straßenzustand. Deshalb bauen wir Nutzfahrzeuge für alle Straßenverhältnisse und jede Verkehrssituation.

(ABS) für Schwerfahrzeuge bringt Busse und Lastzüge auf der kürzestmöglichen Strecke sicher zum Stillstand.

auch bei einer Vollbremsung. Das Anti-Blockier-System schützt nicht nur Leben und Gesundheit aller Verkehrsteilnehmer, sondern auch das Investitionsgut Nutzfahrzeug.

M.A.N. Leistung, die überzeugt

M.A.N. Leistung, die überzeugt



Table with columns for 'Bundesanleihen', 'Bundespapier', 'Länder - Städte', 'Bankschuldsversch.', 'Bundesanleihen', and 'Währungsanleihen'. It lists various government bonds and their yields.

Table titled 'Renten weiter vernachlässigt' (Pensions still neglected). It contains financial data and analysis regarding pension funds and market trends.

Table titled 'Wandelanleihen' (Convertible bonds). It lists various convertible bonds and their market values.

Table titled 'Ausländische Aktien in DM' (Foreign stocks in DM). It lists various international stocks and their prices in Deutsche Marks.

Advertisement for 'SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE LANDSCHAFT IN KIEL'. It promotes a landscape in Kiel and offers information on bank services.

Advertisement for 'Hotel Landhaus Höpen'. It describes a hotel with a restaurant and offers a computer service.

Advertisement for 'Französisch in Monte Carlo'. It promotes a French language school in Monte Carlo.

Advertisement for 'EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL'. It discusses the coal and steel community and its financial aspects.

Advertisement for 'Undichte und feuchte Fassade?'. It offers solutions for leaks and moisture in building facades.

Advertisement for 'Wissenschaft und Forschung blühen inmitten der Wüste'. It promotes a research program at Ben-Gurion University.

Advertisement for 'Gebraucht-Computer'. It lists various used computers for sale.

Advertisement for 'Wissenschaft und Forschung blühen inmitten der Wüste' (continued). It provides more details about the research program.

Large advertisement for 'Gold-Maple Leaf' coins. It features an image of the coin and text explaining its quality and availability.

Advertisement for 'Weltblatt für Deutschland'. It promotes a German edition of a world newspaper.



STELLENANGEBOTE

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Messen von Mensch zu Mensch.

Handelsfachmann... Köln Messe... Postfach 2107 60, D-5000 Köln 21.



KölnMesse, Postfach 2107 60, D-5000 Köln 21. Telefon (0221) 8211, Telex 8873 426 mua d

Ich bin 36,

war Tippe, Akkordarbeiterin, Studiererin, Zahnarztpraxis...

Textilkaufrmann... 45 J., 20 Jahre selbständig...

Bauing. / Architekt... 40 J., ledig, 15 J. Berufserfahrung...

Fachkennzeichen für Materialwirtschaft... Einkauf, Mitte 30, in ungek. Stellung...

Kfm. Führungskraft (Vorst.)... 48 J., erf. kaufm. Wegengang...

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir sind ein führendes Unternehmen auf dem Sektor Fertigtreppe...

Handelsvertreter... Sollten Sie bei unserer Zielgruppe...

UNIV System-Bauell GmbH & Co. KG... Postfach 14 03 27...

Garantieanmietung... Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte...

Export nach China... Wenn Sie Ihre Produkte nach China verkaufen möchten...

An alle Anlageberater und Vertriebsleute! SIND SIE BEREIT... sich von Juli 1985 bis Dezember 1986...

Wir suchen für die BRD VERTRIEBSPARTNER... für elektronisches Meßgerät...

Wir suchen eine gut organisierte Vertriebsfirma... die über ein eng ausgebautes Vertriebsnetz...

FORDERUNGANKAUF... (tituliert - mindestens 50 Stück) Inkassobüro Dr. Stupp...

Existenz... bereits ca. DM 6000,- Eigenkapital - Mietsonderzahlung...

Palettenreparaturdienst... Bundesweit nach DIN-Norm mit Originalersatzteilen...

Schreiben Sie uns bitte mit Angabe Ihrer Tel.-Nr. Wir vereinbaren umgehend einen Gesprächstermin.

CHINESISCH... Sinologin (M. A.) und Übersetzerin (Diplom) übersetzt für Sie...

Unternehmenskonzept... Nicht vom Ideenverkäufer, sondern vom Hersteller eines Spitzenproduktes...

Firmensitz: Burg am Rhein!... Gleichgültig, Branche, unter wo Ihr Büro bzw. Geschäft.

Damen u. Herren od. Ehepaare mit Priv. u. Telefon, mit Energie und Organisations talent können mit etwas Kapital...

Generalübernahme von Schlüsselfertigbau... Maurer-, Fliesen-, Elektro-, Sanitär-, Schlosser- und Schreinerarbeiten...

Exklusiver Wirtschaftsklub... für Selbständige, die gern segeln oder segeln lernen wollen...

Neue/zweite Existenz... Kriegen Sie das Gewicht Ihrer Stadt in den Griff?

Produktideen in Kaufabschlüssen umsetzen, ist Verkauf... Gebietsverkaufsleiter...

Hamburger Squash- und Freizeitzentrum sucht erfahrenen Betreiber/Mieter...

Wir suchen Kontakt zu Vertriebspartnern... von Themen-Sitzung/Verkaufgruppen...

ACHTUNG, NEU!!!... Bezugsquellenkatalog ausländischer Anbieter...

STELLENGESUCHE

Führungskraft Leasing... Betriebswirt, Bankkaufmann, 34 Jahre; langj. Erfahrung in Bank, gew. Kreditgeschäft...

Architekt und Wirtschaftsprüfer... mit langjähr. Erfahrung in Planung, Bauleitung, Verwaltung...

Dipl.-Ing. erdverlegter Rohrleitungsbau... 48 Jahre, 20 Jahre Erfahrung im erdverlegten Rohrleitungsbau...

Direktvertrieb + Gewinn!... Das ist Sache. Meine Sache seit 15 Jahren. Vertriebsdirektor...

South Africa... Vielseitiger Kfm., 44 J., wandert aus und ist dort gern für Sie tätig.

Aktuell

Die WELT wird elektronisch hergestellt: An Bildschirm-Terminals werden die Texte in einen Datenspeicher...

Und die WELT-Redaktion ist ohnehin schon schneller, weil sie in Bonn arbeitet: direkt im Zentrum der deutschen Politik...

DIE WELT... INNOVATIVE TERMINALE FÜR DIE WELT...

Segelausbildung in Jollen und Yachten... Natürlich beim DHH. Fördern Sie unseren Prospekt an Deutscher Hochseesportverband...

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

ÖSTERREICH... Haben Sie Ihre Geschäftsmöglichkeiten voll ausgeschöpft? Mitten im Kärntner Seengebiet...

Leonberger Immobilien... Feldberg-Falkau... Hochschwarzwald... Schwarzwaldhaus als Ein- oder Zweifamilienhaus...

Als Financier... eines in seiner Branche bedeutenden deutschen Unternehmens sorgen wir seit Jahren für den stabilen finanziellen Rahmen dieser Gruppe.

Schweizer Firma... in Basel, Handel, sehr ausgebaut in Europa, exkl. VB sfr. 300.000,-...

MALLORCA... AMBASSADOR-PARK... EIN PARADIES FÜR GLÜCKLICHE... Ein außergewöhnliches Mittelmeerort wird direkt am Meer...

Leonberger Immobilien... Konstanz/Bodensee... Eigentumswohnungen... Wfl. 68 - 127 m² bezugsfertig...

Feriendorf im Sauerland zu verkaufen... 8 Reihenhausblöcke mit 19 Wohnheiten (17 x 5, 1 x 3 u. 1 x 2 = 90 Betten)...

Gewerbliche Immobilien... Dienstgebäude der ehemaligen AOK Halle i.W. zu verkaufen... SB-Markt · Warenhaus Fachmarkt · Einkaufs-Z. Geschäfts- und Bürohaus...

BONN... gelegenen, denkmalgeschützten Gebäuden. Lage: Thomas-Mann-Straße 55, Baujahr 1870...

Leonberger Immobilien... Wangen/Allgäu... Eigentumswohnungen... Wfl. 80 - 98 m², 20 Min. bis zum Bodensee...

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8-579 104 aufgeben.

Gröber Unternehmensvermittlung... Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

FUSSBALL / Der Auf- und Abstieg zweier Vereine: 1. FC Saarbrücken und Arminia Bielefeld

Harakiri oder Das große Abenteuer Bundesliga

Ein Tag nach dem Jubel um den Wiederaufstieg in die Fußball-Bundesliga ist im Saarland die Hochstimmung einer nichttrüben Betrachtungsweise gewichen. Zum dritten Mal nach 1963 und 1977 ist der 1. FC Saarbrücken wieder erstklassig, doch die Probleme sind in der Nachbarschaft der Bundesligaklubs 1. FC Kaiserslautern und SV Waldhof Mannheim alarmierend. Die Vereinskassen sind leer, eine Schuldenlast von 2,8 Millionen Mark wird immer noch als Hypothek früherer Bundesligagänge mitgeschleppt.

Präsident Uwe Strassel kündigte für die Zukunft einen strengen Sparkurs an: „Als wir das letzte Mal in die Bundesliga aufstiegen, kassierten Spieler wie Harry Ellbracht und Jova Acimovic im Monat je 35 000 Mark. Sozial verdient jetzt die ganze Mannschaft.“

Vierzehn Verträge laufen zum Ende der Spielzeit aus, der Deutsche Fußball-Bund (DFB) fordert innerhalb kürzester Zeit eine Birtsgschaft für die nächste Saison. Sarkastischer Kommentar von Trainer Uwe Klimaschick: „Wenn das Geld aus dem Gönnerkreis nicht reicht, nehme ich mein Geld von der Bank und kaufe selber Verstärkung.“

Krisensitzung - und der Präsident ist in Amerika

BERND LINNHOFF, Bielefeld Die Gewitterwolken, die seit Monaten aufgezogen waren, wurden ignoriert. Für die Verantwortlichen der Bielefelder Arminia kam der Abstieg aus der Fußball-Bundesliga wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Am Montagabend nach dem 1:1 gegen den 1. FC Saarbrücken begann die konkrete Zweitliga-Planung mit einer Krisensitzung, unter extremem Zeitdruck und nahezu unvorbereitet.

Präsident Dr. Auf der Heyde fehlte, er weilt auf Geschäftsreise in Amerika. An den zukunftsweisenden Entscheidungsträgern konnte und kann er nicht teilnehmen, „er ist ja nicht da“, stellte Trainer Gerd Roggensack lakonisch fest. Schon beim 0:2 in Saarbrücken war kein Mitglied des Vorstandes zugegen.

Symptome für die schwache Führung des Klubs, die nicht erst seit dem Wirbel um die mittlerweile entmachteten Manager Dr. Müller Spieler wie Fans erzürnt. „Die vollbesetzte Aln am Montag zeigte, daß der Abstieg unsere Ängste um den Klub senken hat“, stellt Trainer Gerd Roggensack fest. „Nun gilt es, den Scherbenhaufen vernünftig zu kitten. Der Vorstand ist gefordert“, sagt Roggensack. Er will seine Perspektive wissen: „Wieder aufstieg dann, wenn wir eine gute, attraktive Mannschaft behalten, oder aber Neuaufbau.“

Nicht Ferien machen, sondern gestalten: Das Sommerprogramm im ZDF

Kampf zwischen Wetter und Bildschirm

Damit keiner, der in den aufkommenden Urlaubsmonaten im Lande bleibt, für seine Heimreise bestraft wird, hat der Programmleiter Alois Schardt seine Crew zur Höchstleistung mobilisiert und zwar unter dem Motto: „Das ZDF macht keine Ferien, sondern gestaltet sie!“ Am 24. 6. startet das Sommerprogramm, es wirkt verlockend, ist vielfältig und für die ganze Familie bestimmt. Die Anstalt hat anscheinend beschlossen, mit attraktiven Angeboten den Besuchern in Tiergärten oder Schwimmbädern ihrer Zuschauer den Konkurrenzkampf zu erklären.

Der Wetterlage sowie der Sommerstimmung angepaßt, bietet also das Zweite Deutsche Fernsehen bis 29. 8. ein Sortiment von Sendungen, und das in drei begrenzten Zeitblöcken (das Nachmittags-, das Vorabend- und das Abendprogramm). Anschließend (bis 9. 9.) folgt ein vorwiegend auf Live-Austrahlungen konzentriertes Programm aus Berlin im Rahmen der IFA.

Hinzu kommt das Kinderprogramm (in welchem auch in diesem Sommer erstmalig Märchen zu finden sind). Das ZDF gestaltet es zum ersten Mal in Zusammenarbeit mit dem ORF. Im Mittelpunkt steht wieder der live ausgestrahlte „Fe-

rienkalender“ (werktags zwischen 15 und 17 Uhr). Das ORF ringt um die Gunst des verwöhnten Zuschauer-Nachwuchses mit „Volabelheit“ (einern pflügen Kurzhilf in Österreich-Deutsch); es stellt die „Spiele unserer Großeltern“ vor und läßt so manche Sendung von Kindern moderieren.

Die wahre Schlect der Anstalten um das Interesse der Zuschauer entfaltet natürlich erst im Abendprogramm, und da hilft das ZDF taktisch: Die Beiträge sind Erstaufführungen, die es auf dramatische Weise mit dem geschickt inszenierten Frauen-Chauvinismus innerhalb der Frauenbewegung aufnehmen - was Spannung, ja Aufregung verspricht. Trotzdem dürfte sich der Auftrieb zu dieser Reihe - das Filmforum „Unsichtbare Frauen - Filmzeitschriften in Hollywood“ (20. 6. um 23.30 Uhr) - als noch anregender als die aktuellen Filme-

richte entpuppen. So riskofreundlich dieses Programmangebot, so sicher der Zuschauererfolg der Filmreihe am Freitagabend (ab 12. 7. um 20.15 Uhr) - obwohl an ihrem Anfang sich eine Frau stand. Allerdings war's die große alte Dame des Krimls - Agatha Christie. Für ihrer bisher noch nicht ausgestrahlten Romanverfilmungen werden ergänzt durch den Spielfilm „Das Geheimnis der Agatha Christie“.

Um die konzertlose Zeit zu überbrücken, hat das ZDF eine Art Fernseh-Festspiele eingerichtet, damit die Musikliebhaber auf ihre Kosten kommen. Sie sind traditionell für den ersten Wochentag bestimmt und jenen Komponisten gewidmet, deren Gedankenspiele im Rahmen des „Europäischen Jahres der Musik“ gefeiert werden.

An großen Plänen, wie man sieht, fehlt es nicht, die ZDF-Programma-choren rufen routinierter durch die gefährlichen Sommermonate, und wenn auch noch der Heilige Peter mitmischen wird, dann dürfte ihr „Sommer-Nachts-Traum“ in Erfüllung gehen - das heißt, die Einschaltquoten werden stetig steigen und die Gipfel der Wintermonate (die um sieben bis zehn Prozent höher liegen) schlettern.

DANA HORAKOVIC

STANDPUNKT

Abgewiegt

In Heidenheim war sie eine der 14 Athletinnen, die aus Verletzungsgründen ihre Länderkampfteilnahme abgesagt hatten. Zudem schrieb Kugelstöße-Olympiasiegerin Claudia Losch dem Deutschen Leichtathletikverband (DLV) einen Brief, nachdem sie in diesem Jahr keine internationalen Einsätze mehr bestreiten werde. Grund: Man versuche, sie von Trainer Christian Gehrmann zu trennen.

In Fürth kam das Thema hinter verschlossenen Türen zur Aussprache. Zuvor schon hatten sich der LAC Quelle Fürth, der Bayerische Leichtathletikverband (Gehrmanns Arbeitgeber) und Claudia Losch darauf geeinigt, daß Gehrmanns Aufgaben in der Nachwuchsförderung zur Hälfte gekürzt werden, damit er ausreichend Zeit erhalte, um mit der Olympiasiegerin zu trainieren. „Ich hatte ein gutes Gespräch mit Claudia Losch und bin mir sicher, daß sie wieder Länderkämpfe bestreiten wird“, sagte DLV-Sportwart Otto Klappert.

Ist damit das eigentliche Problem wirklich gelöst? Verfolgte das Team Losch/Gehrmann nicht im Grunde ganz andere Ziele, nämlich über den Sport hinausgehende Interessen? Doch Verband und Betroffene haben die Sache erst einmal abgewiegt.

SPORT-NACHRICHTEN

Zwei als Nummer eins

London (dpa/UPF) - Zum ersten Mal führen in diesem Jahr beim Tennis-Turnier in Wimbledon mit Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd zwei Spielerinnen gemeinsam die Setzliste an. Das Setzkomitee entschied sich für diese Lösung, nachdem die 30jährige Chris Evert-Lloyd durch ihren Sieg in Paris wieder die Nummer eins der Welt rangliste geworden war und ihre Landsmännin Martina Navratilova vom ersten Platz verdrängt hatte.

Nachfolger im Herbst

Warendorf (dpa) - Ein Nachfolger für den tödlich verunglückten Springreiter-Bundestrainer Hermann Schridde wird frühestens im Herbst bestimmt werden. Interimstrainer bleibt bis dahin Hans Günter Winkler.

Böhm und Nemes vorn

Frankfurt (dpa) - Georg Böhm und die in der nächsten Saison ebenfalls für den ATSV Saarbrücken spielende Olga Nemes führen die Jahresranglisten des Deutschen Tischtennis-Bundes an.

Lirung mit fünf Längen

Bremen (K.G.) - Mit fünf Längen siegte der dreijährige Hengst Lirung aus dem Gestüt Fährhof im Bremer

Bayern-Rennen (80 000 Mark, 35 000 Mark dem Sieger) vor Lontano und Taft. Er geht damit am 7. Juli in Hamburg-Horn ungeschlagen an den Start des 116. Deutschen Derbys. Insgesamt hat Lirung jetzt 180 250 Mark bei nur fünf Starts gewonnen.

Porsche in Ägypten

Stuttgart (dpa) - Zwei Prototypen des Modells 959 stellt Porsche dem Privatteam seines Fahrers Jacky Ickx (Belgien) für die Pharaonen-Rallye in Ägypten im Oktober zur Verfügung. Die beiden Wagen verfügen über einen 400 PS starken 2,8-Liter-Turbo-Motor und werden von Ickx und dem Ägypter Saeed Al Hajri gesteuert.

ZAHLEN

MODERNER FÜNFKAMPF Internationale Deutsche Einzel- und Mannschaftswettbewerbe in Berlin, Endstand, Einzelwertung: 1. Mette (Berlin) 5824 Punkte, 2. Kreher (Berlin) 5498, 3. Cichosz (Warendorf) 5290. Mannschaftswertung: 1. Berlin 1 (Mette, Kreher, Marsollek) 15 991 Punkte, 2. Nordrhein-Westfalen 1 (Cichosz, Schardt, Zimmermann) 15 703, 3. Schweden 15 115.

VOLLEYBALL Damen-Länderspiele: Deutschland - Kuba 1:3 (7:15, 15:13, 12:15).

LEICHTATHLETIK Internationales Sportfest in Fürth, Stabhochsprung: 1. Tarev (Bulgarien) 5,61 m, 2. Winkler (Bonn) 5,51 m.

IOC / Berlioux-Kritik

„Es fehlt der Weitblick“

In einem Interview mit der französischen Sportzeitung „L'Equipe“ begann die zurückgetretene Direktorin des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Monique Berlioux, ihre Abrechnung mit ihrem ehemaligen Arbeitgeber. Heftig kritisierte die Französin IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch. Nach ihrer Aussage hat der Spanier ihre Hilfe nur während seiner Kandidatur zum höchsten olympischen Amt in Anspruch genommen. Berlioux: „Danach hat er ständig den Konflikt gesucht und meine moralischen Grundsätze untergraben.“

Monique Berlioux weiter: „Dem IOC fehlt ein Mann mit Weitblick, der die nötigen Richtlinien setzen könnte. In meinen Augen wäre nur jemand wie Willi Daume dazu in der Lage.“ Die Französin will sich trotz ihrer Demission weiter für die olympische Bewegung einsetzen, insbesondere im Hinblick auf eine längst überfällige Novellierung der IOC-Richtlinien bis zum Jahre 2000. Sie sagt: „Das IOC muß lernen, sich wieder mehr an den Grundsätzen von Pierre de Coubertin zu orientieren.“

Sie kritisierte auch die Behandlung der Frauen durch das IOC: „Das IOC läßt die Frauen links liegen.“

KRITIK

Politische Instinkttlosigkeit

Gott muß die Deutschen offenbar geschaffen haben, damit diese der Welt vorführen können, wie ein Volk es fertigt, und das immer wieder, sich selbst zu erniedrigen. Präziser gesagt: wie die Hälfte dieses Volkes es mittlerweile ganz allein schafft, von einer politischen Blindheit in die andere ideologische Blindheit zu stolpern, nämlich die Bundesdeutschen. Und die Medien mischen kräftig mit.

Beispiel: Ein Wochenende in Deutschland (ZDF). Der Schreiber dieser Zeilen erlebte, gerade 14 Jahre alt, den 17. Juni in Magdeburg, sah, wie russische Panzer in nicht bewaffnete Menschenmengen schossen, mußte mit ansehen, wie eine junge Mutter, ihr Kind fest an sich gedrückt, von einem russischen Lkw überfahren wurde. Und nun ein solcher Bericht über diesen schicksalhaften Tag deutscher Nachkriegsgeschichte.

Gewiß, die Mainzer hatten keine Sendung über den 17. Juni angefragt, hatten auch keine Analyse historischer Zusammenhänge und politischer Hintergründe versprochen. Nein, Impressionen, Streiflichter, Momentaufnahmen sollten es sein, rund um den 17. Juni, eingefangen von sieben Kamera-Teams in beiden

deutschen Staaten, also im geteilten Deutschland. Als Ouvertüre (wen wundert's noch) Originalton Ost, die „Aktuelle Kamera“ mit Meldungen vom Tage. Natürlich fiel kein einziges Wort über die Niederschlagung des Volksaufstandes vor 32 Jahren. Wodurch der ZDF-Kommentator höchst erstaunt war. Ist soviel politische Naivität (oder ist es schon politische Instinkttlosigkeit?) denn überhaupt noch möglich?

Aber nein, naiv waren die Macher dieser Sendung ganz und gar nicht. Im Gegenteil, einige wurden sehr wohl, was sie dem Zuschauer mit Absicht unterjubelten, wenn sie z.B. den Regisseur Hark Bohm zu Wort kommen lassen: „Ich finde die Teilung nicht so tragisch“, während Kopelevs Bemerkung... daß man sich damit abfindet, ist schrecklich, tontechnisch fast abgegründet wurde.

Oder wenn in der Berichterstattung über den Schlesien-Tag von „schlesischer Wurst als Kulturgut“ so gesprochen wird, als gäbe es nichts anderes, worüber sich die Schlesier außerhalb ihrer einstigen Heimat unterhalten würden. Auch so kann leicht gemacht werden, was ernsthaft und seriös, vor allem für von den Medien ausgeleuchtet werden müßte.

Nein, dieses verlängerte Wochenende in Deutschland - wie hier dargestellt - war nicht dazu angetan, historische Bedeutung, Sinn und Tragik des 17. Juni sichtbar zu machen, denn schließlich liegen die 45 Minuten in eine Richtung (Denkfehler oder Absicht?), in der sie eigentlich nicht zu suchen hätten: es ging doch wohl darum, in Bild und Ton aufzuzeigen, wie Deutsche diesen Tag sehen, erleben, deuten, gestalten, ob sie ihn akzeptieren, seinen Sinn erkennen, ob sie in für richtig halten oder sich nur darüber freuen, alljährlich einen freien Tag mehr zu haben.

Wie aber soll, wie kann Antwort auf diese Frage gegeben werden, wenn die weitmas größte Sendezeit jenem Teil Deutschlands gewidmet ist, in dem gerade dieser Tag eine gänzlich andere Lesart erfährt?

Und genau da liegt der Hase im Pfeffer. Der Verdacht liegt nämlich nahe, daß es den Machern - sei es nun aus Unwissenheit, sei es aus patriotischer Schamlosigkeit - überhaupt nicht darum ging, diesem Tag inhaltlich gerecht werden zu wollen. So interessant und informativ auch so manches in dieser Sendung gewiß war, so wurde es doch nur ein recht trauriges Wochenende. Schade!

AKEL MICHAEL SALLOWSKY

MOTORSPORT / WELT-Interview mit Klaus Ludwig, dem Sieger der 24 Stunden von Le Mans

Zur richtigen Zeit, am richtigen Platz, im richtigen Auto



Rennfahrer Ludwig: „Le Mans, das ist...“

Der deutsche Autorennfahrer Klaus Ludwig gewann zum dritten Mal die „24 Stunden von Le Mans“. Die Nachrichtenagenturen nannten ihn deshalb „eine der wenigen konstanten Größen im internationalen Sport“, denn Ludwig gehört auch in den USA zu den gefragtesten Rennfahrern. Die WELT sprach mit Klaus Ludwig.

Von KLAUS BLUME

WELT: Sie haben nach 1979 und 1984 zum dritten Mal die „24 Stunden von Le Mans“ gewonnen, einen der ganz großen Klassiker des internationalen Motorsports. Wird die Euphorie beim dritten Mal von der Routine verdrängt?

Ludwig: Absolut nicht. Teamchef Reinhold Jöst hatte mir gesagt: Klaus, fahr bitte die letzte Stunde. Für mich war das ein emotionaler Trip. Erst recht in der letzten Runde, und das war nicht einfach.

WELT: Warum nicht? Sie lagen doch in Führung.

Ludwig: Weil geradezu eine Last von einem abfällt. „Le Mans“, das ist schließlich nicht nur irgendein Autorennen. „Le Mans“, das ist ein hochgefährlicher Anachronismus. Es gibt zum Beispiel Spurrillen auf der Straße und es gibt eine sieben Kilometer lange Gerade, die man mit 350 Kilometern in der Stunde fährt.

WELT: 350 Kilometer in der Stunde - was denkt man dabei?

Ludwig: Nichts, gar nichts. Ich versuche, so aufmerksam wie nur möglich zu sein. Denn ein kleines Steinchen, ein winziger Metallspan auf der Straße könnte das Aus bedeuten. Nicht nur im Rennen - unter Umständen für immer. Le Mans ist lebensgefährlich.

WELT: Sieht man bei solchen Ge-

schwindigkeiten überhaupt noch etwas von der Straße?

Ludwig: Man sieht alles, denn man gewöhnt sich an diese Geschwindigkeiten.

WELT: Sie fahren nur noch selten Rennen in Europa, warum?

Ludwig: Ich bin Ford-Werksfahrer, und in meinem Vertrag steht, daß ich dort fahren muß, wo ich eingesetzt werde. In den letzten Jahren wurde ich meistens in den USA eingesetzt.

WELT: In Le Mans steuerten Sie aber einen Porsche des privaten deutschen Jöst-Teams...

Ludwig: Ich habe von Mike Krause, dem Ford-Motorsportchef in Detroit, dafür die Freigabe bekommen.

WELT: Und Ihre Ford-Aufgaben in den USA?

Ludwig: Die laufen weiter, 17 Rennen, bis in den Dezember hinein.

WELT: Mit was für einem Auto fahren Sie dort?

Ludwig: Das Auto heißt „Ford Probe“, entspricht den neuesten WM-Fahrzeugen im Langstreckensport, ist also überdacht, und wurde von Erich Zakowski in Niederzissen entwickelt.

WELT: Wie geht es damit?

Ludwig: Dreimal geführt, dreimal ausgefallen.

WELT: Sie fahren die Langstrecken-Weltmeisterschaft in Europa und in den USA. Als was fühlen Sie sich, immer noch als Deutscher oder schon als Amerikaner?

Ludwig: Ich wohne immer noch in Deutschland, in der Nähe von Bonn. Das wird auch so bleiben. Mein Arbeitsplatz ist zum Teil Amerika. Doch ich achte darauf, daß ich sofort nach einem Rennen in den USA ein Flugzeug erwische, das mich wieder nach Hause zu meiner Familie bringt. Das klappt meistens hervorragend, und so gesehen gibt es zwischen den Arbeitsplätzen Hockenheim oder Watkins Glen fast keinen Unterschied.

WELT: Ford entwickelt ein Formel-1-Projekt. Wäre das nichts für Sie?

Ludwig: Ich habe mich nicht ins Gespräch bringen lassen.

WELT: Warum?

Ludwig: Ich weiß, daß man zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Platz im richtigen Auto sitzen muß. Das gilt in der Formel 1 für den Brasilianer Senna. Für mich galt das in Le Mans, als ich zum dritten Mal dort gewann.

WELT: Und Sie haben dabei die Werks-Porsche geschlagen...

Ludwig: Weil ich viel aggressiver fuhr, zum Anfang. Das brachte Vorsprung, das brachte Ruhe. Dann konnte ich benzinsparend fahren. Die Werks-Porsche scheiterten, weil den Fahrern während des Rennens die individuelle Freiheit fehlte, weil der Computer bestimmte.

WELT: Sie sind ein lebensgefährlicher Anachronismus.

Ludwig: Ich bin ein Anachronismus.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

- 18.00 heute 18.05 WIS0 18.35 Zurecht stellen Dicke

- 18.00 Fury (2) 2. Joe geht zur Jagd

- 18.25 Dr. Suggles 2. Der wunderbare fliegende Mordeur

- 16.00 Tageschau 16.10 Computer & Co.

- Alexander von Cube berichtet von der C 85

- 16.55 Chloéfilles von blauen Himmel (4)

- 17.20 Schenke les Land Eine lange Nacht und der kurze Morgen des Abschieds

- 17.50 Tageschau 17.55 Disko

- Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer

- 20.15 Kennzeichen D

- Deutsches aus Ost und West

- Vorbild Wirtschaftswunder? Moderator: Günther Sohr

- 21.00 Polizeinewsler III Street

- Lieben und lieben lassen

- 21.45 heute-journal

- 22.05 Was gewarnt... es war einmal

- Dreiwöchige Dokumentation von Robert Hartmann

- Eine Reise durch alte jüdische Zentren

- 2. Teil: Osturopa

- 22.50 Das Kleine Fernsehspiel

- Jenseits von Mitteleuropa - jenseits von Schmerz

- Musik: Gunnar Edlander

- Buch und Regie: Agneta Ebers-Jarman

- 0.10 heute

- 19.30 Solld Gold

- Amerikanische Hitparade

- 14.00 Die wandernden Riesen

- 15.00 Die Bären sind los

- 15.30 Die Bären sind los

- 15.30 Die Bären sind los

- 17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft

- Gefleckte Großkatzen

- 18.00 In der Welt geht was los

- 18.30 APF block

- Nachrichten und Quiz

- 18.45 Zapfen und Buchstaben

- 19.10 Sport auf SAT 1

- Portrait des Trabrennfahrers Hans Frühling, der am 28. Juni 75 Jahre alt wird

- Ansch. Stat-Turnier der „Bildwoche“

- 19.30 Tele-Kiosk

- Ein Magazin zur Unterhaltung

- 20.30 heute-journal

- 21.00 Die Mittwochsgeächichte

- 21.15 Zeit im Bild 2

- 21.45 Kulturjournal

- 22.00 Sportreportage

- Europameisterschaft im Springreiten 1975

- 22.30 SAT-Nachrichten

WEST

- 18.00 Telekollage II

- 18.30 Soemmerliche

- 19.00 Aktuelle Stunde

- 20.00 Tageschau

- 20.15 heute-journal

- Die Commune der Samoyeden

- Verführung der Jugend oder neue Lebensform?

- 21.45 off-air

- Freizeit und Fitness

- 22.30 heute-journal

- Amerikanischer Spielfilm (1971)

- Mit Marlene Dietrich, Victor McLaglen, Lee Remick u. a.

- Regie: Josef von Sternberg

- 6.00 Letzte Nachrichten

NORD

- 18.00 heute-journal

- 18.30 Colibris Régionales Françaises

- 19.00 Konrad Zuse (1)

- 19.30 Landwirtschaft aktuell

- 20.00 Tageschau

- 20.15 heute-journal

- 21.00 Das Radio-Museum in Berlin

- 21.45 Der Film-Club

- Die letzte Nacht im Alamo

- Amerikanischer Spielfilm (1983)

- 21.30 Drei-aktuell

- 22.00 Wunschkonzert

- 22.15 Die Kunst von Denny

- holländischer Spielfilm

SÜDWEST

- 19.30 Nachrichten

- Georg Kronz & Zoom feat. The Phantoms

- 20.15 Mensch der Welt

- 21.00 Nimm, ich lasse dich nicht los

- Deutscher Spielfilm (1978)

- 22.00 heute-journal

- 22.15 Nachrichten

BAYERN

- 19.45 Nachrichten

- 19.50 Newsreport

- 9. Didl und der erste Preis

- 19.45 Dingsda

- Quiz mit Fritz Egner

- 20.15 Politische Spinnerei 1

JOURNAL

8000 Jahre alte Mumien in Chile gefunden

AP, Richmond (Virginia) Im Norden Chiles sind Mumien freigelegt worden, die wahrscheinlich 8000 Jahre alt und damit um 3000 Jahre älter als die ältesten ägyptischen Mumien sind.

Laut Allison wurden die Mumien aus Nordchile auf ganz besondere Weise präpariert. Die Haut des Toten, die Muskeln und die Organe seien entfernt, der Körper dann an glühender Kohle getrocknet worden.

Rettungsaktion für Moscheen in Bangladesch

Paris Eine Rettungskampagne für zwei Kulturgüter in Bangladesch hat die Unesco gestartet. Es handelt sich um die Rettung der Moschee der 80 Kuppeln (Shait Gumbad) in einem Vorort von Dhaka nahe der indischen Grenze und um die buddhistische Anlage „Somapura Mohaviya“ aus dem siebten vorchristlichen Jahrhundert.

Barbara Sadowska durfte ausreisen

JGG, Paris Zu Dichterlesungen durfte die oppositionelle polnische Lyrikerin Barbara Sadowska, Mutter des 1983 von der polnischen Polizei ermordeten Jungdichters Grzegorz Przymysk, ausreisen. Die Dichterin, die in Frankreich geboren wurde und aufgewachsen ist, war selber wegen ihrer kirchlich-karitativen Tätigkeit zu Gunsten politischer Häftlinge vom polnischen Sicherheitsdienst in Warschau mißhandelt worden.

Münchner Klavierfest zwischen Bach und Japan

DW, München Der inzwischen schon traditionellen Münchner Klaviersommer findet dieses Jahr vom 3. bis zum 6. Juni statt. Das Eröffnungskonzert im Herkulessaal - zu Bachs 300. Geburtstag - wird bestritten von Ivo Pogorelec, Daniel Chorzempa, Gerd Oppitz, Nicolas Economou, David Lively, Elliot Fisk, Mischa Maisky, Dmitry Sitkovskiy und Gérard Caussé. Der zweite Abend im Amerika-Haus ist zeitgenössischer japanischer Klaviermusik gewidmet, das Schlußkonzert am 6. Juli im Kongresssaal des Deutschen Museums schlägt die Brücke vom Barock bis zum Jazz. U. a. wird der sowjetische Komponist Rodion Schtschedrin teilnehmen.

Sommer-Workshop über Alban Berg

DW, Bregenz Ein internationaler Workshop über den Komponisten Alban Berg findet aus Anlaß seines 100. Geburtstag in diesem Sommer in Österreich statt, und zwar vom 8. bis 13. August in Schloß Hofen bei Bregenz. Die Bregenzer Festspiele sind Mitveranstalter. Zu den Dozenten zählen Ernst Krenek und George Psalti, zu den Ausführenden des begleitenden Festspielkonzerts die Wiener Symphoniker unter der Leitung von Hans Vonk und der Geiger Oleg Kagan.

US-Mediziner über van Goghs Großhirn

AFP, Boston Die Verhaltensstörungen und der Schiffsdrang des Malers Vincent van Gogh während der letzten Jahre seines Lebens sind nach Ansicht eines US-Wissenschaftlers auf eine Mißbildung des Gehirns zurückzuführen. Der Neurologe Shahram Khoshnood von der medizinischen Fakultät der Harvard-Universität erklärte, das anomale Verhalten und die Aggressivität des Malers in den letzten zwei Jahren vor seinem Selbstmord wiesen auf eine Funktionsstörung des Schlafennappens des Großhirns hin. Man habe bisher vermutet, van Gogh sei schizophren, manisch-depressiv oder mit Digitalis vergiftet gewesen, doch habe er an Epilepsie gelitten.



Als sie Königen das Fürchten lehrte: „Englische Karikatur von 1620 bis zur Gegenwart“ in Londons Victoria & Albert-Museum

Wie man die entblößte Pforte zur Macht passiert

Als Georg IV., Englands lebenslanger Herrscher aus dem Hause Hannover, 1830 die Scheidung von seiner Frau Charlotte erzwingen wollte, da wurden seine rutilche Figur und sein berüchtigter Lebenswandel derart von den satirischen Zeichnern aufgebläht, daß er die damals erhebliche Summe von 2000 Pfund ausgab, um Drucke aufzukaufen oder Karikaturisten zu bestechen.

Die Kunst der Übertreibung hatte man aus Italien importiert. Leonardo da Vincis groteske Köpfe wurden durch Nachstiche Wenzel Hollars in England bekannt. Die ersten eigentlichen Karikaturisten entdeckte man nachträglich an den Brüdern Caracci aus Bologna, die gern Personen ihrer Umgebung mit Stift oder Feder verulkten.

Als das „goldene Zeitalter der englischen Karikatur“ gelten die Jahre von 1770 bis 1832. Amateure machten sich einen Sport daraus, ihre sozialen Satiren drucken zu lassen. Korrupte Richter, Quacksalber und Kleriker wurden damals ebenso aufgebläht wie gehörnte Ehemänner, die absurden Haartrachten der Frauen oder die Modetorten der Dandys, der sogenannten „Macaroni“.

Man leistete sie sich, denn man war - damals wie zumeist auch heute - stets überzeugt, daß je wilder nur die anderen gemeint seien, Verkauf wurden die Karikaturen Mitte des 18. Jahrhunderts in speziellen Läden, deren Fenster mit teuren feinen Radierungen oder billigeren knallbunt gefärbten Holzschnitten gefüllt waren.

Bald blieb auch die Innenpolitik nicht mehr ausgespart. Auf vielen dieser Blätter wurden - allerdings oft anonym - Politiker angeprangert. Häufigste Zielscheibe war damals die langjährige Whig-Regierung unter Sir Robert Walpole. Der allmächtige Premier blockiert da z.B. den Eingang zur Macht und nur, wer seinen entblößten Hintern küßt, findet Einlaß.

Freaks beim Frühstück

erth: - Wunderbar polyglott geht es in unserem dialektreichen, dabei sprachlich so gediegenen Lande derzeit zu. Nein, nicht etwa die Beschriftungen in Englisch und Französisch auf Flughäfen, gelegentlich schon im Umfeld größerer Bahnhöfe, sind hier gemeint, nicht fremdtouristische Ernährungs- und Mülltonnen, keine heiße Asche einzufüllen.

Bremen: Uraufführung von Friederike Roths Stück „Die einzige Geschichte“

Die Sprechenden alt, mal sind sie jung. Mal hat man geschlossene Männerwelten vor sich, mal Frauenwelten, mal Beziehungsversuche.

Helmut Lachenmann im Zentrum der Stuttgarter Tage für Neue Musik

Der erste Blick ins Programmheft bewußt die Erwartungen, die der Stilkeiter freisetzt. Die „Tanzsuite“ ist eine außerordentlich kitzelnde, bisjenseitig Auseinandersetzung mit allem, was nach oberflächlicher Vertrautheit, nach unreflektiertem Traditionsfetisch klingt.

Tanz in Ehren ums Deutschlandlied

Das ist wohl der Vergleich zwischen Früh- und Spätwerken: erfüllt in Klavierkompositionen wie „Echo Andante“ von 1961 oder den „Fünf Variationen über ein Thema von Franz Schubert“ von 1956 war die Zurückhaltung gegenüber einem nicht weiter hinterfragten Schönklang noch längst nicht so ausgeprägt wie heute.

Die neue Wolfson-Galerie des Britischen Museums

Das Britische Museum in London hat soeben sieben neue Galerien eröffnet. Damit kann jetzt der größte Teil der umfangreichen Sammlungen griechischer und römischer Skulpturen sowie antiker Schriftzeugnisse ausgestellt werden.

Von den 7 Weltwundern

Das Britische Museum in London hat soeben sieben neue Galerien eröffnet. Damit kann jetzt der größte Teil der umfangreichen Sammlungen griechischer und römischer Skulpturen sowie antiker Schriftzeugnisse ausgestellt werden.

Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao

Rund 2000 Anstecker und ähnliche Souvenirs mit Mao-Köpfchen, Mao-Sprichen und anderen Ikonen der Kulturrevolution zeigt die Berliner Galerie 70 im Beiprogramm des „Horizonte“-Festivals als „Kultur der Kulturrevolution“.

Katalysator und Kulturrevolution

Informationen damals durchaus zur Verfügung standen, aber nicht wahrgenommen werden wollten.

Löwe vom Dach des Mausoleums in Halikarnassos, aus den Wolfson Galleries

Das Britische Museum in London hat soeben sieben neue Galerien eröffnet. Damit kann jetzt der größte Teil der umfangreichen Sammlungen griechischer und römischer Skulpturen sowie antiker Schriftzeugnisse ausgestellt werden.

Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao

Rund 2000 Anstecker und ähnliche Souvenirs mit Mao-Köpfchen, Mao-Sprichen und anderen Ikonen der Kulturrevolution zeigt die Berliner Galerie 70 im Beiprogramm des „Horizonte“-Festivals als „Kultur der Kulturrevolution“.

Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao

Rund 2000 Anstecker und ähnliche Souvenirs mit Mao-Köpfchen, Mao-Sprichen und anderen Ikonen der Kulturrevolution zeigt die Berliner Galerie 70 im Beiprogramm des „Horizonte“-Festivals als „Kultur der Kulturrevolution“.

Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao

Rund 2000 Anstecker und ähnliche Souvenirs mit Mao-Köpfchen, Mao-Sprichen und anderen Ikonen der Kulturrevolution zeigt die Berliner Galerie 70 im Beiprogramm des „Horizonte“-Festivals als „Kultur der Kulturrevolution“.

Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao

Rund 2000 Anstecker und ähnliche Souvenirs mit Mao-Köpfchen, Mao-Sprichen und anderen Ikonen der Kulturrevolution zeigt die Berliner Galerie 70 im Beiprogramm des „Horizonte“-Festivals als „Kultur der Kulturrevolution“.

Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao

Rund 2000 Anstecker und ähnliche Souvenirs mit Mao-Köpfchen, Mao-Sprichen und anderen Ikonen der Kulturrevolution zeigt die Berliner Galerie 70 im Beiprogramm des „Horizonte“-Festivals als „Kultur der Kulturrevolution“.

Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao

Rund 2000 Anstecker und ähnliche Souvenirs mit Mao-Köpfchen, Mao-Sprichen und anderen Ikonen der Kulturrevolution zeigt die Berliner Galerie 70 im Beiprogramm des „Horizonte“-Festivals als „Kultur der Kulturrevolution“.

Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao

Rund 2000 Anstecker und ähnliche Souvenirs mit Mao-Köpfchen, Mao-Sprichen und anderen Ikonen der Kulturrevolution zeigt die Berliner Galerie 70 im Beiprogramm des „Horizonte“-Festivals als „Kultur der Kulturrevolution“.

Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao

Rund 2000 Anstecker und ähnliche Souvenirs mit Mao-Köpfchen, Mao-Sprichen und anderen Ikonen der Kulturrevolution zeigt die Berliner Galerie 70 im Beiprogramm des „Horizonte“-Festivals als „Kultur der Kulturrevolution“.

Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao

Rund 2000 Anstecker und ähnliche Souvenirs mit Mao-Köpfchen, Mao-Sprichen und anderen Ikonen der Kulturrevolution zeigt die Berliner Galerie 70 im Beiprogramm des „Horizonte“-Festivals als „Kultur der Kulturrevolution“.

Die europäischen Kinder des Vorsitzenden Mao

Rund 2000 Anstecker und ähnliche Souvenirs mit Mao-Köpfchen, Mao-Sprichen und anderen Ikonen der Kulturrevolution zeigt die Berliner Galerie 70 im Beiprogramm des „Horizonte“-Festivals als „Kultur der Kulturrevolution“.

